



# BAYERISCHE GemeindeZeitung

KOMMUNALPOLITIK | WIRTSCHAFT | RECHT | TECHNIK | PRAXIS

Bayerischer Städtetag:

## Inhalte und Lösungen gesucht!

Lobende Worte für die Bayerische Staatsregierung, allerdings mit einer Einschränkung, fand der Vorsitzende des Bayerischen Städtetags, Nürnbergs Oberbürgermeister Dr. Ulrich Maly, bei einer Pressekonferenz des Verbandes in München. Zum Entwurf des Integrationsgesetzes der Bayerischen Staatsregierung stellte er fest: „Damit anerkennt der Freistaat, dass Integration eines der zentralen Themen unserer Gesellschaft für die nächsten Jahre ist. Allerdings fehlen im Gesetzentwurf konkrete Aussagen zur Finanzierung der Kosten von Integrationsmaßnahmen. Das ist zu kurz gedacht.“

Der Gesetzentwurf ist nach Auffassung des Bayerischen Städtetags in zentralen Punkten zu vage, da lediglich Programmsätze aufgelistet seien, auf die keine konkreten Lösungsansätze folgen. Zur Förderung von Integrationsmaßnahmen bleibe der Gesetzentwurf unverbindlich.

### Mammutaufgabe Integration

Maly zufolge müssen Bund und Land für die Integration Mittel in Milliardenhöhe zur Verfügung stellen. Um diese Mammutaufgabe zu meistern, benötigen die Kommunen staatliche Unterstützung etwa für zusätzliche Plätze in Kindergärten und Schulen, für Sprachunterricht und Integrationskurse, Hilfen für den Einstieg ins Arbeitsleben und bezahlbare Wohnungen. Die Kommunen bräuchten Sondermittel für den Bau und die Ausstattung von Kindertagesstätten und Schulräumen. Auch der Bund müsse Weichen

stellen. Maly: „Die bislang bekannten Eckpunkte für ein Integrationsgesetz auf Bundesebene zeigen mehr Überschriften als Inhalte.“ Das Integrationspaket müsse so geschnürt sein, dass Ressourcen effizient und effektiv eingesetzt werden und keine Parallelstrukturen wachsen. Wie der Städtetagsvorsitzende betonte, bleibe ein für die Städte zentraler Bereich im geplanten Bundesgesetz ausgeblendet: „Mit den Kosten der Unterkunft wächst ein riesiger Kostenblock. Der Bund muss diese Kosten voll übernehmen, die vom Flüchtlingszugang verursacht werden.“

### Wohnsitzzuweisungen

Die kommunalen Spitzenverbände begrüßten grundsätzlich die Möglichkeit der Wohnsitzzuweisung, die im Integrationsgesetz auf Bundesebene vorgesehen werden soll und dann jeweils auch auf Länderebene gesetzlich ver-



V. l.: Werner Tschurtschenthaler (Südtirol), Andreas Schatzer (Präsident Südtiroler Gemeindenverband), Geschäftsführer Hermann Lindner, Helmut Mödlhammer (Präsident Österreichischer Gemeindebund) und Josef Steigenberger, oberbayerischer Vorsitzender des Bayerischen Städtetags. Bild: Roland Mühlanger

### Wichtiger Terminhinweis:

## 4. Kommunalforum Alpenraum in Kundl

Thema am 16. Juni: „Effiziente Gemeinden“

Welchen Einfluss haben die internationalen Finanzmärkte auf die Gemeindefinanzen? Welche Möglichkeiten bieten öffentlich-private Kooperationen im Entsorgungsbereich? Und wie können die Kommunen ihre Energieeffizienz nachhaltig steigern? Diese und viele weitere Fragen stehen im Mittelpunkt des 4. Kommunalforums Alpenraum, das am 16. Juni 2016 im Lindner Innovationszentrum in Kundl stattfindet.

Die Firma DAKA ist mit Spezialfahrzeugen (inkl. Verwiegesystem) vor Ort vertreten. Auf dem Freigelände wird ein Überblick über die neuesten Elektroautos und Plug-in-Hybriden für den Gemeinde-Bauhof sowie für Gemeinderäte und Bürgermeister geboten. Die IKB AG präsentiert im Rahmen des Kommunalforums Alpenraum ihre Produkte und Dienstleistungen für die Gemeinden: vom modernen Messbus über mobile WC-Anlagen und Notwasser-Lösungen bis zur LED-Straßenbeleuchtung, Photovoltaik-Paneelen und einer Elektrotankstelle.

Das Kommunalforum Alpenraum ist eine Initiative des Tiroler Fahrzeugherstellers Lindner. Ko-

operationspartner sind der Österreichische Gemeindebund, der Tiroler Gemeindeverband, der Südtiroler Gemeindenverband, der Bayerische Gemeindebund, Forum Land und die IKB AG. Mitveranstalter ist das Tiroler Entsorgungsunternehmen DAKA.

Die bayerische Seite vertritt offiziell der oberbayerische Bezirksvorsitzende des Bayerischen Städtetags, Josef Steigenberger.

Medienpartner sind die Bayerische Gemeindezeitung, das Kommunalmagazin aus der Schweiz und Bauhof online. Mehr Informationen und Anmeldung im Internet unter: <http://www.kommunalforum-alpenraum.eu>

### Aktuelle Zuwanderung von Asylsuchenden:

## Situation und Strategien in den Kommunen

Ergebnisse einer Studie des Instituts für Demoskopie Allensbach

Das Institut für Demoskopie Allensbach hat eine Studie durchgeführt, die sich mit der Situation und der Strategie der Kommunen im Umgang mit der aktuellen Zuwanderung von Asylsuchenden befasst. Zwischen Ende November 2015 und Mitte Januar 2016 wurden Landräte, Bürgermeister bzw. die zuständigen Koordinatoren für die Flüchtlingsunterbringung und -versorgung befragt.

Trotz der immensen Herausforderungen, mit denen die Landkreise und Kommunen seit Mitte 2015 konfrontiert sind, zog die überwältigende Mehrheit die Bilanz, dass sie die Unterbringung und Versorgung der Flüchtlinge im Griff haben, teilweise sogar noch gut bewältigen können. In 42 Prozent der Kreise und Kommunen gelingen Unterbringung und Versorgung zurzeit noch gut; weitere 51 Prozent haben die Situation im Griff, wenn auch mit erheblichen Problemen. Als überfordert stuften sich 7 Prozent ein.

### Planungsunsicherheit

Auf die Frage nach den größten Problemen, mit denen Landkreise und Kommunen zurzeit kämpfen, werden neben der Organisation geeigneter Unterkünfte auch fehlende personelle Ressourcen, Planungsunsicherheit, Widerstände aus der Bevölkerung sowie die Diskrepanz zwischen der „normalen“ Dauer und Struktur von Planungsprozessen und Genehmigungsverfahren und der Notwendigkeit, rasch zu handeln, ge-

nannt. Auch das Thema Integration und der Umgang mit den kulturellen Prägungen der Flüchtlinge bewegt viele, ebenso die Finanzierung der Gesundheitsversorgung der Flüchtlinge.

### Wohnraum

Auch in der quantitativen Befragung wurde deutlich, dass die Wohnraumbeschaffung zurzeit die Aufmerksamkeit vor Ort weitgehend absorbiert. 62 Prozent nannten auf die Frage nach den aktuell größten Problemen die Akquisition von Unterkünften und insbesondere die Schaffung von Unterbringungsmöglichkeiten, die dauerhaft angelegt sind und nicht nur eine Notunterkunft (Fortsetzung auf Seite 4)



Immer wieder geistert das Wort „Lügenpresse“ durch die Medienlandschaft. Das ist unter anderem auch ein Symptom unserer schnellgetakteten Welt zwischen ungeprüften Social Media Postings und selbstgestrickter Verschwörungstheorie, in der Meinungen und Emotionen oft mehr zu zählen scheinen als Fakten und Recherche. Seite 15

(Fortsetzung auf Seite 4)

## Warnung vor neuer Kostendynamik

Das Bundesministerium für Arbeit und Soziales hat vor kurzem den Referentenentwurf eines Gesetzes zur Stärkung der Teilhabe und Selbstbestimmung von Menschen mit Behinderungen in die Ressortabstimmung sowie zur Länder- und Verbändebeteiligung gegeben. Mit dem sogenannten Bundesteilhabegesetz wird die Behindertenpolitik in Deutschland im Einklang mit der Behindertenrechtskonvention der Vereinten Nationen weiterentwickelt. Kernziele sind, mehr Selbstbestimmung und umfangreichere Teilhabe sicherzustellen sowie in Zukunft staatliche Leistungen wie aus einer Hand zu gewähren. Sowohl beim Bayerischen Bezirkstag als auch beim Bayerischen Landkreistag stieß der Gesetzesentwurf allerdings auf wenig Gegenliebe.

Der Präsident des Bayerischen Bezirkstags, Josef Mederer, sowie die Delegierten sehen die ungeklärte Finanzfrage als großes Hindernis. Wie Mederer bei einer Hauptausschuss-Sitzung in Bad Kissingen hervorhob, ließen sich die Mehrkosten, die das Bundesteilhabegesetz zweifellos mit sich bringen wird, derzeit noch nicht

bezziffern. Die Delegierten waren sich darin einig, dass diese Kosten nicht bei den überörtlichen Sozialhilfeträgern und somit bei den Kommunen abgeladen werden dürfen. „Die Veränderungen durch das Bundesteilhabegesetz sind für die rund 7,5 Millionen Menschen mit Behinderung in Deutschland eine deutliche Verbesserung. Da es

sich hier um eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe handelt, fordern wir den Bund und die Länder weiterhin auf, für eine ausreichende Ausstattung an Finanzmitteln zur Umsetzung des Bundesteilhabegesetzes zu sorgen“, erklärte Mederer.

(Fortsetzung auf Seite 4)

## Sie lesen in dieser Ausgabe

Jede vierte bayerische Gemeinde ohne Lebensmittelmarkt	Seite 2
LEP: Aktivierung des ländlichen Raums	2
<b>GZ-Kolumne Stefan Rößle: TTIP: Akzeptanz durch Transparenz</b>	<b>3</b>
Neues Zentrum für nachhaltige Kommunalentwicklung	3
<b>GZ-Fachthemen:</b>	
Öffentliche Beleuchtung	5-6
Kommunale Verkehrspolitik	5-8
Kommunale Abfallpolitik - Recycling	9-10
Sicherheit - Brandschutz	11-12
Aus den bayerischen Kommunen	13-16

### Power für Bayerns Kommunen:

## GZ lädt zum Energie-Forum

**Achtung neuer Veranstaltungsort!** Am 23. Juni 2016 ist es wieder soweit: Die Bayerische Gemeindezeitung lädt zum großen Info-Tag für Kommunen. Im **Veranstaltungsforum Fürstfeld bei Fürstfeldbruck** treffen die Profis der Kommunalpolitik auf die Profis der Energie-Branche. Bitte merken Sie den Termin schon heute vor. Weitere Informationen unter [www.bayerisches-energieforum.de](http://www.bayerisches-energieforum.de)

Vormerken!  
23. Juni  
2016

Wer mit bayerischer Kommunalpolitik und mit Wirtschafts- und Umweltfragen zu tun hat, braucht die Bayerische Gemeindezeitung als umfassende Informationsquelle für Kommunalpolitiker

ankert werden müsste. Erforderlich seien klare Vorgaben, die bundesweit eine Verteilung nachvollziehbar machen und Integration ermöglichen. Maly: „Die Wohnsitzzuweisung ist rechtlich wegen der Freizügigkeit auf EU-Ebene und der kommunalen Selbstverwaltungsgarantie schwierig umsetzbar und an hohe Kriterien gebunden. Die Zuweisung eines Wohnortes ist kein Allheilmittel. Der Bayerische Städtetag sieht die Wohnsitzzuweisung als ein Element für eine gelingende Integration.“

### Schnell Arbeit finden

Eine Wohnsitzzuweisung sei so zu justieren, dass die Menschen möglichst rasch dort eine Wohnung finden, wo es Arbeit gibt. Dazu müssten Maßnahmen zur Schaffung von Arbeitsplätzen in (Fortsetzung auf Seite 4)

Bayerisches Landesentwicklungsprogramm:

## Aktivierung des ländlichen Raums

Zentrale-Orte-System und RmbH sind Schwerpunkte

Die Flexibilisierung der Landesplanung ist neben der Neuordnung des Kommunalen Finanzausgleichs dem Breitbandausbau, der Nordbayerninitiative und der Behördenverlagerung die fünfte Säule der Heimatstrategie der Bayerischen Staatsregierung. Damit soll eine Ungleichentwicklung in Stadt und Land verhindert und gleichzeitig der ländliche Raum stärker aktiviert werden. In diesem Sinne soll jetzt, nach der Änderung des Bayerischen Landesplanungsgesetzes Anfang dieses Jahres in einem zweiten Schritt das Bayerische Landesentwicklungsprogramm (LEP) flexibler, dezentraler und regionaler gestaltet werden. Dies erklärte Heimat- und Finanzminister Markus Söder auf einer Pressekonferenz in München.

Laut Söder geht es bei der Überarbeitung des LEP vor allem um die Weiterentwicklung des Zentrale-Orte-Systems und die Erweiterung des Raums mit besonderem Handlungsbedarf (RmbH). Das Zentrale-Orte-System sichere eine flächendeckende und wohnortnahe Daseinsvorsorge der Bürger. Derzeit gebe es in Bayern 831 Zentrale Orte mit insgesamt 925 Kommunen. Davon seien 30 Oberzentren (mit 35 Kommunen) 156 Mittelzentren (mit 183 Kommunen) und 645 Grundzentren (mit 707 Kommunen). Mit Blick auf die unterschiedliche demografische Entwicklung müsse dieses System im Interesse einer flächendeckenden Versorgung des Landes mit allen notwendigen Infrastruktureinrichtungen weiterentwickelt werden. Dazu müssten Schulen, Krankenhäuser und Behörden wohnortnah zur Verfügung stehen.

Bei der jetzt anstehenden Fortschreibung des LEP seien auch Aspekte der interkommunalen Zusammenarbeit und Behördenverlagerung berücksichtigt worden, erklärte der Finanzminister. Wichtig sei hierbei die Unterteilung des Systems in jetzt vier Kategorien. Die neue Kategorie „Metropole“ sichere den Bestand bestehender Mittel- und Oberzentren

und berücksichtige sämtliche Aufstufungswünsche. Dabei werden 58 Kommunen zum Teil gemeinsam aufgestuft. Eine Abstufung erfolge nicht. Als Metropole neu festgelegt werden sollen München, Nürnberg und Augsburg, wobei die Städte Fürth, Erlangen und Schwabach an Nürnberg angeschlossen werden. Darüber hinaus werde es elf Oberzentren (mit 17 Kommunen) und 16 eigenständige Mittelzentren (mit 26 Kommunen) geben. Neun Kommunen werden bereits bestehenden Mittelzentren neu zugeordnet. Somit habe Bayern drei Metropolen, 38 Oberzentren (mit 46 Kommunen) und 157 Mittelzentren (mit 201 Kommunen).

### Bevölkerungsprognose

Der Raum mit besonderem Handlungsbedarf werde nochmals erweitert. Entscheidend für die Einstufung als RmbH seien Bevölkerungsprognose, Arbeitslosenquote, Beschäftigendichte, verfügbares Einkommen der privaten Haushalte und Wanderungssaldo junger Menschen erläuterte Söder. Landkreise mit weniger als 90% des bayerischen Durchschnitts würden dem RmbH zugeordnet. Durch die im August 2014 durchgeführte Anhebung des Strukturin-

dikators von 85% auf 90% werde der RmbH im neuen LEP um elf Landkreise (mit 378 Gemeinden) und 149 Einzelgemeinden erweitert. Bereits im RmbH festgelegte Landkreise erhielten Bestandschutz. Die Zuordnung zum RmbH bedeute bessere Förderkonditionen, wie z.B. beim Breitband, Regionalmanagement und der regionalen Wirtschaftsförderung. So könnten sich einzelne Gemeinden attraktiver aufstellen.

Beispielhaft für Neuordnungen nannte der Minister die oberbayerischen Landkreise Garmisch-Partenkirchen und Mühldorf/Inn. Desweiteren werden im Bezirk Oberbayern 25 Gemeinden dem RmbH neu zugeordnet, so z.B. im Landkreis Traunstein Reit im Winkel, Ruhpolding, Schleching, Traunreut und Trostberg. In Niederbayern betrifft es 25 Gemeinden, wie z.B. Simbach. In Unterfranken sollen es künftig vier Landkreise bei der Neuordnung sein: Aschaffenburg und kreisfreie Stadt Aschaffenburg, Kitzingen, Main-Spessart und Würzburg. In Mittelfranken sind die drei Landkreise Ansbach und kreisfreie Stadt Ansbach, Neustadt a. d. Aisch-Bad Windsheim und Roth sowie weitere 12 Gemeinden vorgesehen. Oberfranken ist mit dem Landkreis Forchheim sowie 21 Gemeinden dabei. In der Oberpfalz betrifft es fünf Gemeinden aus dem Landkreis Regensburg: Altenthann, Beratzhausen, Deuerling, Holzheim a. Forst sowie Riekofer. Und in Schwaben werden der Landkreis Dillingen a. d. Donau sowie 61 Gemeinden dem RmbH neu zugeordnet.

Zum Thema „Metropolregion“ erläuterte Söder, es handle es sich hierbei um den eine Metro-

pole umgebenden Raum und dessen Vernetzung mit dieser. Dies betreffe die drei neuen Metropolen München, Nürnberg/Fürth/Erlangen/Schwabach und Augsburg. Abschließend meinte der Finanzminister, Raumplanung und Landesentwicklung seien eine langfristige Aufgabe. Die Raumplanung unterliege einem Fünfjahresplan und erfolge auf Grundlage einer sensiblen Entwicklung. Dabei sei stets die Planungshoheit der Kommunen zu berücksichtigen.

In einer ersten Stellungnahme nahm der Bayerische Städtetag eine dezidiert gegensätzliche Einschätzung vor: „Mit der neuen Einstufung einzelner Orte prescht der Minister vor. Er konterkariert damit in der Landesplanung vorgesehene Beteiligungsverfahren und versucht, die Kommunen und ihre Verbände vor vollendete Tatsachen zu stellen. Statt der erforderlichen Neujustierung der Einstufungskriterien unter Einbeziehung von Experten werden in einem intransparenten Verfahren Entscheidungen getroffen. Damit brüskiert er die Mitglieder des eigens eingesetzten Ausschusses im Landesplanungsbeirat. Heimatminister Söder stellt das Gesetzgebungsverfahren auf den Kopf“, erklärte Nürnbergs Oberbürgermeister Dr. Ulrich Maly in seiner Funktion als Vorsitzender des Bayerischen Städtetags.

Der Bayerische Städtetag bedauert, dass trotz des in Auftrag gegebenen Gutachtens zur Fortentwicklung des Zentrale-Orte-Systems in Bayern die Chance nicht genutzt wurde, das Zentrale-Orte-System grundlegend zu überarbeiten. Stattdessen würden nur Aufwertungsanträge bearbeitet. Maly: „Die Bayerische Staatsregierung lässt die Chance verstreichen, das Netz Zentraler Orte wieder auf starke Füße zu stellen. Jeder zweite Ort in Bayern wird künftig als Zentraler Ort bezeichnet. Damit gerät jeder einzelne Zentrale Ort zunehmend in Konkurrenz und kann seine Aufgaben immer schwerer wahrnehmen.“

### VGH-Entscheidung:

## Bayerische 10 H-Regelung verfassungsgemäß

Innen- und Bauminister Joachim Herrmann sowie Energieministerin Ilse Aigner haben die Entscheidung des Bayerischen Verfassungsgerichtshofs zur 10 H-Regelung bei Windkraftanlagen einhellig begrüßt. Demnach ist die bayerische Regelung, wonach Windkraftanlagen im Außenbereich gemessen an ihrer Höhe mindestens den zehnfachen Abstand zur nächsten Wohnbebauung haben müssen, rechtmäßig.

Herrmann sieht die bayerische Regelung als klare Stärkung kommunaler Selbstverwaltung. So könnten die Kommunen vor Ort im Wege der Bauleitplanung durch einen sog. vorhabenbezogenen Bebauungsplan selbst bestimmen, ob sie geringere Abstände wollen. Der Verfassungsgerichtshof stärke mit seiner Entscheidung auch die Mitbestimmung der Bürger in den Gemeinden, die durch einen Bürgerentscheid ihren Willen bekunden könnten. Der Bauminister betonte man wolle Windkraftanlagen mit den Bürgerinnen und Bürgern, nicht gegen sie.

Energieministerin Aigner erklärte, die Entscheidung des Verfassungsgerichtshofs schaffe Rechtssicherheit. Mit der 10 H-Regelung werde eine gemeinwohlverträgliche Abwägung von energiepolitischen Zielen und lokalen Interessen getroffen. So gestalte man die Energiewende im Einvernehmen mit den Bürgern. Hierbei sei die Windenergie eine tragende Säule. In Bayern gebe es derzeit 937 Windenergieanlagen mit einer installierten Leistung von 1,9 Megawatt. Darüber hinaus werde die Staatsregierung demnächst einen aktualisierten Windenergieerlass mit Hinweisen zur Planung und Genehmigung von Windenergieanlagen vorstellen. **rm**

### Bayerischer Gemeindegtag:

## Windkraft und Zweitwohnungssteuer

Die sogenannte 10H-Regelung für Windkraftanlagen, wonach Anlagen im Außenbereich nur privilegiert sind, wenn sie einen Mindestabstand vom Zehnfachen ihrer Höhe zu Wohngebäuden einhalten, ist im Wesentlichen mit der Bayerischen Verfassung vereinbar. Der Bayerische Verfassungsgerichtshof hat in seiner Entscheidung über eine Popularklage und zwei von den Oppositionsfraktionen im Bayerischen Landtag eingeleitete Meinungsverschiedenheiten lediglich Art. 82 Abs. 5 der Bayerischen Bauordnung (BayBO) beanstandet.

Verfassungswidrig sei die den Gemeinden auferlegte Pflicht, bei der Aufstellung von Bauleitplänen, die für Vorhaben der Windenergienutzung einen geringeren als den Mindestabstand festsetzen wollen, auf eine einvernehmliche Festlegung mit betroffenen Nachbargemeinden hinzuwirken. Diese Regelung steht nach Ansicht des VerFGH in einem offensichtlichen und schwerwiegenden Widerspruch zur Kompetenzordnung des Grundgesetzes und verstößt deshalb gegen das Rechtsstaatsprinzip der Bayerischen Verfassung.

### Kommunale Planungshoheit

„Das Urteil des Bayerischen Verfassungsgerichtshofs stärkt die Planungshoheit der Gemeinden und beendet eine lange Phase der Rechtsunsicherheit“, erklärte Dr. Franz Dimberger, Geschäftsführer des Bayerischen Gemeindegtags. „Im Ergebnis ist die Entscheidung deshalb zu begrüßen.“ Die Gemeinden behielten die

Möglichkeit, Windenergieanlagen innerhalb des 10 H-Abstandskorridors mittels Bebauungsplanung zuzulassen. Damit liege diese Entscheidung weitgehend in der Kompetenz der Gemeinden.

### Bebauungspläne

„Mit dem Urteil haben die Gemeinden ein ganzes Stück Planungssicherheit erhalten. Es bleibt allerdings abzuwarten, ob viele Gemeinden tatsächlich Bebauungspläne für Windräder aufstellen werden“, urteilte Dimberger.

Begrüßt werden vom Bayerischen Gemeindegtag auch die aktuellen Entscheidungen des VGH zum Thema Zweitwohnungssteuer. Das Gericht hatte zwei Klagen von Zweitwohneigentümern in Bad Wiessee und Schliersee gegen die Mustersatzung abgewiesen. Nach Meinung der Kläger verstößt das Stufenmodell in der Satzung des Bayerischen Gemeindegtags gegen das Gebot der Besteuerung nach der finanziellen Leistungsfähigkeit. Wer nur knapp über der Grenze zur nächsten Stufe liegt, muss doppelt so viel Zweitwohnungssteuer zahlen wie derjenige, der eine Stufe darunter liegt. Nach dem Votum des VGH ist dies rechtmäßig.

### Staffelung der Steuersätze

„Wir freuen uns, dass unsere beiden Mitgliedsgemeinden Schliersee und Bad Wiessee vor Gericht obsiegt haben und das Gericht offenbar in der Staffelung der Steuersätze keinen Verstoß gegen den Gleichbehandlungsgrundsatz erkannt hat“, bemerkte Franz Dimberger.

Solange die Urteilsbegründung des Verwaltungsgerichtshofs nicht vorliege, könne noch keine abschließende Bewertung vorgenommen werden. Leider habe das Gericht die Revision beim Bundesverwaltungsgericht in Leipzig zugelassen, so dass der Streit vermutlich noch nicht beendet ist, betonte der Gemeindegtagspräsident. **DK**

### Wir gratulieren

#### ZUM 65. GEBURTSTAG

Bürgermeister Hermann Öchsner  
97285 Tauberrettersheim  
am 26.5.

#### ZUM 60. GEBURTSTAG

Bürgermeister Gerhard Sieglér  
91746 Weidenbach  
am 3.6.

Bürgermeisterin Margit Kirzinger  
92726 Waidhaus  
am 6.6.

Bürgermeister  
Ludwig Bindhammer  
84092 Bayerbach  
am 8.6.

Bürgermeister Herbert Saft  
90562 Kalchreuth  
am 26.5.

Bürgermeister Walter Bermann  
94089 Neureichenau  
am 30.5.

#### ZUM 55. GEBURTSTAG

Bürgermeister Michael Abel  
87647 Kraftsried  
am 1.6.

Bürgermeister Karl Gerhard  
97282 Retzstadt  
am 28.5.

#### ZUM 45. GEBURTSTAG

Oberbürgermeister  
Markus Pannermayr  
94315 Straubing  
am 28.5.

#### ZUM 40. GEBURTSTAG

Bürgermeister Eric Ballerstedt  
88161 Lindenberg  
am 31.5.

**Hinweis in eigener Sache**  
Trotz aller Bemühungen sind unsere Daten nicht vollständig. Wir bitten deshalb um rechtzeitige Bekanntgabe der bevorstehenden runden Geburtstage.

## Jede vierte bayerische Kommune ohne Lebensmittelmarkt

Landtags-SPD will Gesamtkonzept zur Sicherung der Nahversorgung

In jeder vierten bayerischen Kommune gibt es keinen Lebensmittelmarkt mehr. In den letzten zehn Jahren ist die Zahl der Läden von 6.501 auf 5.883 gesunken, wie das bayerische Innenministerium auf eine Anfrage des SPD-Landtagsabgeordneten Klaus Adelt einräumte. Er kümmert sich als Sprecher für kommunale Daseinsvorsorge intensiv um diese alarmierende Entwicklung.

Mittlerweile müssen 510 Kommunen in Bayern ohne eine wohnortnahe Versorgung mit den Dingen des alltäglichen Bedarfs auskommen. 158 davon haben nicht einmal mehr einen Bäcker oder Metzger. Im Schnitt machten in den letzten 15 Monaten monatlich fünf Läden zu. Details zur Lage in den einzelnen bayerischen Landkreisen findet man grafisch aufbereitet auf der Internetseite des Bayerischen Rundfunks: <http://web.br.de/interaktiv/ladensterben>

Der SPD-Politiker Adelt fordert staatliche Unterstützung für die betroffenen Kommunen: „Wenn Marktmechanismen dazu führen, dass die Nahversorgung in der Fläche gefährdet ist, muss es Aufgabe der öffentlichen Hand sein, etwas dagegen zu tun.“ Als Grund für den Rückzug aus der Fläche sieht Adelt einen tiefgreifenden Strukturwandel und Konzentrationsprozess im Lebensmitteleinzelhandel. Denn während die Zahl der Lebensmittelmärkte um 9,5 Prozent abgenommen hat, ist die durchschnittliche Verkaufsfläche der verbliebenen Läden um knapp 24 Prozent gestiegen.

„Die Verlierer dieser Entwicklung sind die kleinen Supermärkte mit einer Verkaufsfläche von bis zu 400 Quadratmeter. Das betrifft

die Ortskerne im ländlichen Raum ebenso wie einzelne Viertel in Großstädten“, erklärt Adelt und warnt vor einem Teufelskreis: „Wenn das Lebensmittelgeschäft vor Ort schließt, stirbt auch ein großes Stück an Lebensqualität. Gerade die ältere Bevölkerung ist auf eine wohnortnahe Versorgung mit den Dingen des täglichen Bedarfs angewiesen und junge Familien ziehen gar nicht erst in eine Gemeinde, die keinerlei Einkaufsmöglichkeiten bietet.“

Eine Schlüsselrolle bei der Sicherung der Nahversorgung sieht Klaus Adelt in Dorf- und Stadtteilläden. Über 100 von ihnen wurden in den letzten zehn Jahren bayernweit gegründet. „Jeder Dorfladen basiert dabei auf der Eigeninitiative vor Ort und dem Engagement der Bürgerschaft“, lobt Adelt.

Der SPD-Nahversorgungsexperte will deshalb ein Maßnahmenbündel auf den Weg bringen, um die Rahmenbedingungen für die Gründung von Dorf- und Stadtteilläden zu verbessern und dadurch zu erleichtern. Kernpunkte des Gesamtkonzepts der SPD-Landtagsfraktion: Es sollen Servicestellen eingerichtet werden, die bei den Bezirksregierungen angedockt sind. Außerdem müsse die Nahversorgung als kommunale Pflichtaufgabe fest-

geschrieben werden. Und eine zentrale Förderung durch den Freistaat würde die Neugründung von Dorf- und Stadtteilläden erleichtern und damit verbundene bürokratische Hürden aus dem Weg räumen. Mit Einzelhandelskonzepten könnten Städte und Gemeinden den Erhalt von Einkaufsmöglichkeiten strategisch begleiten. Um die Kosten für solche Konzepte zu stemmen müsse der Freistaat helfen. **□**

### Bayerisches Kommunalinvestitionsprogramm:

## 289 Millionen Euro für finanzschwache Gemeinden

Das Bayerische Kommunalinvestitionsprogramm (KIP) dient speziell finanzschwachen Gemeinden und Gemeindeverbänden. Grundlage hierfür ist das Kommunalinvestitionsförderungsgesetz des Bundes.

Mit dem KIP werden Maßnahmen zur energetischen Sanierung oder zum Abbau von baulichen Barrieren an kommunalen Einrichtungen unterstützt. Jetzt stehen dem Freistaat 289 Millionen Euro an Fördermitteln für insgesamt 693 Projekte zur Verfügung. Dies teilte Innen- und Bauminister Joachim Herrmann mit.

Das KIP sei auf großes Interesse bei den bayerischen Kommunen gestoßen, erklärte Herrmann. Bis zum 15. Februar dieses Jahres seien ca. 1.300 Bewerbungen mit Gesamtkosten von 825 Millionen Euro für verschiedenste Projekte

bei den sieben Bezirksregierungen eingegangen. Gemeinsam mit den kommunalen Spitzenverbänden und den Behindertenverbänden hätten die Regierungen entschieden, welche Projekte besonders unterstützenswert seien. Dabei gehe es neben den bereits genannten städtebaulichen Maßnahmen zum Barriere-Abbau, z.B. an Schulen Kindertagesstätten oder sozialen Einrichtungen auch um die Revitalisierung von Leerständen, erläuterte der Minister weiter. Aufgrund des großen Interesses werde das Investitionsprogramm fortgesetzt. **rm**

Internationaler Museumstag:

## Museen in der Kulturlandschaft

Bayern mit über 200 Museen vertreten

Der Internationale Museumstag ist in Deutschland mit weit über 1.600 teilnehmenden Häusern in über 1000 Orten seit Jahren die gemeinsame Leitveranstaltung der Museen. Traditionell ist Bayern von allen Bundesländern am stärksten vertreten: Über 200 Museen luden in allen Landesteilen mit speziellen Veranstaltungen zum Besuch ein – ihr Stammpublikum aller Altersgruppen ebenso wie neue Gäste, die die spannende Welt der Museen erst für sich entdecken.

Das Motto des Internationalen Museumstages 2016 „Museen in der Kulturlandschaft“ richtete den Blick auf die Vernetzung der Museen in ihrem kulturellen Umfeld. Es bot den Museen die Gelegenheit, ihre Ausstellungen, Sammlungen und ihre Bildungsarbeit mit ihren kulturellen, regionalen und medialen Verflechtungen zu präsentieren, die Ausdruck eines kulturell vielfältigen Deutschlands sind. Die Koordination der Veranstaltung hatte in Bayern erneut die Landesstelle für die nichtstaatlichen Museen übernommen, Partner waren deutschlandweit die Sparkassen.

### Vielfältiges Angebot

Erneut waren die Angebote großer wie kleiner Museen im ganzen Land ausgesprochen vielfältig: Die Museen hatten sich wieder eine Fülle attraktiver Angebote ausgedacht, nicht zuletzt auch für die ganze Familie. Große wie kleine Häuser gestalteten diesen Tag nach ihren jeweiligen Möglichkeiten und Besonderheiten. Für alle Veranstaltungen galt: Der Museumstag ist ein „Tag der offenen Tür“, meist bei freiem Eintritt. Der Infopoint Museen & Schlösser in Bayern bot an diesem Jubeltag ein ganz besonderes Programm: Der älteste Dachstuhl Münchens im Alte Hof konnte im Rahmen einer einstündigen Führung besichtigt werden. Im ganzen Jahr gibt es dazu nur noch eine weitere Gelegenheit, nämlich am Tag des offenen Denkmals im September.

Die Museen der Stadt Nürnberg begingen den Aktionstag mit einem reichhaltigen Programm. Albrecht-Dürer-Haus, Museum Tucherschloss und Hirsvogelsaal, Stadtmuseum Fembohaus, Spielzeugmuseum, Museum Industriekultur, Dokumentationszentrum Reichsparteitagsgelände und Memorium Nürnberger Prozesse öffneten ihre Pforten.

Im Landkreis Schweinfurt gab es in Bezug auf den Internationalen Museumstag eine Kooperation der vier interkommunalen Allianzen Oberes Wernatal, Region Main Steigerwald, Schweinfurter

Mainbogen und Schweinfurter Oberland. So werden die regionalen Museen und Sammlungen in ihrer wichtigen Arbeit unterstützt. Geöffnet waren u.a. folgende Einrichtungen: Brauhausmuseum in Stadtlauringen-Fuchstadt, Kleines Apothekenmuseum in Schonungen-Mainberg, Bauernmuseum in Üchtelhausen, Museum für Zeitgeschichte „Österliche Volkskunst“ in Koltitzheim-Stammheim und Freies Reichsdorfmuseum in Gochsheim.

### Entdecken und Mitmachen

Auch die Kemptener Museen waren mit dabei und luden alle Besucher mit einem abwechslungsreichen Programm zum Entdecken, Mitmachen und Verweilen ein. Kemptens Kulturlandschaft ist geprägt von historischen, archäologischen und kulturhistorischen Einflüssen. Um die Bedeutung dieser Kulturlandschaft zu feiern, wurden in diesem Jahr vor allem rund um den Archäologischen Park Cambodunum (APC) und die aktuelle Sonderausstellung „Beim Zeus! Geschichten von Göttern und Helden“ im Alpin-Museum vielfältige Aktionen geboten. Aber auch die musealen Schätze des Allgäu-Museums und die Erasmuskapelle waren kostenlos zu erleben.

Mit einem interaktiven Ideenspieltisch, aufgebaut im Alpin-Museum, konnten die Besucher zudem schon mal auf Tuchfühlung mit ihrem neuen Kemptener Museum im Zumsteinhaus gehen. Aktives Mitgestalten war dabei ausdrücklich erwünscht. Beim Spiel durfte jeder Mitspieler Wünsche für sein Kemptener-Museum abgeben und seinen TraumRaum im Museum erfinden.

Weil sich die regionalen Museen vom Motto des diesjährigen Internationalen Museumstags „Museen in der Kulturlandschaft“ besonders angesprochen fühlten, luden 13 sinn(en)volle Museen und Schlösser die Besucher ein, die kulturelle Vielfalt im Feriendland Donau-Ries mit all ihren Sinnen zu entdecken.

„BIER brauen und trinken“ hieß beispielsweise die diesjährige

Sonderausstellung über die Nördlinger Brauereien und Gaststätten im Stadtmuseum Nördlingen. Dabei wurden Nördlinger Biere und für die Kinder besondere Nördlinger Limonaden verkostet.

Sehen konnte man im RieskraterMuseum Nördlingen, was passiert, wenn ein Meteorit auf der Erde einschlägt. Das „Museum im Krater“ gab Einblicke in die spektakuläre Katastrophe vor 15 Millionen Jahren und lud ein zur Sonderausstellung „IMPAKT-SPUREN – Einschlagkrater der Erde im Radarbild der Mission TanDEM-X“. Dort wurden u.a. einzigartige und höchstetische Bilder im Großformat gezeigt.

In Landshut öffneten alle Museen sowie die Stadtresidenz, die Schatzkammer St. Martin und die Burg Trausnitz ihre Pforten so weit wie sonst nie im Jahr. Eine noch junge Attraktion in der Landshuter Museumslandschaft ist das städtische KASiMiRmuseum, das sich speziell an Kinder und Jugendliche wendet. Hier luden viele Kreativstationen zum Malen, Basteln und Spielen ein. Daneben waren in den städtischen Museen unterschiedlichste spannende Dauer- und Sonderausstellungen inszeniert, so etwa: Kindheit in Landshut, Malerei von Engelbert Hübich, moderne Keramik, ArchäologieRegion Landshut und Geschichte der Keramik.

Museen in der Kulturlandschaft? Wie und wo bewegt sich das Archäologische Museum in der Kelheimer Kulturlandschaft? Dazu bezog das Museum Stellung in der Ausstellung „35 Jahre Kulturschaffen für Kelheim und seine Gäste“. In dieser Retrospektive wurden Höhepunkte von Ausstellungen und Aktionstagen bis hin zu Konzerten aus den Jahren 1981 bis 2015 präsentiert.

Das Industriemuseum Bunker 29 in Waldkraiburg lud schließlich zu einem Gang durch die faszinierende Geschichte der Waldkraiburger Industrie. So zeigte ein Raum die friedliche Umnutzung der Bunker nach dem Kriegsende, ein anderer beschäftigte sich mit dem wirtschaftlichen Neuanfang im Konstruktionsbüro der Firma Pumpen-Dickow oder ließ die Besucher per Geruchssinn an der Produktion von Gummi teilhaben. Nach einem Abstecher zur Bonbon-Produktion der 1950er Jahre bot das Museum zum Abschluss einen Ausblick auf das rege wirtschaftliche Leben im Landkreis und der Region. **DK**

## Kommunen beim Klimaschutz helfen

Neues Zentrum für nachhaltige Kommunalentwicklung als Impulsgeber

Zum Erhalt der Lebensgrundlagen müssen die natürlichen Ressourcen nachhaltig und umweltfreundlich genutzt werden. Kommunen können durch verschiedene Maßnahmen dazu beitragen, dass wertvolle Ressourcen erhalten bleiben und damit auch das Klima geschont wird. Eine umfassende Informationsbasis und Möglichkeiten des Austauschs untereinander sind für die Gemeinden dabei wesentlich. Das betonte die Bayerische Umweltministerin Ulrike Scharf anlässlich des Arbeitsbeginns des neuen Zentrums für nachhaltige Kommunalentwicklung in Nürnberg.

„Der Klimawandel stellt uns vor Herausforderungen, die wir nur gemeinsam lösen können. Jede Kommune in Bayern kann einen wichtigen Beitrag dazu leisten. Mit dem neuen Zentrum für nachhaltige Kommunalentwicklung unterstützen und motivieren wir die bayerischen Gemeinden, ihre Chancen zu erkennen und die Entwicklung in die eigenen Hände zu nehmen“, so Scharf. Das neue Zentrum für nachhaltige Kommunalentwicklung, das vom

Freistaat über drei Jahre hinweg mit rund 430.000 Euro finanziert wird, soll dabei Impulsgeber und Multiplikator für neue Ideen sein – beispielsweise bei der Planung einer energieautarken Ortschaft mit regenerativen Energien oder bei der Entwicklung eines innovativen Flächenmanagements.

### Ressourcen schonen

Das Zentrum für nachhaltige Kommunalentwicklung wird in

den kommenden Jahren Entwicklungsmöglichkeiten bayerischer Kommunen praxisnah darstellen und den Kommunen angepasst an ihre jeweiligen Bedürfnisse zeigen, wie sie selbst tätig werden können, um Ressourcen zu schonen. Dafür wurde beispielsweise ein Internetportal als zentrale Kommunikationsplattform geschaffen, auf der aktuelle umweltpolitische Herausforderungen und Zukunftsthemen auf kommunaler Ebene aufbereitet und ausgetauscht werden können. Daneben entwickelt das Zentrum praxisgerechte Fortbildungsangebote und sieht sich als Motor einer stärkeren Vernetzung und Integration kommunaler Angebote.

Der Freistaat unterstützt Kommunen beim Thema Nachhaltigkeit und Ressourcenschonung

GZ

Kolumne  
Stefan Rößle

Liebe Leserinnen und Leser,

TTIP - diese auf den ersten Blick eher harmlos wirkende englische Kurzform des geplanten Freihandelsabkommens der EU mit den USA zieht seit längerer Zeit auf politischer Ebene eine vielschichtige und zum Teil lautstarke Diskussion nach sich.

Einer Umfrage zufolge beurteilt die klare Mehrheit der Deutschen das Vorhaben derzeit negativ. Im ARD-Deutschlandtrend sagten 70 Prozent der Befragten, das Abkommen bringe für Deutschland überwiegend Nachteile. 17 Prozent waren der Meinung, die Vorteile von TTIP würden überwiegen, 13 Prozent gaben keine Einschätzung ab. Das ist deutlich und dieses aktuelle Stimmungsbild in der Bevölkerung sollte man durchaus ernst nehmen.

Für jeden, der sich eingehender mit diesem Projekt befasst, stellt sich ohnehin erstmal die Grundfrage: Welches Ziel verfolgt ein solches Freihandelsabkommen überhaupt?

Zielvorstellung ist es, Handelshemmnisse und

### TTIP: Akzeptanz durch Transparenz

Zölle zwischen den USA und der EU abzubauen und die Wirtschaftsräume besser ineinander zu integrieren. Durch Investitionen und eine verbesserte gegenseitige Anerkennung von Normen, Standards und Zulassungsverfahren soll der transatlantische Wirtschaftsraum gestärkt und der freie Waren- und Dienstleistungsverkehr vereinfacht werden.

Das klingt vielversprechend und auf der einen Seite ist es auch so, dass derartige kosmopolitische Überlegungen und Weiterentwicklungen der Zusammenarbeit zwischen den USA und der EU zu begrüßen sind. Aber: Auf der anderen Seite braucht es auf der Wegstrecke dorthin feste Leitplanken, die unsere grundsätzlichen Standards wirkungsvoll absichern.

Wir, die KPV, beschäftigen uns schon seit längerer Zeit mit dem geplanten Freihandelsabkommen und haben unsere „Leitplanken“ bereits aufgestellt. Unter anderem haben wir uns frühzeitig festgelegt, dass Kriterien wie die Beibehaltung der kommunalen Organisationsfreiheit ebenso nicht Teil der Verhandlungen sein dürfen, wie unsere wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Richtmaße. Auch eine Schwächung bzw. Verschlechterung des Umwelt- und Verbraucherschutzes sowie der Gesundheitsversorgung sind für uns klare Ausschlusskriterien.

Wir waren uns aber auch einig, dass sich durch TTIP neue positive Impulse für unsere Kommunen ergeben könnten. Gerade der Mittelstand, die Herzkammer der heimischen Wirtschaft, könnte von der Anerkennung der Normen und dem Wegfall der Zölle profitieren. Sicherlich ließen sich auch Absatzmöglichkeiten durch das Freihandelsabkommen besser erschließen.

Tatsache ist: Was den Unternehmen vor Ort hilft, stärkt in der Folge auch die Kommunen.



Zudem ist gerade der langjährige Exportweltmeister Deutschland abhängig von offenen Märkten und ohne klare Regeln gibt es keinen fairen Wettbewerb auf den Absatzmärkten.

Die Frage ist nur, wer letztendlich diese Regeln aufstellt. Hochrangige Wirtschaftsvertreter warnen, dass die Europäer aktuell in Gefahr sind, in eine Zuschauerrolle hineinzurutschen, wenn sie sich diesem Prozess entziehen und ihre Trümpfe nicht zum richtigen Zeitpunkt ausspielen. Nach

deren Überzeugung kann TTIP durchaus die Chance bieten, die Globalisierung mit europäischen Werten zu lenken und zu gestalten.

Glaubt man den Umfragen, so ist diese Meinung in der breiten Bevölkerung aber noch lange nicht angekommen. Dies liegt vor allem daran, dass der Verhandlungsprozess bislang nahezu ausschließlich hinter verschlossenen Türen stattfand und damit einen idealen Nährboden für vielfältigste Spekulationen bietet. Daran haben auch die Veröffentlichungen von Greenpeace Anfang Mai nicht wirklich etwas geändert, da es sich bei den Schriftstücken vorwiegend um Ausschnitte der verständlicherweise einseitigen Verhandlungspositionen der Amerikaner gehandelt hat.

Wir kommunale Mandatsträger wissen in diesem Zusammenhang aus unserer Erfahrung nur zu gut, dass Intransparenz nicht zu einer höheren Akzeptanz in der Bevölkerung führt, sondern meist zum absoluten Gegenteil. Sollen heutzutage bei uns vor Ort größere Vorhaben und Projekte mit wenigen Widerständen zügig umgesetzt werden, ist immer eine frühzeitige Einbindung der Bevölkerung gefragt.

Dies sollte auch Vorbild für die TTIP-Verhandlungen sein. Ähnlich sieht das übrigens auch Horst Seehofer, der erst kürzlich klar verdeutlichte, dass er in der Regierungskoalition kein grünes Licht zu TTIP geben wird, wenn keine Transparenz bei den Verhandlungen hergestellt wird. Da hat er Recht und ohnehin müssen bis zu einem Inkrafttreten nicht nur das Europäische Parlament, sondern auch alle Nationalstaaten der EU noch zustimmen.

Für die weitere politische Auseinandersetzung zu TTIP, die auch wir als KPV sicherlich mit führen werden, ist es zielführend, nicht in Hysterie zu verfallen, sondern sich mit den Argumenten auseinanderzusetzen. Es ist weder ratsam mit einer falschverstandenen transatlantischen Harmonie alles gutzuheißen, noch ist es angebracht in einem subtilen Anti-Amerikanismus eine Dauerblockade bzw. das Scheitern des Projektes zu fordern.

Vielmehr sind die Unterhändler auf europäischer Seite aufgefordert genau so leidenschaftlich und hartnäckig zu verhandeln und unsere Interessen zu vertreten, wie dies auf amerikanischer Seite geschieht. Denn offene Märkte sind für unsere Wirtschaft grundsätzlich positiv, aber die europäischen Werte und Standards dürfen am Verhandlungstisch nicht zur Debatte stehen. Dafür werden auch wir uns als KPV über unsere direkten Drähte zu den Entscheidungssträgern in Bund und Europa weiterhin mit Nachdruck einsetzen.

Ihr Stefan Rößle  
KPV-Landesvorsitzender

mit verschiedenen Maßnahmen. Scharf: „Die Kommunen sind das Fundament unseres Staates. Vor Ort werden die Weichen dafür gestellt, wie sich eine Gesellschaft entwickelt. Dort wird Nachhaltigkeit für die Bürgerinnen und Bürger sichtbar und erlebbar gemacht.“

### Energiesparkonzepte

2014 wurde eine neue Förderlinie verabschiedet, die gezielt bei der Erstellung von Energiesparkonzepten in öffentlichen Gebäuden oder auch bei einzelnen Baumaßnahmen auch finanziell unterstützt. Bislang wurden über 400 Maßnahmen mit rund 7 Millionen Euro gefördert. Darüber hinaus wurde ein Leitfadens zur Abfallvermeidung für Kommunen entwickelt. Er bewertet die Effektivität verschiedener Maßnahmen zur Abfallvermeidung und ist eine praktische Handlungshilfe zur Reduzierung des Ressourcenverbrauchs.

Weitere Informationen unter: [www.kommunal-nachhaltig.de](http://www.kommunal-nachhaltig.de)



### Sudetendeutscher Tag im Zeichen des Dialogs

Bayerns Ministerpräsident Horst Seehofer hat als Redner beim Pfingsttreffen der Sudetendeutschen in Nürnberg deren Versöhnungsbereitschaft gelobt. Zum ersten Mal trat mit Kulturminister Daniel Heman auch ein Mitglied der tschechischen Regierung auf.

Seehofer hob in seiner Rede die Gemeinsamkeiten hervor: „Flüchtlingszustrom, internationaler Terrorismus, Finanzkrise – kein Staat kann das alleine lösen. Das schaffen wir nur vereint in Europa. Bayern und Tschechien sind heute Freunde und Nachbarn im Herzen Europas! Versöhnung statt Vergeltung – das war und ist die Botschaft der Sudetendeutschen. Wie kaum eine andere Volksgruppe in Europa stehen die Sudetendeutschen für die Kultur der Verständigung und des Dialogs.“

## Situationen und Strategien...

(Fortsetzung von Seite 1)  
und Übergangslösung. In den großen Städten hat dieses Problem noch eine größere Dimension als in den ländlichen Kreisen und Kommunen. 74 Prozent der in die Untersuchung einbezogenen kreisfreien Großstädte nannten die Wohnraumbeschaffung spontan als eines der größten Probleme, 56 Prozent der ländlichen Kreise und Kommunen.

### Personelle Aufrüstung

Trotz der personellen Aufrüstung lassen die Landkreise und Kommunen keinen Zweifel, wie wichtig die Unterstützung durch das ehrenamtliche Engagement der Bürger ist. 86 Prozent bewerten diese Unterstützung als „sehr wichtig“, weitere 14 Prozent als wichtig. Die Bilanz der Hilfsbereitschaft vor Ort fällt geradezu überwältigend aus. 97 Prozent berichten von einer großen Hilfsbereitschaft, in Westdeutschland 99 Prozent, in Ostdeutschland 90 Prozent. Nur eine Minderheit zieht die Bilanz, dass viele der ehrenamtlichen Helfer mittlerweile durch die Herausforderung und Erfahrungen frustriert sind. In 20 Prozent der Landkreise und Kommunen ist dies ein verbreitetes Phänomen, in der überwältigenden Mehrheit der Kreise und Kommunen haben die Verantwortlichen den Eindruck, dass Frustration eher in Einzelfällen zu beobachten ist, aber nicht als verbreitetes Phänomen.

### Kritische Entwicklung

Die große Mehrheit zeigte sich überzeugt, dass sich die Einstellung der Bürger kritisch entwickeln wird, wenn es nicht gelingt, den Zuzug einzudämmen. Mit offenen Konflikten rechnet allerdings nur eine Minderheit: Während 62 Prozent der Verantwortlichen in den Kreisen und Kommunen von einer kritischen Entwicklung der Stimmungslage ausgehen, erwarten nur 20 Prozent, dass es verstärkt zu offenen Konflikten kommen wird. Auch hier gibt es allerdings deutliche Unterschiede zwischen West- und Ostdeutschland. In Westdeutschland rechnen 60 Prozent, in Ostdeutschland 74 Prozent mit zunehmend negativeren Reaktionen aus der Bevölkerung; offene Konflikte befürchten 17 Prozent in Westdeutschland, 31 Prozent in Ostdeutschland.

### Vorgaben lockern

88 Prozent gaben an, dass die gegebenen Rahmenbedingungen der Bewältigung der Herausforderungen erschweren. Insgesamt halten 60 Prozent es für notwendig, die Vorgaben für den Bau von Flüchtlingsunterkünften zu lockern; 55 Prozent wünschen Änderungen beim Ausschreibungsrecht, 47 Prozent beim Planungsrecht. Auch die Vorgaben für die Unterbringung und Betreuung unbegleiteter minderjähriger Flüchtlinge erlebt knapp die Hälfte als Erschwernis und hinderlich bei der Bewältigung der gegenwärtigen Herausforderung.

### Kurzfristige Planung

Jeder zweite Verantwortliche in den Kreisen und Kommunen zieht die Bilanz, dass die kurzfristigen Herausforderungen es kaum zulassen, mittel- und langfristige Strategien zu entwickeln. Die ostdeutschen Landkreise und Kommunen kämpfen hier noch mehr mit Schwierigkeiten als die westdeutschen.

Als größte Herausforderung wird jedoch die Eingliederung der Flüchtlinge in die berufliche Ausbildung und den Arbeitsmarkt benannt. 62 Prozent sind davon überzeugt, dass dies mit

die größte Herausforderung für die eigene Kommune bzw. den eigenen Landkreis bedeutet. Die Beschaffung von geeignetem Wohnraum halten dagegen 39 Prozent auch mittel- und langfristig für mit die größte Herausforderung, die Vermittlung von Sprachkompetenz 36 Prozent. Auch die Vermittlung der deutschen Gesellschafts- und Wertordnung wird von jedem Dritten zu den größten Herausforderungen für die Zukunft gezählt. Diesem Aspekt wird in den ländlichen Regionen weitaus mehr Bedeutung zugeschrieben als in den großen Städten, die wiederum die Beschaffung von Wohnraum weitaus mehr als die ländlichen Kreise und Kommunen auch langfristig zu den größten Herausforderungen zählen.

### Zuzug in die Städte

Während sich die großen Städte auf einen Zuzug, vielfach auf einen starken Zuzug einstellen, sind die ländlichen Kreise und Kommunen mit überwältigender Mehrheit überzeugt, dass viele der Flüchtlinge ihre Region wieder verlassen werden. 63 Prozent der kreisfreien Großstädte rechnen mit einem Zuzug, dagegen nur 11 Prozent der ländlichen Kreise und Kommunen. 43 Prozent der großen Städte rechnen sogar mit einem erheblichen Zuzug. Umgekehrt erwarten drei Viertel der ländlichen Kreise und Kommunen, dass viele der Flüchtlinge, die sie zurzeit beherbergen, wieder wegziehen werden; die Hälfte stellt sich auf einen starken Wegzug ein. Auch West- und Ostdeutschland rechnen hier mit einer völlig unterschiedlichen Entwicklung. Während sich in Westdeutschland vier von zehn Kommunen und Kreisen auf einen Zuzug einstellen, gilt dies nur für jeden fünften Kreis oder Kommune in Ostdeutschland.

### Flüchtlinge als Chance für regionalen Arbeitsmarkt

Was die Einschätzung der Integrationschancen anbelangt, gehen zwei Drittel davon aus, dass die Flüchtlinge für den regionalen Arbeitsmarkt eine Chance bedeuten; 42 Prozent gehen von positiven Auswirkungen auf die demografische Entwicklung aus, 37 Prozent von einer Verstärkung der kulturellen Vielfalt und der Förderung von mehr Weltoffenheit. 11 Prozent sehen auch Chancen für die Auslastung von Schulen, Kitas oder leerstehendem Wohnraum - ein Aspekt, der überdurchschnittlich in Ostdeutschland und in den ländlichen Kommunen hervorgehoben wird. Rund sechs von zehn Kommunen gehen darüber hinaus davon aus, dass der Zuzug für die Unternehmen am Ort erhebliche Chancen bietet, genauso wie für die örtlichen Vereine. 80 Prozent äußerten die Überzeugung, dass die meisten Flüchtlinge gute Integrationschancen haben, nur 16 Prozent meldeten Zweifel an.

### Schlechte Ausbildung

Schwierigkeiten werden vor allem für zwei Gruppen erwartet, nämlich die Flüchtlinge, die nicht mehr ganz jung sind und die keinen Schulabschluss haben bzw. nur eine schlechte oder keine Ausbildung haben. 62 Prozent der Verantwortlichen in den Kreisen und Kommunen sind überzeugt, dass sich schlecht ausgebildete Flüchtlinge schwer tun werden, 55 Prozent erwarten dies auch für Flüchtlinge, die Mitte 40 und älter sind. Darüber hinaus werden bestimmten Nationalitäten ungünstigere Integrationsprognosen gestellt; dies gilt vor allem für Flüchtlinge aus Afrika, aber auch für Flüchtlinge aus Afghani-

stan und aus den Balkan-Staaten.

54 Prozent der Kommunen und Kreise bezweifeln, dass es durch die Änderung der Asylgesetze zu einer deutlichen Reduktion der Flüchtlingszahlen kommen wird. 56 Prozent melden Zweifel an, dass durch die Beschlüsse künftig konsequenter Abschieben zu wollen, es zu einer Reduktion der Flüchtlingszahlen kommen wird. 50 Prozent

(Fortsetzung von Seite 1)

Der Bayerische Bezirkstag sieht auch inhaltlich an entscheidenden Stellen des Gesetzentwurfs noch Nachbesserungsbedarf. Besonders im Bereich der Pflege- und Krankenversicherung wird dies deutlich. Bisher müssen Menschen mit Behinderung, die in stationären Einrichtungen der Behindertenhilfe leben, für die Leistungen, die sie dort erhalten, weitgehend selbst aufkommen. Pflegeversicherungsleistungen und Leistungen der Krankenversicherung für Behandlungspflege sind in diesen Einrichtungen nur in einem erheblich eingeschränkten bzw. reduzierten Umfang möglich.

### Nachbesserungsbedarf

Für Josef Mederer ist dieser Zustand ungerecht und diskriminierend: „Menschen mit Behinderung in stationären Einrichtungen zahlen - wie alle anderen auch - ihre Beiträge zur Pflege- und Krankenversicherung. Es kann nicht sein, dass sie im Endeffekt schlechter gestellt werden als die anderen Versicherten, nur weil sie in einer bestimmten Wohnform leben. Hier sehen wir auf Seite des Gesetzes eindeutigen Nachbesserungsbedarf.“

### Entlastung der Kommunen

Landkreistagspräsident Christian Bernreiter forderte die Bundesregierung auf, ihre im Koalitionsvertrag zugesagte Entlastung der Kommunen von den Kosten der Eingliederungshilfe in Höhe von 5 Mrd. Euro pro Jahr ab 2018 tatsächlich umzusetzen. An die Bayerische Staatsregierung appellierte er eindringlich, sich in den Verhandlungen weiterhin für die Kommunen einzusetzen. Die Verteilung müsse sich dabei an den tatsächlichen Aufwendungen orientieren.

Für die bayerischen Kommunen schlug im Jahre 2014 die Eingliederungshilfe für mehr als 1,1 Mio. Menschen mit einer schweren Behinderung mit rund 2,2 Mrd. Euro zu Buche, und aufgrund von Kostensteigerungen werden es jedes Jahr mehr. Es ist der größte Einzelposten im Bereich der sozialen Ausgaben.

### Eingliederungshilfe

Auch wenn die Zuständigkeitsregelungen für die Eingliederungshilfe in den Bundesländern stark variieren, so Bernreiter, zeigten Bereiche wie Asyl, dass eine bundesweite Lösung im Einvernehmen aller nicht unmöglich ist. Die Bundesregierung müsse zu ihren Zusagen ab 2013 stehen.

„Es ist daher inakzeptabel, die 5 Mrd. Euro Entlastung für die Kommunen in einem Entwurf zum Bundesteilhabegesetz auszusparen“, kommentierte der Präsident den Referentenentwurf. Darin fehlten außerdem notwendige Steuerungsinstrumente, um einer neuen Ausgabedynamik der Eingliederungshilfe entgegenzuwirken. „Wenn die bayerischen Bezirke nicht um jährlich rund 800 Mio. Euro ab 2018 entlastet werden, werden die Bezirksumlagesätze weiterhin steigen“, prognostizierte Bernreiter.

Der Deutsche Landkreistag

vertreten die Ansicht, dass Deutschland nach wie vor viele Anreize setzt. Für die nächste Zeit stellen sich die Landkreise und Kommunen auf weitere Flüchtlinge ein, wenn es nicht gelingt, die Situation in den Ursprungsländern zu stabilisieren und eine europäische Lastenteilung zu erreichen. Ferner wurde angegeben, dass man von Seiten der Politik den Flüchtlingen signalisieren müsse, dass die Aufnahmekapazitäten begrenzt sind. **DK**

## Warnung vor neuer Kostendynamik...

setzt sich für eine Verbesserung des Leistungssystems ein, z. B. in Bereichen wie der personenzentrierten Hilfestellung, einer intensiveren Hilfeplanung sowie beim verstärkten Übergang von behinderten Menschen in den allgemeinen Arbeitsmarkt. Dazu hatte der DLT im letzten Jahr das Papier „Kommunale Erwartun-

(Fortsetzung von Seite 1)

gen an das Bundesteilhabegesetz“ veröffentlicht. Auch müssten laut Präsident Landrat Reinhard Sager die der Eingliederungshilfe vorgelagerten sozialen Sicherungssysteme wirksamer ausgestaltet werden: „Die Eingliederungshilfe darf nicht weiter als Ausfallbürgin für systemisches Versagen an anderer Stelle

### Mehrbelastung

Eine von Bayerischem Städte- und Bayerischem Landkreistag gemeinsam durchgeführte Umfrage zu den finanziellen Mehrbelastungen der bayerischen kreisfreien Städte und der Landkreise bei Aufnahme, Betreuung, Unterbringung und Integration von Flüchtlingen und Asylbewerbern zeigt laut Maly, „dass die bayerischen Kommunen im Jahr 2015 erhebliche finanzielle Mehrbelastungen tragen mussten – trotz der Erstattungsleistungen für Asylbewerber- und Flüchtlingsunterkünfte durch den Freistaat“. Im Jahr 2015 seien in den kreisfreien Städten und den Landkreisen rund 212 Millionen Euro an ungedeckten Kosten vor allem für die Erstaufnahme einer hohen Zahl an Flüchtlingen im Herbst angefallen. Hinzu kämen die noch nicht im Gesamten erhobenen Kosten der kreisangehörigen Gemeinden.

### Personalkosten

Für das Jahr 2016 sind weitere deutliche Steigerungen zu erwarten, vor allem die Personalkosten für dringend nötige Neueinstellungen schlagen dauerhaft auf die kommunalen Haushalte durch. Wie der Städtetagschef erläuterte, bringe der notwendige Stellenaufwuchs bei Städten, Gemeinden und Landkreisen erhebliche finanzielle Mehrbelastungen für die kommunalen Haushalte. Und weitere Kosten seien absehbar: Die Kommunen müssten mittelfristig erhebliche zusätzliche Kosten für Betreuungs- und Bildungseinrichtungen einplanen.

Ministerpräsident Horst Seehofer hat im Herbst 2015 die kommunale Familie gebeten, die zusätzlichen Mehrbelastungen der Kommunen für Flüchtlinge und Asylbewerber in einem transparenten „Open-Book-Verfahren“ aufzuschlüsseln. Maly: „Der Freistaat Bayern muss nun die aufgezeigten steigenden Mehrbelastungen anerkennen und in den kommenden Jahren angemessen berücksichtigen. Wir brauchen eine schnelle aufgabenbezogene finanzielle Entlastung der kommunalen Ebene. Eine finanzielle Entlastung ist besonders dringend bei der wirtschaftlichen Jugendhilfe für unbegleitete Flüchtlinge, bei Verwaltungskosten und durch höhere staatliche Förderungen in Bildung und Erziehung.“

## „Der Landtag sind wir“

Außerordentliche Plenarsitzung: Bereits zum wiederholten Male kamen Schüler für das Planspiel „Der Landtag sind wir“ in den Bayerischen Landtag und schlüpfen für einen Tag in die Rolle der Abgeordneten. Auf der Tagesordnung standen Beratungen und Abstimmung zur Integrationspolitik. Das Grußwort zu Beginn der Veranstaltung hielt der Integrationsbeauftragte der Bayerischen Staatsregierung, Martin Neumeyer. Schirmherrin der Veranstaltung war Landtagspräsidentin Barbara Stamm. Bei dem Planspiel handelt es sich um ein pädagogisches Angebot des Bayerischen Landtags für Schulen und wurde in dessen Auftrag vom Centrum für angewandte Politikforschung (C.A.P.) der LMU München entwickelt. **DK**

## Inhalte und Lösungen...

Die Abfrage unter Federführung des Bayerischen Städte- und Landkreistags bezog sich im Frühjahr 2016 auf die wesentlichen Ausgaben für Aufnahme, Betreuung, Unterbringung und Integration von Flüchtlingen und Asylbewerbern im Jahr 2015. Die nicht durch Einnahmen gedeckten Gesamtaufwendungen der bayerischen kreisfreien Städte und Landkreise beliefen sich im Jahr 2015 auf rund 212,4 Millionen Euro. Allerdings sind in dieser Summe nicht die hohen Lasten der rund 2000 kreisangehörigen Städte und Gemeinden erfasst: Die Erfassung der ungedeckten Kosten ist kompliziert wegen der Vielfalt an Aufgaben und Zuständigkeiten.

### Kostenübernahme

Vom Bund fordern die Kommunen die Übernahme der flüchtlingsbedingten Mehrkosten bei der Erstattung der Kosten der Unterkunft an Hartz-IV-Empfänger. Derzeit tragen die Kommunen zu zwei Dritteln und der Bund zu einem Drittel die Kosten der Unterkunft im Rahmen der Grundsicherung für Arbeitsuchende. Die Kosten der Unterkunft insgesamt für alle Hilfeempfänger betragen im Jahr 2015 für bayerische Kommunen rund 1 Milliarde Euro. Die durch die Aufnahme von Flüchtlingen und Asylbewerbern zu erwartenden Mehrkosten der Unterkunft werden für das Jahr 2016 in Bayern mit über 200 Millionen Euro geschätzt.

Nach Malys Worten trägt für diese Kosten der Bund die Verantwortung. Der Staat dürfe Menschen nach der Anerkennung als Flüchtling oder Asylbewerber nicht aus der Erstaufnahme sowie staatlicher Unterbringung in die Obdachlosigkeit entlassen und dann vor die Türen des Rathauses schicken. Der Bund müsse die Kosten der Unterkunft vollständig übernehmen, die vom Flüchtlingszuzug verursacht werden.

Die größten Belastungen für die Haushalte der Kommunen resultieren aus den nicht erstattungsfähigen Verwaltungskosten. So mussten allein die kreisfreien Städte und Landkreise im Jahr 2015 rund 1,800 zusätzliche Stellen schaffen. Der Gesamtaufwand für Personal und Sachkosten betrug 2015 mehr als 105 Millionen Euro. Die Personalausgaben resultieren insbesondere aus dem Vollzug des Asylbewerberleistungsgesetzes (28 Prozent) und der Betreuung von unbegleiteten Flüchtlingen (30,5 Prozent).

Unter Berücksichtigung der Erstattungsleistungen des Freistaates für die Verwaltungskosten im Bereich der Jugendhilfe mussten im Jahr 2015 die kreisfreien Städte und Landkreise 32,1 Millionen Euro aus dem Haushalt finanzieren.

herhalten. Für mehrere der im Entwurf vorgesehenen Leistungstatbestände sind andere verantwortlich, nicht die Eingliederungshilfe. Insbesondere ist es absurd, die Sozialämter zu Ausfallbürgen für die schulische Inklusion zu machen. Das ist eindeutig Ländersache und muss es auch bleiben!“ **DK**

Dies bestätigt das gravierende Missverhältnis zu den tatsächlichen Personalkosten bei der Jugendhilfe der gewährten Verwaltungskostenpauschale von 8,5 Millionen Euro. Für das Jahr 2016 wird eine weitere Dynamik bei den Personalausgaben erwartet.

### Finanzierungsdefizit

Bei Errichtung und Betrieb von Unterkünften für Flüchtlinge und Asylbewerber in zentralen Erstaufnahmeeinrichtungen und Dependance sowie kommunalen Unterkünften (Wohnungen, Gemeinschaftsunterkünften, Leichtbauhallen, Turnhallen) werden die Aufwendungen größtenteils vom Freistaat erstattet. Dennoch bleibt ein Finanzierungsdefizit von 43,5 Millionen Euro.

Die Kosten für Asylsozialberatung (8,1 Millionen Euro) umfassen die Aufwendungen für Beratungen durch Kommunen und vor allem die Defizitübernahme für freie Träger.

Die Zweckaufwendungen bei kreisfreien Städten und Landkreisen im Rahmen der wirtschaftlichen Jugendhilfe für unbegleitete Flüchtlinge wurden bis 31. Oktober 2015 grundsätzlich von den außerbayerischen Jugendhilfsträgern oder den bayerischen Bezirken erstattet. Seit der Rechtsänderung zum 1. November 2015 wenden sich kreisfreie Städte und Landkreise an die bayerischen Bezirke. Trotzdem klappt eine Deckungslücke, weil der Freistaat nur Aufwendungen der wirtschaftlichen Jugendhilfe für unbegleitete minderjährige Flüchtlinge erstattet, aber nicht für junge Volljährige. Im Jahr 2015 mussten die Bezirke Kosten von 33,8 Millionen Euro über die Bezirksumlagen auf die kreisfreien Städte und Landkreise umlegen. Dieser Betrag wird in den nächsten Jahren wegen des Eintritts der Volljährigkeit bei vielen Unbegleiteten deutlich anwachsen.

Bei den ungedeckten Ausgaben im Bereich Bildung und Erziehung von 11,5 Millionen Euro handelt es sich insbesondere um den zusätzlichen Sachaufwand für berufliche und allgemeinbildende Schulen. Einzelne kreisfreie Städte schultern mit ihren kommunalen Schulen einen hohen Sach- und Personalaufwand. Auch hier wird in den nächsten Jahren ein starker Zuwachs erwartet.

Darüber hinaus haben die Kommunen zusätzliche Aufwendungen für weitere Aufgaben (6,5 Millionen Euro) zu tragen, die bei Betreuung und Integration von Flüchtlingen entstehen, etwa für Programme und Maßnahmen für Integration, Sprachkurse, die Koordination von Ehrenamtlichen und Helferkreisen sowie erweiterte Angebote in Sport, Freizeit und Kultur. **DK**

**Straßenbeleuchtung, Elektromobilität und effiziente Energielösungen:**

## LEW eröffnen neues Technologiezentrum in Königsbrunn

Ausstellung informiert Kommunen und Unternehmen über Zukunftstechnologien

Die Lechwerke (LEW) haben den bestehenden LED-Leuchtenpark in Königsbrunn bei Augsburg zum Technologiezentrum ausgebaut: Besucher können künftig 100 verschiedene Modelle umweltfreundlicher Straßen- und Objektbeleuchtungsmodelle besichtigen. Neu präsentiert werden außerdem intelligente Lichtsteuersysteme, effiziente Energielösungen und Ideen für die Einbindung des Zukunftstrends Elektromobilität. Die Ausstellung im Technologiezentrum richtet sich an Kommunen und Unternehmen.

Gemeinsam mit Vertretern aus der Kommunalpolitik und interessierten Bürgern eröffneten Hansjörg Durz, Bundestagsabgeordneter aus Neusäß, Franz

Feigl, Erster Bürgermeister von Königsbrunn und Dr. Markus Litpher, LEW-Vorstandsmitglied, die neue Ausstellung. Beim Tag der offenen Tür konn-

ten auch die Bürger bei Führungen, Energieberatungen und Testfahrten mit Elektrofahrzeugen das neue LEW Technologiezentrum erleben.

### Treibende Kraft

„Bei der Umsetzung der Energiewende geht Bayern voran. Gerade bei der Stromerzeugung aus erneuerbaren Energien übernehmen wir im bundesweiten Vergleich eine Vorreiterrolle“, sagt der Bundestagsabgeordnete Hansjörg Durz. „Genauso wichtig für den erfolgreichen Umbau des Energiesystems sind jedoch effiziente und intelligente Energielösungen. Hier bringen die Lechwerke in der Region viel voran. Das neue Technologiezentrum zeigt dies eindrucksvoll.“

Das LEW Technologiezentrum bietet eine der größten Ausstellungen zu LED-Straßenleuchten in Süddeutschland:

im Leuchtenmarkt und der Einfluss von Licht auf den Menschen ebenso im Fokus wie vernetzte Sicherheit, intelligente Haus- und Gebäudeautomation sowie effizientes Energiemanagement. Die Branchenthemen wurden zusätzlich im vielseitigen Rahmenprogramm beleuchtet und in fundierten Fachvorträgen vertieft.

Die Besucher konnten u. a. das Zukunftsthema Human Centric Lighting live erleben: Die Sonderschau „Mit Smart Lighting durch den Tag“ zeigte eine Übersicht über die Möglichkeiten in der smarten Lichtwelt. „Neue Forschungsergebnisse haben gezeigt, dass Licht auch eine biologische Wirkung hat und dass der Tagesrhythmus des Menschen durch Licht bestimmt wird. Die Lichtindustrie hat das in ihren Produkten und Beleuchtungslösungen umgesetzt, um den Menschen optimal zu unterstützen.“

Die Light + Building ist das Highlight, auf der die Branche ihr Zukunftsthema Human Centric Lighting in all seinen Facetten vorgestellt hat. Bei den Beleuchtungslösungen für die verschiedensten Bereiche des täglichen Lebens stand 2016 die Vernetzung im Fokus. Damit lassen sich zusätzliche Energieeffizienzpotentiale realisieren, vor allem aber Komfort und Nutzen für den Menschen weiter steigern. „Für die Zukunft gehe ich davon aus, dass wir noch mehr Beleuchtungslösungen mit Zusatznutzen sehen werden und damit neue Geschäftsmodelle, die die Branche bereichern“, sagt Dr. rer. nat. Jürgen Waldorf, Geschäftsführer Fachverband Licht des ZVEI.

### Biennale der Lichtkultur mit einzigartigen Inszenierungen

Light + Building goes City: In den Abendstunden schlug die Luminale die Brücke zwischen Stadt und Messegelände. Parallel zur Weltleitmesse zeigte die Biennale der Lichtkultur in der Rhein-Main-Region über 200 einzigartige Lichtinszenierungen. Das „urbane Lichtlabor“ besuchten in diesem Jahr nahezu 200.000 Gäste. Die Kombination von Fachmesse und Stadterlebnis verwandelte das Rhein-Main-Gebiet in einen einzigartigen Treffpunkt rund um das Thema Licht. Sie bot bereits zum achten Mal eine einzigartige Gelegenheit, sowohl Architektur „in ganz neuem Licht“ und faszinierende Lichtkonzepte innerhalb des Stadtbildes zu sehen. □

Auf dem 13.000 Quadratmeter großen Gelände werden verschiedenste Leuchtenformen und -designs, Lichtfarben und Beleuchtungsstärken präsentiert. Insgesamt befinden sich rund 40 Objektbeleuchtungen sowie 60 verschiedene Straßenleuchten auf dem LEW-Gelände. Um unterschiedliche Beleuchtungssituationen nachbilden zu können, sind alle Leuchten einzeln schalt- und dimmbar.

### Intelligente Straßenbeleuchtung

Ein Schwerpunkt der Ausstellung liegt dabei auf der intelligenten Straßenbeleuchtung und deren Einsatzmöglichkeiten. Mit Hilfe von digitalen Steuerungssystemen können Straßenleuchten künftig individuell bedient und zugleich für weitere Funktionen wie etwa öffentliches WLAN, Luftmessungen oder integrierte Ladestationen für Elektroautos genutzt werden. Das Technologiezentrum zeigt anhand von Anwendungsbeispielen das Potenzial der smarten Straßenbeleuchtung für Städte und Gemeinden.

„Gerade in Zeiten der Energiewende wird das Thema Straßenbeleuchtung für Kommunen immer wichtiger. Mit der Umstellung auf effiziente

LED-Technik können wir Energie einsparen und auf diese Weise einen Beitrag zum Klimaschutz leisten“, sagt Franz Feigl, Erster Bürgermeister von Königsbrunn. „Das neue Technologiezentrum bietet gerade für Kommunen eine ideale Möglichkeit, sich umfassend über die neuesten Technologien zu informieren.“

Darüber hinaus finden Interessierte im neuen Technologiezentrum Informationen zu effizienten Energielösungen: Ausgestellt sind zum Beispiel Wärmepumpensysteme, Photovoltaikanlagen und Batteriespeicher sowie Elektrofahrzeugen und Ladestationen. Auch Smart-Home-Komponenten sind Teil der neuen Anlage.

### Breites Produktportfolio

„Um die Energiewende zu meistern, müssen wir alle Energiesektoren integrieren: Strom, Wärme und Verkehr. Dabei spielen effiziente Energielösungen eine entscheidende Rolle“, sagt LEW-Vorstandsmitglied Dr. Markus Litpher. „Hier bieten wir neben der Straßenbeleuchtung ein breites Produkt- und Lösungsportfolio, das wir jetzt auch im Technologiezentrum präsentieren. Die Besucher können die Technologien hier

im direkten Praxiseinsatz erleben.“

### Wirkung von LED-Leuchten

Bei der Eröffnung informierten LEW-Experten zum Thema Straßenbeleuchtung und zeigten Einsatzmöglichkeiten und Wirkung der LED-Leuchten. Die Besucher konnten außerdem vor Ort Elektroautos, E-Bikes und Segways testen und sich zu verschiedenen Energielösungen beraten lassen.

Für alle interessierten Bürger gibt es im Rahmen des Programms „Offene Türen bei LEW“ am 14. Oktober die nächste Möglichkeit, an einer Führung durch das LEW Technologiezentrum teilzunehmen. Nähere Informationen unter [www.lew.de/offene-tueren](http://www.lew.de/offene-tueren).

Für Kommunen und Unternehmen bieten die Lechwerke nach Vereinbarung Führungen an. In einer zweieinhalbstündigen Besichtigung erfahren Besucher mehr zur LED-Technik und können die Tag- und Nachtwirkung der Leuchten erleben. Daneben gibt es eine spezielle E-Mobility-Führung, die etwa eine Stunde dauert und aus einem Vortrag und anschließenden Testfahrten mit E-Bike und E-Auto besteht. □

**Light + Building 2016 schließt mit Rekordzahlen:**

## Mehr Besucher, mehr Aussteller und mehr Fläche

Die Light + Building hat ihre führende Rolle als Weltleitmesse für Licht und Gebäudetechnik erneut bewiesen. Die weltgrößte Leistungsschau für Licht, Elektrotechnik sowie Haus- und Gebäudeautomation schloss mit Rekordzahlen. Bei allen wichtigen Kennzahlen war ein Wachstum zu verzeichnen – sowohl bei der Anzahl der Besucher, der Aussteller als auch der belegten Fläche gab es Zuwächse.

2.589 Aussteller (2014: 2.495) aus 55 Ländern präsentierten ihre Weltneuheiten auf einer Fläche von rund 248.500 Quadratmetern (2014: 245.000 Quadratmeter). Rund 216.000 Fachbesucher (2014: 211.232) aus 160 Ländern kamen insgesamt vom 13. bis 18. März 2016 auf das Messegelände in Frankfurt am Main und informierten sich über Innovationen, Lösungen und Produktneuheiten. Das entspricht einem Zuwachs von 2,3 Prozentpunkten. „Wir sind außerordentlich zufrieden mit dem Verlauf der diesjährigen Light + Building und freuen uns über die erneut gestiegenen Kennzahlen. Diese unterstreichen die Stellung der Light + Building als Weltleitmesse, die positive Stimmung in der Branche und die ungebrochen hohe Zufriedenheit der Aussteller“, so Wolfgang Marzin, Vorsitzender der Geschäftsführung der Messe Frankfurt.

### Hohe Erwartungen erfüllt

„Die Light + Building 2016 hat die hohen Erwartungen der ZVEI-Aussteller erfüllt: Sowohl im Licht- als auch im Gebäudebereich waren Digitalisierung, Vernetzung und Energieeffizienz die bestimmenden Themen in allen Hallen“, so Dr. Klaus Mittelbach, Vorsitzender der Geschäftsführung des Zentralverbandes Elektrotechnik und Elektronikindustrie (ZVEI).

Zu den stärksten Besuchergruppen zählte, wie schon in den Jahren zuvor, das deutsche Handwerk. Ingolf Jakobi, Hauptgeschäftsführer des Zentralverbandes der Deutschen Elektro- und Informationstechnischen Handwerke (ZVEH), unterstrich die Bedeutung der Light + Building als äußerst wertvolle Plattform für die E-Handwerke: „Intelligente Gebäudevernetzung und Energieeffizienz sind in Zeiten der Digitalisierung untrennbar miteinander verknüpft. Beide Themen – und damit auch die Kompetenzen der E-Handwerke auf diesen Gebieten – standen auf der Light + Building mehr denn je im Fokus.“

Bei der diesjährigen Light + Building stand das Thema Digitalisierung im Mittelpunkt. Daher lautete das Motto: „Where modern spaces come to life: digital – individuell – vernetzt“. Die Industrie zeigte intelligente Lösungen und zukunftsweisende Technologien zur Digitalisierung und Vernetzung sowie aktuelle Design-trends. Dabei standen die Trends

**LEW-Technologiezentrum in Königsbrunn.**

- > über 100 verschiedene Modelle energiesparender Straßen- und Objektbeleuchtung
- > intelligente Lichtsteuersysteme
- > Ideen für die Einbindung von Batteriespeichern und Elektromobilität

Informieren Sie sich unter [www.lew-technologiezentrum.de](http://www.lew-technologiezentrum.de)

Die LEW-Gruppe – Ihr Partner für intelligente Energie

LEW LEW LEW LEW BEW EWL ÜWK LVN  
Lechwerke Service & Consulting TellNet Netzservice Bayerische Elektrizitätswerke Überlandwerk Krummholz

Kabinettsitzung zur Verkehrspolitik:

## Projekte höchster Priorität

Der Entwurf zum Bundesverkehrswegeplan, das jetzt vorliegende Baurecht für die zweite S-Bahn-Stammstrecke in München und die Stärkung der Elektromobilität in Bayern waren zentrale Themen einer Kabinettsitzung der Bayerischen Staatsregierung in München.

Ausdrücklich begrüßt wurde der von Bundesverkehrsminister Alexander Dobrindt vorgelegte Entwurf zum BVWP. Bayern steht danach ein deutlich größeres Projektvolumen für die Straßeninfrastruktur zur Verfügung als bisher und auch im Schienenbereich sind viele für Bayern notwendige Projekte berücksichtigt.

Wie Innen- und Verkehrsminister Joachim Herrmann unterstrich, enthalte der Entwurf zahlreiche Verkehrsprojekte, die für die Entwicklung Bayerns außerordentlich wichtig sind. Der Anteil Bayerns an den bundesweiten Gesamtmaßnahmen steige im Straßenbereich von 13,7 Prozent auf 16,9 Prozent. Die bayerischen Straßenprojekte umfassten gut 17,1 Milliarden Euro. Auch im Bereich der Schiene und der Wasserstraßen seien wichtige Projekte enthalten. So seien nahezu 30 Prozent aller Schieneninvestitionen für Maßnahmen mit bayerischem Bezug angedacht.

Der Minister verwies darauf, dass die Staatsregierung alle Verkehrsprojekte, die zum Bundesverkehrswegeplan angemeldet worden sind, mit Nachdruck weiterverfolgen werde. Damit

werde auch sichergestellt, dass Finanzierungsspielräume genutzt werden können, die im Laufe der Zeit entstehen.

Herrmann zufolge haben für die Staatsregierung folgende Verkehrsprojekte, die im BVWP-Entwurf noch nicht bzw. nicht ausreichend berücksichtigt worden sind, höchste Priorität: Im Bereich der Bundesfernstraßen der durchgängige sechsstreifige Ausbau der A 3 zwischen AS Nittendorf und der Bundesgrenze bei Passau, der sechsstreifige Ausbau der A 8 zwischen AS Traunstein/Siegsdorf und der Grenze D/A, der Ausbau der B 303 (E 48) von Marktredwitz-West über die A 93 bis zur Landesgrenze bei Schirnding, der vierstreifige Ausbau der B 20 zwischen Cham über Straubing (A 3) und A 92 (Landau) sowie Rissmannsdorf – Traising und der durchgängige Ausbau der B 12 zwischen A 7 (Kempten) über Kaufbeuren bis zur A 96 sowie im Bereich Schiene die Elektrifizierung und Geschwindigkeitserhöhung der (Ausbau)Strecke München – Regensburg – Schwandorf – Furth im Wald – Bundesgrenze D/CZ (- Prag) sowie der Ausbau der Strecke Nürnberg – Amberg – Schwan-

ndorf, die Elektrifizierung, der Ausbau und die Geschwindigkeitserhöhung auf der Strecke München – Mühldorf – Freilassing – Salzburg (ABS 38) sowie der Ausbau der Strecke Landshut – Plattling.

Als historischen Schritt wertete das Kabinett das nunmehr vorliegende Baurecht für alle drei Abschnitte der zweiten S-Bahn-Stammstrecke. Das zuständige Eisenbahnbundesamt hat den Planfeststellungsbeschluss für das letzte der drei Teilstücke (im Osten zwischen Isar und Leuchtenbergring) erlassen. Damit besteht Baurecht für die gesamte Strecke.

Laut Joachim Herrmann ist die zweite Stammstrecke für die S-Bahn in München „eines unserer wichtigsten Zukunftsprojekte, um die Mobilität der Bevölkerung im wachsenden Großraum München für die Zukunft zu sichern“. Mit dem Planfeststellungsbeschluss für das dritte und letzte Teilstück sei eine weitere wichtige Hürde genommen. Ziel sei es, mit dem Bau der zweiten Stammstrecke noch in diesem Jahr zu beginnen.

Auch die Absicht der Bundesregierung, gemeinsam mit der deutschen Automobilindustrie den Ausbau der Elektromobilität bis 2020 kraftvoll voranzutreiben, fand die einhellige Zustimmung der Staatsregierung: Elektromobilität sei ein zentrales Element auf dem Weg zu einer nachhaltigen Mobilität und eine Schlüsselfrage für den Technologie- und Industriestandort Deutschland und Bayern. Gleichwohl sei für den weiteren Ausbau dieser Zukunftstechnologie ein starker Impuls dringend erforderlich. Kaufprämie, flächendeckender Ausbau der Ladeinfrastruktur und verbesserte steuerliche Rahmenbedingungen für die Nutzung von E-Fahrzeugen: Nun sei der Bund am Zug und müsse Weichen stellen, um den Ausbau der Elektromobilität wirksam voranzutreiben.

Am 1.1.2015 waren in Bayern 22.490 Elektrofahrzeuge zugelassen (hiervon 4.053 reine Elektrofahrzeuge und 18.437 Hybridfahrzeuge). Bei den Neuzulassungen ergab sich eine Steigerung um fast 26 % im Vergleich zu 2014. Eine deutliche Steigerung von 63 % ist auch bei den Neuzulassungen der Behörden des Freistaats, der Landkreise und der Gemeinden zu verzeichnen.

Aus Sicht von Minister Herrmann muss vor allem das Angebot an Ladesäulen deutlich verstärkt werden: „Die Bundesregierung muss für den Ausbau der Ladeinfrastruktur deutlich mehr

Geld zur Verfügung stellen. Wir gehen davon aus, dass wir in Bayern bis 2020 einen Bedarf von bis zu 7.000 öffentlichen Ladesäulen haben. Das vom Bund in Höhe von acht Millionen Euro angekündigte Förderprogramm für öffentliche Normalladestruktur in Deutschland ist ein guter Ansatz, reicht aber bei Weitem nicht aus. Der auf Bayern entfallende Teil würde bei der bisherigen Summe nicht einmal fünf Prozent des Bedarfs decken.“

Herrmann kündigte weiter an, in Abstimmung mit den anderen Ressorts ein Gesamtkonzept zum Aufbau der notwendigen Ladeinfrastrukturen an Behördenstandorten zu erarbeiten. Dabei soll insbesondere auch allen öffentlich Bediensteten zunächst die kostenlose Versorgung mit Ladestrom ermöglicht werden. Darüber hinaus werde derzeit geprüft, ob die behördlichen Ladestationen zukünftig auch von Privatleuten im Rahmen des Besucherverkehrs genutzt werden können. Die Staatsregierung werde sich auch dafür einsetzen, Mietern und Wohnungsinhabern in Gemeinschaftsanlagen die Installation eines Ladeanschlusses für E-Autos in Garagen oder an Stellplätzen zu erleichtern.

Weiter wies Herrmann darauf hin, dass er beim Bund darauf gedrängt habe, alle bewirtschafteten Tank- und Rastanlagen entlang der Bundesautobahnen in Bayern zeitnah mit Schnellladesäulen auszustatten. Zwischenzeitlich wurde die erste bundesweite Pilotanlage in Bayern auf der Rastanlage Köschinger Forst Ost an der A 9 im September 2015 installiert. „Der Aufbau der Schnellladesäulen an den ersten 30 Standorten in Bayern soll nach dem aktuellen Zeitplan der Autobahn Tank & Rast GmbH noch im Frühjahr 2016 abgeschlossen werden“, berichtete Herrmann. Bayern werde damit vordringlich mit Schnellladesäulen ausgestattet. Nach Auskunft der Autobahn Tank & Rast GmbH werde der Strom in der Startphase kostenlos an die Kunden abgegeben.

Auch im Fuhrpark des Freistaats sollen mehr Elektrofahrzeuge eingesetzt werden. Ziel ist, den Anteil der Elektroautos bei Neuzulassungen von geeigneten Fahrzeugen auf 20 Prozent zu erhöhen. Herrmann zufolge sind an verschiedenen Standorten im Ressortbereich des bayerischen Innenministeriums bereits schon heute 18 Elektrofahrzeuge mit zugehörigen Lademöglichkeiten in Betrieb. Geplant sei, an allen Standorten der Bauverwaltung (24), der Regierungen (7) und der Polizeipräsidien (10) jeweils mindestens ein Elektrofahrzeug und dazugehörig eine Elektrotankstelle zur Verfügung zu stellen. **DK**

Sicherungskasten EK480 von Langmatz:

## Wirkungsvoller Schutz für Straßenleuchten

Der Sicherungskasten EK480 ist eine Produktneuerung aus dem Hause Langmatz, die sich durch hochwertige Verarbeitung und praxisbewährte Eigenschaften auszeichnet. Die EK480 Produktreihe erfüllt alle mechanischen und elektrischen Anforderungen. Leuchten mit hochwertiger Elektronik können so wirkungsvoll gegen Überspannungen durch Schalthandlungen oder Naheinschläge geschützt werden.

Dieses Qualitätsprodukt ist eine Weiterentwicklung bewährter Technik und hebt sich durch einige besondere Merkmale hervor:

Langmatz Sicherungskästen EK 480 in dieser Ausführung sind ausgestattet mit einem mehrpoligen Überspannungsschutz zum Schutz von Straßenleuchten vor Überspannung. Innovative Technik in Verbindung mit einem kompakten Gehäuse zeichnet diese Neuerung von Langmatz aus, die zu einer Verlängerung der Lebensdauer von (LED-)Straßenleuchten beiträgt.

Der in Zusammenarbeit mit dem Elektrotechnikspezialisten DEHN entwickelte Überspannungsschutz wurde in das kompakte Standardgehäuse EK 480 fest integriert und ist für Mastinnendurchmesser 90 mm und damit für die große Mehrzahl der Straßenmaste geeignet. Die Anschlüsse sind dabei leicht zugänglich und durch die transparente Gehäuseabdeckung von außen sichtbar.

Zu den Besonderheiten dieses Gerätes gehört eine zweite ge-

schützte Phase, die für verschiedene Zwecke eingesetzt werden kann, z. B. für eine weitere Leuchte, die Steuerphase einer Halbnachtschaltung, eine Weihnachtsbeleuchtung oder eine Steckdose.

Bei Störung der Elektronik erfolgt die Abschaltung der Phase(n) und eine optische LED-



Produktneuerung: der Sicherungskasten EK 480. □

Störungsanzeige am Gerät erleichtert dem Techniker die Ursachenanalyse. Die Straßenleuchte brennt also nicht einfach weiter, wenn der ÜSS einmal inaktiv sein sollte und die Leuchte nicht mehr geschützt wäre. Es besteht ein doppelter Schutzfaktor für Ihre (LED-)Straßenleuchten. □

## Bundesverkehrswegeplan deutlich nachbessern!

Der Verband Deutscher Verkehrsunternehmen (VDV) hat in seiner Stellungnahme zum neuen Bundesverkehrswegeplan (BVWP) gegenüber dem Bundesverkehrsministerium deutliche Nachbesserungen gefordert. Vor allem die Schiefelege zulasten der Schiene stößt beim Branchenverband auf Kritik.

„Im Bereich der Straße findet man 500 Ortsumgehungen, aber der regionale Schienenverkehr findet so gut wie gar nicht statt. Das ist angesichts des erkennbaren Klimawandels und der Notwendigkeiten zur Dekarbonisierung verfehlt. Zudem steht es nicht im Einklang mit den klimapolitischen Zielen der Regierung“, so VDV-Geschäftsführer Dr. Martin Henke.

Auch wichtige Projekte für den Ausbau des Schienengüterverkehrs, wie vor allem die Erhöhung des Netzes für den Einsatz längerer Güterzüge, sind im Entwurf des neuen Bundesverkehrswegeplans nicht hoch genug gewichtet. „Obwohl der BVWP durch seinen systemischen Ansatz insgesamt an fachlicher und planerischer

Substanz gewonnen hat, wird die Gesamtwirkung gerade kleinerer Maßnahmen unterschätzt. Neben dem zügigen Ausbau der Großknoten gibt es eine ganze Reihe von sinnvollen kleineren Maßnahmen, die schnell und mit relativ geringem finanziellen Aufwand umgesetzt werden könnten“, so Henke weiter.

Die grundsätzliche Ausrichtung des neuen BVWP, die dem Erhalt bestehender Verkehrswege Vorrang vor Neubaumaßnahmen einräumt, begrüßt der VDV. Gerade die geplante Engpassbeseitigung im Schienennetz ist sinnvoll und dringend nötig. Allerdings müssen diesen Planungen jetzt auch zeitnah konkrete Umsetzungen folgen“, betonte Henke abschließend. □

## Verkehrssicherheitstraining „Köner durch Er-Fahrung“

Für Bayerns Innen- und Verkehrsstaatssekretär Gerhard Eck ist das Verkehrssicherheitstraining 'Köner durch Er-Fahrung' ein unverzichtbarer Baustein für die Verkehrssicherheitsarbeit in Bayern. Das hat Eck bei der jährlichen Bilanzveranstaltung der Landesverkehrswacht Bayern in Weiden deutlich gemacht.

2015 hatten mehr als 7.000 junge Fahrerinnen und Fahrer aus ganz Bayern daran teilgenommen und dabei ihr Unfallrisiko statistisch um rund ein Drittel gesenkt. Seit dem Start von „Köner durch Er-Fahrung“ im Jahr 1984 wurden bereits mehr als 455.000 Teilnehmer geschult. „Trainieren, Korrigieren und Erfahrung gewinnen – das ist die Erfolgsformel von „Köner durch Er-Fahrung“, so der Staatssekretär. „Ich rate jedem jungen Fahranfänger, unbedingt mitzumachen.“

Nach wie vor seien junge Erwachsene zwischen 18 und 24 Jahren bei Verkehrsunfällen eine besonders auffällige Risikogrup-

pe. An knapp einem Drittel der Verkehrsunfälle mit Personenschaden war diese Altersgruppe beteiligt. Hier setzt laut Eck „Köner durch Er-Fahrung“ ganz gezielt an. Fahranfänger, die seit ein bis zwei Jahren ihren Führerschein haben, können kostenfrei mit Experten bei verschiedenen Übungen ihr Fahrkönnen testen, vor allem für kritische Situationen im Straßenverkehr. „Wir fördern das Erfolgsprojekt mit 90.000 Euro pro Jahr“, erklärte Eck. Daneben unterstützen auch die Landesbausparkasse und die bayerischen Sparkassen die Aktion der Landesverkehrswacht Bayern und der örtlichen Verkehrswachten. □

Langmatz 

Wollen Sie das Abschalten Ihrer LED-Straßenbeleuchtung den Naturgewalten überlassen?

Sichern, Steuern und Beleuchten - mit Langmatz.

www.langmatz.de

Verkehrskonferenz München-Nord in Dachau:

## Prägnante Fortschritte

**Bürgermeister, Verkehrsreferenten aus Stadt- und Gemeinderäten sowie Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter aus den Verwaltungen und verschiedener Fachbehörden nahmen an der 2. Verkehrskonferenz München Nord in Dachau teil. Mit dieser Veranstaltung wurde ein weiterer Schritt zur Vertiefung der interkommunalen Zusammenarbeit im Bereich der Verkehrsentwicklung im Münchner Norden sowie den angrenzenden Kommunen getan.**

Wie Innen- und Verkehrsminister Joachim Herrmann mitteilte, „werden wir das Verkehrsnetz im Großraum München in den kommenden Jahren deutlich verbessern“. Der Autobahnring A 99 soll leistungsfähig ausgebaut und die Zubringerautobahnen wie die A 8 oder die A 92, erweitert werden. In Bayern stehen dieses Jahr für die Bundesfernstraßen mehr als 1,4 Milliarden Euro zur Verfügung. Für die Staatsstraßen stehen heuer 394 Millionen Euro bereit und mit rund 485 Millionen Euro werden zudem Landkreise, Städte und Gemeinden beim Straßenbau unterstützt und gefördert.

Außerdem werde mit dem von der Staatsregierung beschlossenen Bahnknoten-Konzept der Schienenpersonenverkehr und somit die Attraktivität des gesamten Öffentlichen Nahverkehrs weiter gestärkt. Südbayern zählt in Deutschland zu den großen Wachstumsregionen und nimmt auch im internationalen Vergleich eine Spitzenposition ein. „Der S-Bahn – als Rückgrat des öffentlichen Verkehrs zwischen Region und Landeshauptstadt – muss dabei besonderes Augenmerk gewidmet werden. Der Bau der 2. Stammstrecke ist deshalb unabhängig, wenn wir auch weiterhin eine ausreichende Mobilität

für alle gewährleisten wollen“, erklärte Herrmann.

### Ausbau der A 99

Fortschritte gebe es zum Beispiel beim Ausbau des Autobahnringes A 99. „Bei der laufenden Fortschreibung des Bundesverkehrswegeplanes haben wir deshalb alle bereits jetzt häufig überlasteten Ringabschnitte als Ausbauvorhaben angemeldet – und zwar zwischen den Kreuzen München-Süd-West und München-West zum sechsstreifigen und vom Tunnel Allach bis zum Dreieck Feldmoching sowie vom Kreuz München-Nord bis zum Kreuz München-Süd zum achtstreifigen Ausbau“, unterstrich der Minister. Auch bei der Planung für das Teilstück vom Kreuz München-Nord bis zur Anschlussstelle Aschheim-Ismaning sei man gut vorangekommen. Hier liege bereits Baurecht vor.

Im weiteren Verlauf bis Haar

sind die Vorentwürfe mit dem Bund abgestimmt. Derzeit werden die Unterlagen zur Planfeststellung vorbereitet. Wichtig ist Herrmann auch die Leistungsfähigkeit von Zubringerautobahnen. „Die A 8 von München bis Augsburg ist seit 2011 sechsstreifig ausgebaut. Nun packen wir den sechsstreifigen Ausbau der A 92 von Feldmoching bis zum Kreuz Neufahrn an. Das laufende Planfeststellungsverfahren wollen wir hier zügig zum Abschluss bringen.“

### Gesamtnetz verbessern

Aber auch mit kleineren Baumaßnahmen will der Verkehrsminister das Gesamtnetz verbessern. An der Anschlussstelle Dachau/Fürstendfeldbrücke der A 8 wird eine zusätzliche Direktverbindung von der A 8 aus Richtung München zur Bundesstraße B 471 in Richtung Dachau gebaut. Das verbessert die Anbindung des östlichen Landkreises Dachau an das Autobahnnetz. Der Entwurf des Bundesverkehrswegeplans stärke außerdem den Ausbau der Bundesstraßen im Münchner Norden.

„Die vierstreifigen Ausbauten der B 471 zwischen Fürstendfeldbrücke-Ost und der A 8, zwischen Dachau und der A 92 bei Oberschleißheim und zwischen der B 13 bei Garching-Hochbrück und der A 99 bei Aschheim sind allesamt in den Vordringlichen Bedarf aufgenommen. Darüber hinaus wurde auch der vierstreifige Ausbau der B 13 nördlich der A 92 bis Haimhausen vordringlich eingestuft“, berichtete Bayerns Verkehrsminister.

Vom Bahnknoten-Konzept der Staatsregierung konnte der

Landkreis Dachau mit als erster profitieren. „Der Ausbau der Bahnstrecke zwischen Dachau und Altomünster konnte bereits 2014 abgeschlossen und der elektrische S-Bahnbetrieb erfolgreich aufgenommen werden. Jetzt geht es darum, die Signale für die Realisierung der 2. Stammstrecke endgültig auf grün zu stellen. Nur so können wir die S-Bahn für die Zukunft fit machen.“ Die 2. Stammstrecke trägt Herrmann zufolge wesentlich dazu bei, dass der öffentliche Verkehr im Münchner Norden eine zentrale Rolle übernimmt.

Im Anschluss wurde den Teilnehmern die im Vorfeld und unter Beteiligung des Planungsverbands München erarbeitete Konzeptidee zur Abstimmung von Verkehrsprojekten sowie zur Erarbeitung von Lösungsmöglichkeiten für die immer größer werdenden Verkehrsprobleme vorgestellt. Dabei wurde deutlich, dass zum Erzielen nachhaltiger Fortschritte bei der Bewältigung aktueller und zukünftiger Herausforderungen ein längerfristiger interkommunaler, intermodaler und integrierter Prozess notwendig ist.

### Weg vom Kirchturmdenken

„Alle Infrastrukturfragen hängen im Münchner Norden zusammen und wirken aufeinander“, unterstrich Dachaus Landrat Stefan Löwl. Ein neues Wohn- oder Gewerbegebiet in einer Gemeinde produziere ggf. an anderer Stelle Verkehrsprobleme, eine Umgehungsstraße löse vielleicht einen Engpass, beschleunige die Verkehre aber auf die nächsten Engpässe oder lasse neue entstehen. Daher könnten diese Fragen

nicht in Form der oft bekannten Kirchturm- oder besser lokalen Ampelpolitik gelöst werden, „sondern nur in gegenseitiger Abstimmung und Rücksichtnahme“.

Neben Staatsminister Herrmann, der eine finanzielle Förderung des Projekts durch den Freistaat Bayern prüfen lassen will, unterstützen auch Münchens Stadtdirektor Stephan Reiß-Schmidt, Landrat Christoph Göbel (München-Land) und Freisinger Landrat Josef Hauner diesen Prozess.

Christoph Göbel will einen Schwerpunkt auf Tangentialverbindungen setzen und die Potentiale hierzu auch einmal tatsächlich ausprobieren. Landratskollege Josef Hauner betrachtet das weiterhin stattfindende Einwohnerwachstum, gerade im Münchner Norden, und den damit verbundenen, steigenden Mobilitätsbedarf als die größte Herausforderung für die weitere Entwicklung der Region.

Dr. Herbert Grebenc, Bereichsleiter Immobilien- und Facilitymanagement bei der BMW Group, erklärte das große Interesse der Wirtschaft an diesem Prozess und die Notwendigkeit der zuverlässigen und leistungsgerechten Erschließung von Standorten. Außerdem verwies er auf weitere Entwicklungen im Individualverkehr: „Auch wenn das Auto der Zukunft elektrisch und mit deutlich weniger Immissionen weitestgehend von selbst fährt, wird es immer noch eine Straße benötigen.“

Grebenc sieht München in einem „Wettbewerb der Standorte“ und forderte „belastbare Infrastrukturprojekte“. Gefragt sei ein „Zielbild mit bewertbaren Zwischenschritten“. **DK**

MVV-Regionalbusverkehr der Verbundlandkreise:

## Sprunghaft gestiegene Zufriedenheitswerte

**Die Zufriedenheit der Fahrgäste im MVV-Regionalbusverkehr der acht Verbundlandkreise steigt. 61 % aller Regionalbuskunden beurteilen laut MVV-Kundenbarometer den MVV-Regionalbusverkehr eine ganze Zufriedenheitsstufe besser als noch vor Jahresfrist. Die Gründe liegen in den erheblichen Angebotsverbesserungen und der Definition, Vorgabe und Kontrolle ambitionierter Qualitätsstandards.**

Das Regionalbusnetz wurde in den letzten Jahren ganz erheblich ausgeweitet. Im Fahrplanjahr 2015 durchbrach die gefahrene Verkehrsleistung, gemessen in Buskilometern, erstmals die 30-Millionen-Marke. Mit über 36 Mio. gefahrenen Nutzwagenkilometern im aktuellen Jahr 2016 werden gegenüber dem Jahr 2014 knapp 7 Mio. Nutzwagenkilometern bzw. 23,9 % mehr Leistung von den Aufgabenträgern im MVV-Regionalbusverkehr bestellt und von den Verkehrsunternehmen gefahren. Die Ausweitungen erfolgt dabei auf bereits sehr hohem Niveau.

### Weitere Verbesserungen

Seit 1996, als der MVV als Aufgabenträgerverbund neu gegründet wurde und die Landkreise dem MVV als Gesellschafter beigetreten sind, haben die Landkreise ihr Angebot an Buskilometern mehr als verdoppelt. Eine Leistung, die so nirgendwo in Deutschland nur annähernd von

regionalen Gebietskörperschaften erreicht wird. Die Landkreise im MVV geben sich damit aber nicht zufrieden, weitere Angebotsausweitungen und Verbesserungen stehen an.

### Für nachhaltige Mobilität

Der Sprecher der Verbundlandkreise, Landrat Robert Niedergesäß (Ebersberg): „Die Verbundlandkreise investieren in eine angebotsorientierte Politik zur Sicherung einer nachhaltigen Mobilität in der Region. Der Busverkehr erfüllt eine Zubringerfunktion zur S-Bahn, erschließt aber auch immer intensiver die Landkreise in der Fläche. Die Busse werden daher für die Bürger in den Landkreisen und die Münchner, die dort arbeiten, angesichts der Verkehrsprobleme im Großraum München immer wichtiger, und das bessere Leistungsangebot macht die Nutzung immer attraktiver. Leider steigt die Kundenzufriedenheit nicht bei allen Verkehrsmitteln im MVV.“

### Barrierefreiheit in Bayern:

## 2,1 Millionen Euro für Omnibusse in Niederbayern

**Bayernweit stehen für die Modernisierung der Busflotte 30 Millionen Euro zur Verfügung. Damit können mehr als 400 Busse bezuschusst werden. In diesem Jahr will die Staatsregierung vor allem niederbayerische Busunternehmen beim Kauf neuer Fahrzeuge unterstützen. Dafür werden jetzt 2,1 Millionen Euro bereit gestellt.**

Wie Innen- und Verkehrsminister Joachim Herrmann erklärte, soll im Interesse der höheren Attraktivität des öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV) die Anschaffung barrierefreier Busse mit umweltfreundlichem Antrieb unterstützt werden. Ziel sei ein leistungsfähiger, kundenfreundlicher und ökologisch verträglicher ÖPNV.

Voraussetzung für eine Förderung sei die Einhaltung bestimmter Abgasgrenzwerte. Auch müssten die Fahrzeuge für seh- bzw. hörgeschädigte Fahrgäste tauglich sein. Dafür seien optische

Anzeigen und Durchsagen des Linienverlaufs in den Bussen erforderlich, erläuterte Herrmann.

### Förderanreize

Weitere Förderanreize gebe es für Erdgasbusse, hybrid- oder batteriebetriebene Fahrzeuge. Hinzu komme ein weiterer Ausbau der Barrierefreiheit. So seien Busse mit einer Rampe oder der Möglichkeit des einseitigen Absenkens im Interesse von Rollstuhlfahrern und Fahrgästen mit Rollatoren oder Kinderwägen besonders förderfähig, so der Minister. **rm**

### Kundenbarometer

Das MVV-Kundenbarometer zeigt bei den Regionalbussen sowohl bei der „Globalzufriedenheit“ als auch bei den Merkmalen „Angebot am Wohnort“, „Verbindungen und Anschlüsse“, „Schnelligkeit der Fahrverbindungen“ und „Preis-Leistungs-Verhältnis“ signifikante und bei den Merkmalen Linien- und Streckennetz und Taktfrequenz immerhin deutliche Verbesserungen. Die Globalzufriedenheit von Regionalbuskunden hat sich von 3,66 (2014) auf 3,05 (2015) verbessert. Die Steigerung um den Wert 0,61 bedeutet, dass 61 % aller Regionalbuskunden eine ganze Zufriedenheitsstufe besser urteilen als noch vor einem Jahr.

### Richtige Strategie

MVV-Geschäftsführer Alexander Freitag: „Solche Sprünge im Kundenbarometer sind selten. Es freut uns, dass die Kunden die großen Anstrengungen der MVV-Verbundlandkreise honorieren, die das MVV-Regionalbusnetz mit viel Geld in Leistungsmenge und Qualität immer weiter ausbauen. Erreicht werden soll damit, dass immer mehr Bürger auch in den Landkreisen auf den ÖPNV umsteigen. Die Ergebnisse zeigen, dass die Strategie der Landkreise richtig ist, den MVV-Regionalbusverkehr kundenorientiert auszubauen. Zu der erfreulichen Bilanz passt das seit nunmehr 20 Jahren im MVV praktizierte Wettbewerbsmodell mit inzwischen über 200 europaweiten mittelstandsfreundlichen Ausschreibungen. Auch das hat, dank leistungsbereiter Busunternehmen, zu mehr Effizienz und Wirtschaftlichkeit geführt. Die Landkreise gehen nicht nur bei den Angebotsausweitungen neue Wege. Innovative Ansätze werden auch bei der zunehmenden Einführung differenzierter Bedienungsformen, der Hybridtechnologie, der Einführung von ICTS für 40 mittelständische Betriebe, Expressbussen, tangentialen Verkehren, Fahrradanhängern oder der Elektromobilität verfolgt.“

Die MVV-Verbundlandkreise sind die Landkreise Bad Tölz-Wolfratshausen, Dachau, Ebersberg, Erding, Freising, Fürstendfeldbrücke, München und Starnberg. **□**

## Deutscher Bürgerpreis 2016



Sparkasse

Jetzt bewerben!

## Deutschland 2016 – Integration gemeinsam leben

**Sie engagieren sich für Integration und setzen sich für das Miteinander vor Ort ein?**

Dann bewerben Sie sich oder schlagen Sie andere für den Deutschen Bürgerpreis 2016 vor. Deutschlands größter Ehrenamtspreis steht dieses Jahr unter dem Motto „Deutschland 2016 – Integration gemeinsam leben“: Integration bedeutet Menschen einzubeziehen. Dazu gehören Geflüchtete genauso wie alle Menschen, die sich bislang außen vor fühlen. In diesem Jahr würdigt der Deutsche Bürgerpreis Personen, Projekte und Unternehmer, die Menschen die Integration in die Gesellschaft erleichtern. Die Preisträger können sich auf Sach- und Geldpreise freuen, die direkt ihren Projekten zugutekommen. **Bewerbung bis zum 30. Juni!** Füllen Sie einfach online den Teilnahmebogen aus. Sie finden das Formular über diesen QR-Code oder unter [www.deutscher-buergerpreis.de](http://www.deutscher-buergerpreis.de).



Gemeinsam für Bürgerengagement:

Sparkasse

Engagierte Bundestagsabgeordnete

Deutscher Städtetag

DEUTSCHER LANDKREISTAG

DStGB

# 100 Millionen Euro für Bayerns Bahnhöfe

2016 Baubeginn an 24 Stationen  
Barrierefreie Zugänge für 86 Prozent der Bahnreisenden bis 2018

Neue Bahnsteige, Aufzüge, Dachsanierungen, barrierefreier Ausbau und anderes mehr sind bei den Bahnhöfen in Bayern in diesem Jahr im Fokus. An 24 Bahnhöfen rollen 2016 die Bagger an. Darunter sind auch größere Arbeiten in Umsteigebahnhöfen wie Schweinfurt, Weilheim und Straubing. DB Station&Service wird mit Unterstützung des Bundes und des Freistaates dafür rund 100 Millionen Euro aufwenden. Günther Pichler, Bahnhofschef Bayern: „An 16 Stationen beginnen wir heuer mit dem barrierefreien Ausbau. Damit kommen wir bei diesem vordringlichen Thema einen wichtigen Schritt voran. Bis 2018 wollen wir weitere 35 Stationen barrierefrei gestalten. Damit kommen 86 Prozent der Reisenden bequem zum Zug.“

Bund und Freistaat finanzieren diese Maßnahmen zum überwiegenden Teil. Für den Zeitraum 2009 bis 2018 belaufen sich die Investitionen in den barrierefreien Ausbau und die Modernisierung auf rund 800 Millionen Euro. Mehr als 80 Prozent der Reisenden in Bayern und damit täglich über eine Million Menschen erreichen die Bahnsteige bereits heute barrierefrei.

Das 2013 gestartete Bayern-Paket umfasst mittlerweile 28 Stationen (zuletzt sind noch die beiden Münchner S-Bahnstationen Gilching-Argelsried und Stockdorf dazugekommen). Nach zwei Jahren Planungsarbeiten starten nun die umfangreichsten Ausbauten in Schweinfurt für 11,5 Mio. Euro, Coburg für 9 Mio. Euro, Straubing für 16,2 Mio. Euro, Landshut für 5,5 Mio. Euro und Weilheim für 11,4 Mio. Euro.

Zusätzlich beginnt DB Sta-

tion&Service in diesem Jahr mit größeren Modernisierungsarbeiten an acht Bahnhöfen. Für knapp 15 Millionen Euro erhalten Sonthofen, Oberstaufen, Würth an der Isar, Oberkotzau, Reuth in der Oberpfalz, Immenreuth, Piding und Hammerau neue Bahnsteige.

Der Würzburger Hauptbahnhof wird derzeit für 49 Millionen Euro barrierefrei ausgebaut. Passau (21,5 Mio. Euro) sieht in diesem Jahr der Fertigstellung entgegen. Die Nürnberger S-Bahn-Stationen Ostring und Röthenbach-Pegnitz werden in Kürze vollendet sein. Der Ausbau in Buchloe erfolgte bis 2015. Für die Zeit nach 2018 hat die Bahn jetzt schon in Abstimmung mit dem Freistaat die Planungen für einen möglichen barrierefreien Ausbau in Donauwörth, Pleinfeld und Kaufering angestoßen. Ein weiteres großes Projekt findet in den kommenden Jahren in

Augsburg statt. Im Zuge der neuen Straßenbahnunterführung wird der Hauptbahnhof bis 2021 barrierefrei werden.

„Wir wollen die zur Verfügung gestellten Mittel gezielt dort einsetzen, wo eine große Zahl von Reisenden einen Nutzen davon hat“, so der Bahnhofschef Bayern. Für blinde und sehbehinderte Menschen sind bisher knapp 40 Prozent der Bahnsteige mit einem taktilen Leitsystem aus Bodenindikatoren ausgestattet. Zudem gibt es in einigen Bahnhöfen wie beispielsweise in Ingolstadt, Nürnberg, Rosenheim, München Ost und München-Pasing an den Treppen zu den Bahnsteigen Handlaufbeschriftungen mit Prismen- bzw. Brailleschrift und in der Nürnberger Bahnhofshalle Tafeln mit taktilen und mit der Hand ertastbaren Lageplänen. Darüber hinaus verfügen alle neu eingebauten Aufzüge über tastbare Bedienelemente sowie über ein Sprachmodul.

## Zukunft Bahn und Stationsoffensive

Besonderes Augenmerk besitzen die stark frequentierten Münchner S-Bahnhöfe. 91 von 150 Stationen wurden bereits vollständig, 21 weitere teilweise barrierefrei ausgebaut. 13 Haltepunkte sind im aktuellen Bayern-Paket enthalten.

Vom Programm Zukunft Bahn profitieren auch die Tunnelbahnhöfe der Münchner S-Bahn. Günther Pichler: „Heuer starten wir schwerpunktmäßig mit Reinigungsarbeiten. Bis 2020 werden wir 48 Millionen Euro in die sieben Stationen stecken. Dazu gehören der Austausch von 16 Fahrtreppen und drei Aufzügen. Auch das in die Jahre gekommene Mobiliar, die Böden, Wände,

Decken usw. werden komplett neu gestaltet.“

Im Zeitraum 2018 bis 2023 wollen Bahn und Freistaat 19 neue Haltepunkte errichten. Diese Stationsoffensive folgt der Entwicklung der Siedlungsstrukturen und bringt die Stationen näher zu den Reisenden – von Aschaffenburg-Ost bis Bad Reichenhall Nord.

## Die DB im regelmäßigen Dialog mit Behindertenvertretern

An den wichtigsten Bahnhöfen bietet die DB im Freistaat einen Ein-, Um- und Aussteigeservice an, den im vergangenen Jahr 50.000 Personen nutzten. Diese Stationen sind mit 170 mobilen Hubgeräten oder Elektromobilen ausgerüstet. Rund 210 Servicemitarbeiter im Bahnhof sind für die Unterstützung von Fahrgästen mit Handicaps im Einsatz. Außerdem beteiligen sich die Bahnhofsmissionen und weitere Kooperationspartner an diesem Service.

## Reiseplanung aus einer Hand mit der Mobilitätsservice-Zentrale

Die Mobilitätsservice-Zentrale gibt täglich von 6 Uhr bis 22 Uhr unter der Telefonnummer 01806/512512), per Fax unter 01805/159357 und per E-Mail msz@bahn.de Informationen und Hilfestellungen bereits vor der Fahrt. 36 DB-Mitarbeiter beraten Reisende mit Handicap persönlich, organisieren die Reise und schicken die gebuchten Fahrkarten auf Wunsch per Post ins Haus.

Die Mobilitätsservice-Zentrale verfügt auch über aktuelle Informationen, auf welchen Bahnhöfen der barrierefreie Zugang zum Bahnsteig möglich ist und wo Hublifte und DB-Mitarbeiter zur Verfügung stehen, um zum Beispiel Rollstuhlfahrern das Ein-, Aus- und Umsteigen zu ermöglichen.

Alle Serviceangebote der Bahn sind auch im Internet unter [www.bahn.de/handicap](http://www.bahn.de/handicap) verfügbar. □



Diese vier Kürnacher Senioren radeln nach wie vor auch weite Strecken zusammen (von links): Eduard Krümpel, Jürgen Markgraf, Werner Göb und Edgar Kamm. Foto: Pat Christ

# Fit am Lenker und am Steuer

Kürnachs Bürgermeister unterstützt Senioren-Sicherheitstraining der Verkehrswacht

Das erste Auto, mit dem es Edgar Kamm zu tun hatte, war ein Lloyd 600 gewesen. 12 Jahre war er alt, als sich sein Vater dieses Gefährt anschaffte. Der Bub war fasziniert. Wie viele Jungs seines Alters träumte er davon, Automechaniker zu werden. Zwei Jahre später erfüllte er sich seinen Wunsch. „Ich habe mein ganzes Leben lang mit Autos zu tun gehabt“, erzählt er bei einem Seminar der Würzburger Verkehrswacht. Jetzt ist er 69. Und denkt noch lange nicht daran, das Fahren aufzugeben.

Allerdings zollt der 3. Bürgermeister der Gemeinde Kürnach dem Alter hier und da inzwischen seinen Tribut. Sich in einen schicken Flitzer zu quetschen, ist nicht mehr sein Ding: „Vor zwei Jahren stieg ich auf einen SUV.“ Eine solche Geländelimousine ist weitaus bequemer. Noch einen Vorteil bringt der Wagen des Kfz-Meisters mit sich: „Er hat ein Automatikgetriebe.“ Auf Automatik umzusteigen, könne er nur allen betagteren Verkehrsteilnehmern raten, betont Kamm bei dem Seminar, das Anita Derkum, Seniorenbeauftragte der Verkehrswacht, im Kürnacher Seniorenzentrum hält.

## Lebhafte Gespräche

Anita Derkum, 53 Jahre alt, engagiert sich für die Sicherheit älterer Menschen im Straßenverkehr. Das tut sie in Vorträgen, Seminaren und Sicherheitstrainings für Auto- und Pedelecfahrer. Wo immer sie hinkommt, wird sie in lebhaften Gesprächen verwickelt. Das Thema „Senioren und Verkehr“ reizt. So auch in Kürnach. Mitunter gehen Senioren mit ihren Altersgenossen hart ins Gericht. „Manche älteren Herrschaften wollen einfach nicht zugeben, dass sie das eine oder andere nicht mehr so gut können“, konstatiert eine ältere Seminarteilnehmerin.

Derkum bestätigt dies. Sie selbst kennt einen Senior, der trotz Parkinson-Erkrankung noch Auto fährt. Andere sitzen am Steuer, obwohl sie alles andere als unbedenkliche Medikamente einnehmen: „Etwa gegen Depressionen.“ Wieder andere wollen unbedingt mobil bleiben, gleichwohl sie massive orthopädische Probleme haben: „Die Halswirbelsäule schmerzt, so dass sie den Kopf nicht mehr richtig drehen können.“ Das ist schlecht, denn nicht immer reicht der Blick in den Spiegel.

Werner Göb kennt solche Probleme noch nicht. Der 65-Jährige ist, ebenso wie Edgar Kamm, viel sowohl mit dem Auto als auch mit dem Fahrrad unterwegs. Jede Woche rauscht er nach Nürnberg, um seine Kinder zu besuchen. „Das Wichtigste ist, dass man vital bleibt und bereit ist, immer dazuzulernen“, sagt der sportliche Kürnacher. Denn im Straßenverkehr ändert sich ständig etwas. Vertraute Wege sind gesperrt, Autobahnen werden erweitert, manchmal kommen neue Verkehrsregeln hinzu. Zum Beispiel gibt es just eine Neuerung, was

die äußerste linke Spur auf Autobahnen betrifft, verrät Derkum: „Wer sie benutzt, muss in der Lage sein, mindestens 100 Stundenkilometer zu fahren.“

Jürgen Markgraf fährt nicht nur Auto und Rad, sondern auch Pedelec. Tagesradtouren von 100 Kilometer sind nichts Ungeöhnliches für den 76-Jährigen. „Alles, was ich zu erledigen habe, mache ich mit dem Rad“, so der Senior. Geht es weiter weg, steigt er aufs Auto um. Unsicher fühlt sich Markgraf hinter dem Steuer nicht: „Ich fahre nach wie vor bis zur Ostsee rauf.“ Auch sein Bekannter Eduard Krümpel, 69 Jahre, mit dem er Radtouren unternimmt, hat keinerlei Probleme im Straßenverkehr.

Tatsache bleibt laut Anita Derkum, dass die Unfallgefahr nach dem 75. Lebensjahr steigt. Zu mindest besagen Studien, dass Senioren ein um 80 Prozent höheres Unfallrisiko haben als Durchschnittsfahrer. Dafür gibt es Gründe. So können die einen aufgrund nachlassender Sehkraft Radler oder Fußgänger vor allem in der Dämmerung nicht mehr gut erkennen, andere kommen mit den stetig wachsenden Verkehrsströmen nicht mehr so einfach klar. Mit dem Alter kann es zudem zu Konzentrationsproblemen kommen.

## Von langjähriger Erfahrung profitieren

Allerdings gibt es auch Dinge, die Senioren viel besser machen als jüngere Verkehrsteilnehmer, betont Anita Derkum: „Ältere nehmen jeden Wartungstermin wahr, sie ziehen schon früh Winterreifen auf und sparen auch nicht am Reifenprofil.“ Weil sie sich aus langjähriger Erfahrung der Risiken bewusst sind, chauffieren sie in vielen Fällen ein verkehrssichereres Auto als junge Leute, die sich von ihrem Azubi-Gehalt ein gebrauchtes Vehikel zulegen, das eben noch so durch den TÜV gekommen ist.

Die Verkehrswacht Würzburg will Senioren helfen, ihre Fahrtauglichkeit noch besser einzuschätzen. Für ältere Autofahrerinnen und Autofahrer gibt es das fünfstündige Programm „Sicher unterwegs – Training am Lenker“. 15 Euro kostet die Teilnahme. Das neue Pedelec-Sicherheitstraining, das zwei Stunden dauert, wird unentgeltlich angeboten. Nähere Informationen gibt Anita Derkum unter 0172-8360937. Pat Christ

## Landkreis Fürth:

# Beste Voraussetzungen für Alltagsradverkehr

Franken ist in Bayern mittlerweile schon fast das Zentrum des Radfahrens – nach Erlangen und Nürnberg wurde nun auch der Landkreis Fürth einer Prüfung zur Radverkehrssituation unterzogen – die dieser erfolgreich bestand. Zu diesem Schluss kam eine Kommission aus Vertretern und Vertreterinnen des bayerischen Landtages, der Verkehrswacht, der Polizei, des ADFC Bayern, der Obersten Baubehörde im Bayerischen Innenministerium und der Arbeitsgemeinschaft fahrradfreundliche Kommunen in Bayern (AGFK Bayern e.V.).

Die Kommission bewertete den Landkreis anhand der strengen Prüfkriterien der AGFK Bayern, die jede Kommune durchlaufen muss, die sich auf die begehrte Auszeichnung „Fahrradfreundliche Kommune in Bayern“ bewirbt.

Nach einer Vorbereitung vor eineinhalb Jahren, bei der eine Fachgruppe Verbesserungsmöglichkeiten aufzeigte, präsentierte der Landkreis zunächst die Umsetzung dieser Vorschläge im Landratsamt. Anschließend wurden bei einer Exkursion im Landkreis neuralgische Punkte begutachtet.

Die Bereisung hatte dabei aber, trotz guter Stimmung und guten Wetters keineswegs den Charakter einer Frühlings-Rad-tour: Fachlich und kritisch begutachteten die Experten und Gäste, ob die Hausaufgaben seit der Vorbereitung im Jahr 2014 erledigt oder wenigstens zuverlässig auf den Weg gebracht wurden. Die AGFK Bayern wird deshalb Innen- und Verkehrsminister Joachim Herrmann vorschlagen, dem Landkreis Fürth bei der zentralen Auszeichnungsveranstaltung im Herbst den Titel „Fahrradfreundlicher Landkreis in Bayern“ zu verleihen.

Matthias Dießl, Landrat des Landkreises Fürth und gleichzeitig Vorsitzender der AGFK Bayern e.V. freute sich über das positive Ergebnis: „Als Vorsitzender und Landrat in einer Rolle sieht man dem Ergebnis natürlich mit besonderer Spannung entgegen. Die Hauptbereisung ist für keine Kommune ein Selbstläufer; der Verein achtet zu Recht darauf, dass nur die Kommunen für die Auszeichnung vorgeschlagen werden, in denen für die Bürgerinnen und Bürger auf dem Rad auch wirklich etwas getan wird. Dabei ist nicht immer schon alles perfekt. Der Landkreis Fürth hat die Kommission allerdings in vielen Punkten überzeugt. Gerade in Sachen Beschilderung, Radwegführung und Fahrradabstellanlagen haben wir in den letzten Jahren viel getan. Dass wir auf diesem Weg weitermachen müssen und die angestrebte Steigerung des Radverkehrsanteils um 5 % herausfordernd ist, wissen wir; hier nehmen wir die Bereisung zum Anlass, diese Punkte zusammen mit unseren Landkreiskommunen engagiert anzupacken.“

Mit dem Landkreis Fürth wurde nach Starnberg im Jahr 2014 der zweite Landkreis der AGFK Bayern ausgezeichnet. Wie begehrt die Auszeichnung „fahrradfreundliche Kommune“ ist, zeigt die schnelle Schlagzahl der Bereisungen: Bereits am 18. Juli ist die Kommission wieder unterwegs, um die Situation in Landshut zu untersuchen. □

# Lärmschutz in Bayern kommt voran

2015 rund 21,4 Millionen Euro in Schallschutz investiert

Im Rahmen des Programms „Lärmsanierung an bestehenden Schienenwegen des Bundes“ wurden in Bayern im Jahr 2015 21,4 Millionen Euro Bundeshaushaltsmittel für aktive und passive Schallschutzmaßnahmen investiert. Die Bahn realisierte Schallschutzwände auf einer Länge von 9,1 Kilometern. Der Schwerpunkt der Baumaßnahmen lag dabei auf den Bahnstrecken von Augsburg nach Donauwörth, Treuchtlingen nach Würzburg und Regensburg nach Passau.

In Bayern wurde seit 2001 eine Gesamtstreckenlänge von 220 Kilometern vollständig lärmsaniert. In den kommenden vier Jahren sind 82,2 Kilometer Schallschutzwände vorgesehen.

## Umrüstung der Güterwagen

Neben den Maßnahmen an den Strecken ist die Umrüstung der Güterwagen auf leise Bremsen ein weiterer zentraler Baustein, um den Schienenverkehrslärm bis 2020 zu halbieren. Hier hat die Deutsche Bahn ihre Aktivitäten nochmals verstärkt. So wird bereits Ende dieses Jahres die Hälfte der aktiven Güterwagen der DB in Deutschland mit der leisen Bremstechnik ausgerüstet sein. Dies entspricht dann rund 32.000 Güterwagen.

Bis Ende 2020 wird die komplette Flotte leise sein. Insgesamt stehen in Deutschland rund 180.000 Güterwagen zur Umrüstung bis 2020, wobei rund ein Drittel jeweils der Deutschen Bahn, anderen deutschen sowie europäischen Wagenhaltern gehört.

Seit 1999 wird die „Lärmsa-

## 610 Kilometer Schallschutzwände

Seit dem Start des Programms haben Bund und Bahn über 1,1 Milliarden Euro in die Lärmsanierung von knapp 1.500 Kilometer Schienenstrecke und 55.300 Wohneinheiten investiert. Über 610 Kilometer Schallschutzwände wurden errichtet. Auch in diesem Jahr werden weitere rund 100 Kilometer Strecke und über 2.000 Wohnungen Schallschutz erhalten.

Bei der Lärmsanierung handelt es sich um eine freiwillige Leistung des Bundes. Es besteht kein Rechtsanspruch auf die Durchführung. Gefördert werden neben Schallschutzwänden auch schalldichte Fenster und Lüfter an Gebäuden entlang von Bahnstrecken. □

## Immobilien

### Dachflächen für Photovoltaik!

Wir suchen Dachflächen mit Südausrichtung ab 800 m<sup>2</sup>.

Tel. 08841-99999-0, [pv@desonna.de](mailto:pv@desonna.de)

Flächendeckende Erfassung von Bioabfällen:

## Biotonnen für ganz Bayern!

GZ-Interview mit MdL Dr. Christian Magerl und vbs-Präsident Otto Heinz

Nach dem Kreislaufwirtschaftsgesetz (KrWG) des Bundes sind Kommunen seit dem 1.1.2015 deutschlandweit verpflichtet, Bioabfälle getrennt zu sammeln. Die Organisation dieser Sammlung ist in Bayern Aufgabe der Landkreise, die in der Regel Biotonnen bereitstellen. Doch machen dabei nicht alle mit – und werfen Bayern damit im bundesweiten Vergleich des erfassten Biomülls zurück, wie der Vorsitzende des Umweltausschusses im Bayerischen Landtag, Dr. Christian Magerl, und der Präsident des Verbandes der bayerischen Entsorgungsunternehmen (vbs) Otto Heinz, bei einem Hintergrundgespräch mit der Bayerischen Gemeindezeitung beanstandeten.

Bioabfälle sind nach der gesetzlichen Definition insbesondere Grünabfälle und Küchenabfälle als die wichtigsten Teilströme. Grundsätzlich müssen alle Bioabfall-Teilströme getrennt erfasst werden, ohne dass eine gegenseitige Anrechnung möglich ist. Grünabfälle werden bereits

pflichtung der Kommunen hin. Tatsache ist: Mülltrennung ist richtig und wichtig. Wie Magerl und Heinz betonten, könnten durch das Recycling von Abfällen Wertstoffe aller Art wiederverwendet werden, an Stelle auf Deponien zu verrotten oder in der Müllverbrennung zu ver-

Kern des Problems ist nach Darstellung von Magerl und Heinz, dass die bestehende Verpflichtung, Bioabfälle getrennt zu erfassen, oft nicht konsequent umgesetzt bzw. gezielt umgangen wird. Wenn einzelne Landkreise verlangten, dass die Bürger ihren Bioabfall zu zentralen Sammelpunkten bringen, sei dies nichts anderes als der Versuch, die geltende Gesetzeslage zu umgehen.

Kaum jemand bringe seinen riechenden Biomüll zum Wertstoffhof, was oft dazu führe, dass dieser im Hausmüll landet. Die Folge: Der Hausmüll geht direkt in die kommunale Müllverbrennung. Das Sorge zwar für eine hohe Auslastung der Anlagen, entziehe dem Rohstoffkreislauf aber seine Grundlage. „Wir appellieren deshalb an die Verantwortlichen, das Kreislaufwirtschaftsgesetz im Sinne des Klima- und Ressourcenschutzes endlich ernst zu nehmen und jedem Bürger in Bayern den direkten Zugang zu einer Biotonne zu ermöglichen“, so die GZ-Gesprächspartner.

### Altöttinger Sichtweise

Zu den entsorgungspflichtigen Körperschaften, in denen bislang noch kein System zur umfassenden Getrenntsammlung von Bioabfällen eingerichtet ist, zählt der Landkreis Altötting. „Nur über seine Leiche“ werde dort die Biotonne eingeführt, hatte Landrat Erwin Schneider erklärt und meinte damit auch jede andere Form der Sammlung.

Verwiesen wird im Landkreis unter anderem auf ein Gutachten, wonach dort bereits 85 Prozent des organischen Abfalls erfasst werden. Den weitaus größten Anteil kompostieren die Bürger in ihren Gärten selbst, ein kleinerer Teil wird in die Grünut-Sammelstellen gebracht. Die restlichen 15 Prozent aus dem Hausmüll einzusammeln und zu einer Kompostierungsanlage oder zu einer Vergärungsanlage zu fahren, um daraus Biogas zu gewinnen, ist laut Gutachten für die Umwelt ein Nullsummenspiel und angesichts von Mehrkosten von etwa einer Million Euro für den Kreis und damit die Gebührenzahler ökonomisch unsinnig.

### Der Eigenkompostierung sind Grenzen gesetzt

Nach Auffassung des vbs sind der Eigenkompostierung allerdings Grenzen gesetzt, weil sich nicht alle Garten- und Küchenabfälle gleichermaßen eignen. Häufig sei die zur Verfügung stehende Gartenfläche zu klein, um den anfallenden Kompost sinnvoll, fachgerecht und ohne Beeinträchtigung der Umwelt zu verwerten. Problematische Materialien wie Speiseabfälle, Kleintiermist und -streu sowie feuchte Grünabfälle sollten unter anderem aus hygienischen Gründen (Krankheitserreger, Ratten) sowieso nicht im eigenen Garten, sondern in technischen Anlagen verwertet werden.

Wie Heinz und Magerl deutlich machten, sei die ökologische Sinnhaftigkeit der Bioabfallsammlung und -verwertung nahezu unumstritten und ökonomisch landkreisübergreifend weitgehend akzeptiert. Jetzt sei die Aufsichtsbehörde, sprich das bayerische Umweltministerium gefordert, „mit mehr oder minder sanftem Druck darauf hinzuwirken, dass bestehendes Recht und Gesetz auch umgesetzt werden“.

Laut Magerl können sich die Kommunen in ihren Gremien individuell mit der Thematik Bio-

abfall auseinandersetzen. Am Landratsamt gebe es entsprechende Abteilungen, die auch Ausschreibungen übernehmen könnten. Die gesamte Palette an Möglichkeiten stehe hier zur Verfügung.

Die zahlreichen Mitglieder des vbs stehen laut Präsident Heinz „Gewehr bei Fuß, Dienstleistungen rund um das Sammeln, Recyceln und Verwerten durchzuführen“. Die Wurzer Umwelt GmbH in Eitting (Landkreis Erding) beispielsweise verfolgt als Ziel die Gewinnung von hochwertigem Kompost. Ein Weg führt über die hochmoderne Vergärungsanlage mit vollautomatischer Prozess-Steuerung. Jährlich werden hier ca. 28.000 Tonnen Bioabfall aus einem Einzugsgebiet von über 500.000 Einwohnern verarbeitet, was nicht unerheblich zur Reduzierung von CO<sub>2</sub>-Emissionen beiträgt.

### Recyceln und verwerten

Die HÖGL Kompost- und Recycling-GmbH in Volkerschwand (Landkreis Kelheim) erzeugt ihrerseits aus den organischen Abfällen Energie und organischen Dünger: Die erzeugte elektrische Energie wird ins öffentliche Netz eingespeist. Die Wärmeenergie wird für die Hygienisierung der Abfälle verwendet. Aus den Gärprodukten gewinnt man hochwertigen Dünger, der zur organischen Düngung in den Hopfengärten und Feldern genutzt wird.

Insgesamt werden ca. 90 Prozent der Sortier- und Aufbereitungsanlagen in Deutschland von der privaten Entsorgungswirtschaft betrieben, während sich fast alle Müllverbrennungsanlagen in kommunalem Eigentum befinden. **DK**



Geotrac Supercup:

## Jetzt qualifizieren & mitmachen!

Hauptpreis für den Einzelsieger beim Europafinale ist ein Geotrac 74ep im Wert von rund 60.000 Euro

Der Geotrac Supercup feiert in diesem Jahr seinen 20. Geburtstag. In der Jubiläumssaison präsentiert sich der Supercup noch spannender und spektakulärer. Erstmals werden nicht mehr nur Einzelfahrer antreten, sondern auch Teams. Wer einen der begehrten Plätze in den Teams ergattern will, kann seine Chance noch am 3. Juni nützen. Die Qualifyings finden jeweils von 10 bis 16 Uhr auf der neuen Original-Supercup-Strecke beim Lindner-Innovationszentrum in Kundl statt. „Wer es in ein Team schafft, hat seinen fixen Startplatz bei den Rennen sicher und damit große Chancen, sich für das Europafinale am 10. September in Kundl zu qualifizieren“, betont Marketingleiter David Lindner. Hauptpreis für den Einzelsieger beim Europafinale im Herbst ist ein Geotrac 74ep im Wert von rund 60.000 Euro.

Traktorenprofis können sich bequem auf [www.geotrac-supercup.at](http://www.geotrac-supercup.at) für die Teamqualifikation registrieren. Eine weitere Neuerung 2016: Jeder Fahrer, der teilnehmen will, muss eine eigene Rennlizenz erwerben. Das kann man entweder auf der Original-Supercup-Strecke beim Innovationszentrum in Kundl oder am Vorabend der jeweiligen Länderqualifikationen.

Jetzt anmelden, mitfahren und Geotrac 74ep gewinnen! Registrierung auf [www.geotrac-supercup.at](http://www.geotrac-supercup.at)



MdL Dr. Christian Magerl (l.) mit vbs-Präsident Otto Heinz. □

in allen entsorgungspflichtigen Körperschaften Bayerns getrennt erfasst. In einigen Körperschaften fehlt es allerdings noch an einer getrennten Erfassung der Küchenabfälle.

### Kommunen in der Verantwortung

Durch Einrichtung einer Biotonne (Holsystem) oder durch dezentrale Sammelstellen (Bring-system) können die Kommunen die Pflicht zur getrennten Erfassung erfüllen. Laut Bayerischem Landesamt für Umwelt sind für die Umsetzung der bundesgesetzlichen Vorgaben die für die Abfallentsorgung zuständigen Kommunen verantwortlich. Die Bezirksregierungen unterstützen die Kommunen und wirken im Rahmen der Rechtsaufsicht über entsorgungspflichtige Körperschaften auf die Erfüllung der bundesgesetzlichen Ver-

schwinden. Dies sei nicht nur ökologisch, sondern auch ökonomisch sinnvoll und gelte auch für Biomüll, aus dem man zum Beispiel wertvollen Kompost gewinnen kann oder ihn zur Produktion von Biogas nutzt.

### Wertvoller Beitrag zum Klimaschutz

Magerl zufolge liefert eine gut gefüllte Biotonne rund 36 Kilowattstunden Energie und leistet damit einen wertvollen Beitrag zum Klimaschutz: „Nutzen können wir den Bioabfall aber nur, wenn er nicht länger in der Verbrennung landet.“ Der Politiker wies zudem darauf hin, dass in Hessen 85 kg je Einwohner und Jahr über die Biotonne erfasst werden, während dieser Wert in Bayern nur bei 55 kg liegt. Ein wesentlicher Grund hierfür sei die nahezu flächendeckende Einführung der Biotonne in Hessen.

## Dem Treiben illegaler Sammler ein Ende setzen!

Mit deutschlandweit ungenehmigt aufgestellten Containern verursachen illegale Sammler nicht nur den ordentlich arbeitenden privaten Entsorgungsunternehmen großen wirtschaftlichen Schaden, sondern der ganzen Gesellschaft. Zudem stellen neuerdings Container billiger Bauart aus dünnem Blech mit scharfen Kanten ein zusätzliches Gefährdungspotenzial für die Bürger dar, zeigte sich der stellvertretende bvse-Fachverbandsvorsitzende Martin Wittmann auf dem 5. Internationalen Alttextiltag besorgt.

Weder dem Staat noch Kommunen, Verbänden oder den in diesem Bereich mit Sammlerlaubnis arbeitenden Unternehmen ist es bisher gelungen, diesem unkontrollierten Treiben wirksam und dauerhaft Einhalt zu gebieten. Daher hatte der bvse-Fachverband Textilrecycling zu seiner Internationalen Fachtagung mit dem Hauptreferenten für Umweltrecht im Städte- und Gemeindebund NRW Dr. Jur. Peter Queitsch und Rechtsanwalt Stephan Jäger zwei Experten eingeladen, die auch praxisnahe Beispiele und Lösungsansätze für ein rechtssicheres Verhalten bei der Untersagung sowie Entfernung illegal aufgestellter Altkleidercontainer gaben.

Sowohl Jägers aus dem Leben gegriffenen Praxisbeispiele, beispielsweise über Erlebnisse bei der Beantragung einer Genehmigung für eine Containeraufstellung für Alttextilien auf dem privaten Grund einer Kirchengemeinde, stießen ebenso auf reges Interesse wie Queitschs Ausführungen zu Themen wie der abfallrechtlichen Zulässigkeit einer Sammlung einerseits und straßenrechtlicher Zulässigkeit andererseits sowie Verhaltensregeln für gewerbliche Sammler bei der Aufstellung eines Containers. Mit gültigen Rechtsurteilen belegt, brachte Queitsch auch juristisch schwierige Sachverhalte in seinen Ausführungen verständlich auf den Punkt. □

**Kommunalforum Alpenraum**

## Effiziente Gemeinden

Donnerstag, 16. Juni 2016, 9.00 bis 13.00 Uhr  
Innovationszentrum Kundl

**Anmeldung unter: [www.kommunalforum-alpenraum.eu](http://www.kommunalforum-alpenraum.eu)**

**Elektroautos für Gemeinden im Freigelände**

**Kasseler Abfall- und Bioenergieforum:**

# Lösungsansätze und Perspektiven

Etwa 800 Teilnehmer verzeichnete in diesem Jahr das Kasseler Abfall- und Bioenergieforum, europaweit eine der größten Veranstaltungen dieser Art. Ein breites Fachpublikum aus ganz Deutschland nutzte die unter der Schirmherrschaft des Bundesumweltministeriums stehende Tagung zum intensiven Meinungsaustausch.

Zentrale Themen der diesjährigen Veranstaltung des Witzhausen-Instituts waren das aktuelle Energierecht (Novellierung des EEG), Wertstoffgesetz, TA Luft, Vergaberecht sowie aktuelle Entwicklungen im Abfallrecht, kommunale Entsorgungswirtschaft, Düngerecht, Recycling, Gewerbeabfallverordnung und das Deponierecht.

Ministerialdirektor Dr. Helge Wendenburg (Bundesumweltministerium) begrüßte die Teilnehmer und wies auf die Bedeutung der Veranstaltung als ein hervorragendes Forum zur Diskussion der spannenden abfallwirtschaftlichen Herausforderungen der nächsten Jahre hin. Er referierte zum Thema „Weiterentwicklung der Kreislaufwirtschaft in Deutschland aus Sicht des Bundesumweltministeriums“.

**Begleitende Kongressmesse**

In über 60 Fachreferaten präsentierten weitere Vertreter aus der Politik, Verbänden, der Wissenschaft sowie der kommunalen und privaten Abfallwirtschaft den aktuellen Sachstand und zeigten Konsequenzen, Lösungsansätze und Perspektiven auf. Neben dem fachlichen Austausch bot die begleitende Kongressmesse einen wichtigen Marktplatz für Bio- und Sekundärrohstoffverwertung sowie nationale und internationale Recyclingtechnologien.

„Am Ende anfangen!“ – Getreu diesem Leitsatz ist laut Thomas Raussen, Witzhausen-Institut, die stoffliche Verwertung der in Biogutvergärungsanlagen erzeugten Produkte eine wesentliche Grundlage für Anlagenplanung und Anlagenbetrieb. Wie Raussen in seinem Vortrag „Optionen zur Reduktion von Fremdstoffen bei Biogut-Vergärungsanlagen“ darlegte, sei die hohe Qualität der erzeugten Produkte Basis für die stoffliche Verwertung. Besonderes Augenmerk liege hierbei auf dem Fremdstoffgehalt, wie Kunststoffen und Glasscherben. Gezielte Brisanz erhalte dieses Thema vor allem aufgrund der geänderten gesetzlichen Rahmenbedingungen und den damit einhergehenden verschärften Anforderungen.

**Beratung und Aufklärung**

Der Fremdstoffanteil in den Endprodukten entstehe im Regelfall bereits ganz am Anfang der Wertungskette, nämlich durch die entsprechenden Fehlwürfe bei der häuslichen Erfassung des Bioguts. Wesentlicher Bestandteil einer Strategie zur Fremdstoffreduktion sei demzufolge die Intensivierung der Abfallberatung und Aufklärung der Bürger. Ohne eine entsprechende Öffentlichkeitsarbeit, Anreize und Kontrolle sei eine hinreichende Inputqualität für die

stoffliche Nutzung des Bioguts nicht zu erreichen.

Weitere Elemente der Fremdstoffreduktion stellten technische Verfahren im Zuge diverser Verarbeitungsschritte, die eine Ausschleusung der noch verbleibenden Fremdstoffe ermöglichen, dar. In der Praxis komme es dabei immer wieder zu einer unzureichenden Fremdstoffabscheidung, vor allem bei der Herstellung von Kompost aus Gärresten. Eine entscheidende Stellschraube sei hierbei das Feuchtemanagement im Kompostierungsprozess. Nur wenn das Material vor der Konfektionierung (vor allem Siebung) ausreichend trocken ist, könne eine Fremdstoffabscheidung in befriedigender Weise gelingen.

**Ausbaupotenziale**

Die deutsche Energiewende ist bislang hauptsächlich eine Stromwende, obwohl der Anteil des Wärmeverbrauchs am Gesamtenergieverbrauch deutlich höher ist als der Anteil des Stromverbrauchs. Aufgrund ungenügender Anreize zum Ausbau der Kraft-Wärme-Kopplung liegen die Ausbaupotenziale für eine Wärmewende derzeit vor allem bei Biomasseheizwerken zur Nahwärmeversorgung.

Im Bereich biogener Festbrennstoffe bestehen bislang ungenutzte Potenziale – neben nachwachsenden Rohstoffen und Reststoffen aus der Landwirtschaft – nur noch bei Resthölzern, wie Dr. Rainer Wallmann und Dr. Felix Richter (Witzhausen Institut) unterstrichen. Den größten Anteil unter diesen

machten Holziges Grüngut und Holzige Materialien aus der Landschaftspflege aus. Während Letztere jedoch häufig nur mit hohem finanziellem und logistischem Aufwand als Brennstoff zu mobilisieren und verwerten sind, stelle Ersteres ein vergleichsweise leicht zu erschließendes Brennstoffpotenzial dar.

**Handlungsbedarf**

Erfassungssysteme für Holziges Grüngut seien im Rahmen der Abfallentsorgung, wie das Modellvorhaben „Holzige Biomasse“ im Werra-Meißner-Kreis gezeigt habe, relativ einfach und schnell einzuführen, da die Investitions- und Betriebskosten für solche Systeme über die Abfallgebühren finanziert werden und klare Zuständigkeiten bestehen. In vielen Landkreisen in Deutschland seien daher bereits gut funktionierende Systeme in Betrieb, doch bestehe in vielen Regionen, auch im Hinblick auf die Umsetzung von § 11 KrWG (Getrenntsammlungspflicht von Bioabfall seit 01.01.2015), noch Handlungsbedarf.

Dabei könnten Synergien genutzt werden, wenn bestehende

Grüngutsammel- und Aufbereitungsplätze auch für die Erfassungslogistik sowie die Aufbereitung von anderen Energiehölzern aus der Landschaftspflege genutzt werden. Bestehen solche Plätze noch nicht, könne ein Grüngutnutzungskonzept in seiner Umsetzung auch ein Wegbereiter für die Verwertung von kommunalen Resthölzern in einer Region werden, betonten Wallmann und Richter.

**Wertstoffhof 2020**

Unter der Schirmherrschaft des Bayerischen Staatsministerium für Umwelt und Verbraucherschutz in Kooperation mit der Ia GmbH und dem Fraunhofer Umsicht Institut wurde die Studie „Wertstoffhof 2020“ erstellt. Laut Werner P. Bauer, ia GmbH – Wissensmanagement und Ingenieurleistung, ist der Erfolg eines Wertstoffhofes in starkem Maße vom Nutzungsgrad durch die Bürger und der Bandbreite und der Qualität der angelieferten Abfallströme abhängig. Aus diesem Grund sei es wichtig, die betrieblichen Abläufen und Einrichtungen bevorzugt auf eine höhere Sicherheit und ei-

nen besseren Service hin zu optimieren.

**Plädoyer für Wertstoffhofsyst**

Gezielte Informations- und Sensibilisierungskampagnen machten es möglich, den Bürger dazu zu bewegen, relevante Stoffströme schon zu Hause zu erkennen und diese zu den Wertstoffhöfen zu bringen. Dadurch könnten bisher noch ungenutzte Wertstoffpotenziale mobilisiert werden. Je mehr dies gelinge, desto mehr trete in den Köpfen all derer, die sich am Wertstoffhof begegnen, der Aspekt der Entledigung von Abfallstoffen in den Hintergrund.

Wenn künftig das Angebot der Annahme von Nichtverpackungskunststoffen an Wertstoffhöfen ausgeweitet, die Beratung und Betreuung der Bürger durch geschultes Fachpersonal weiter verbessert und dabei gezielt qualitativ hochwertige Stoffströme generiert werden, ist nach Bauers Auffassung ein abgestuft ausgebautes Wertstoffhofsyst gerade bei den sich ständig ändernden Produkten der Unterhaltungsindustrie jedem Holsystem überlegen. **DK**

**125 Jahre Abfallwirtschaft in München:**

## Vom Hausunrat zur Wertstoffwirtschaft

**Die Münchner Müllabfuhr feiert Geburtstag: Die Entwicklung der Münchner Abfallentsorgung lässt auf eine lange Geschichte blicken. Bis es zur ersten geordneten Müllabfuhr kam, sind viele Abfälle in den heimischen Öfen verbrannt, in Gruben abgelagert oder über die Stadtbäche entsorgt worden. Erst vor 125 Jahren wurde begonnen, eine geordnete Entsorgungsstruktur aufzubauen.**

Inzwischen sind viele Abfälle zu wertvollen Rohstoffen geworden, deren qualitativ hochwertige Aufbereitung im Mittelpunkt steht. Deshalb wurde das Jubiläumsjahr unter das Motto „125 Jahre Verantwortung“ gestellt: Verantwortung für München, die Umwelt und für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des AWM.

Bereits vor über hundert Jahren hatte die Landeshauptstadt München eine nahezu perfekte Kreislaufwirtschaft. Diese ist dann allerdings zwischen den beiden Weltkriegen komplett zusammengebrochen. Nach dem 2. Weltkrieg hat die Stadt versucht, mit einer Sortieranlage am Müllberg Großlappen daran wieder anzuknüpfen. 1964 wurde die erste Müllverwertungsanlage in Betrieb genommen. Mit dem Wirtschaftsaufschwung haben auch die Abfälle rasant zugenommen.

**Radikale Kehrtwende**

Dieses Problem sollte in den 1980er Jahren mit dem Bau neuer Deponien und Müllverbrennungsanlagen gelöst werden. In den neunziger Jahren hat der Münchner Stadtrat dann eine radikale Kehrtwende in der Abfallpolitik vollzogen und auf ein ökologisch ausgerichtetes Konzept gesetzt, das aber auch ökonomischen Ansprüchen genügt hat. Fortan lag das Augenmerk auf der Abfallvermeidung und die Wiederverwertung von Abfällen.

Die Anlagen zur Müllverbrennung wurden so aufgerüstet, dass sie zu den modernsten in Europa gehören und die Schadstoffemissionen weit unter den gesetzlich vorgeschriebenen Werten liegen. Der Müll, der im Münchner Heizkraftwerk verbrannt wird, versorgt die Landeshauptstadt mit Strom und Fernwärme. Als eine der ersten deutschen Großstädte deponiert München seit 1994 keine Haushaltsabfälle mehr und 1997 konnte eines der beiden Müll-

heizkraftwerke stillgelegt werden. München war auch die erste deutsche Großstadt, die flächendeckend, selbst im Innenstadtbereich, das Drei-Tonnen-System eingeführt hat.

**Zahlreiche Veranstaltungen**

Im Jubiläumsjahr organisiert der AWM zahlreiche Veranstaltungen, unter anderem die Teilnahme am Münchner Stadtgründungsfest im Juni, eine Ausstellung mit interessanten Expona-

des kommunalen Eigenbetriebs: „Die Münchnerinnen und Münchner haben sich an diesen Service einfach gewöhnt, dass jeden Tag in unserer Stadt über 55.000 Tonnen zuverlässig und pünktlich geleert werden!“ Wichtig sei, dass die Abfallentsorgung in kommunaler Hand bleibe. Und dies gelte für den kompletten Bereich der Daseinsvorsorge, wie neben der Abfallwirtschaft beispielsweise auch für die Trinkwasser- und Energieversorgung. „Wir sollten hier nicht über Privatisierung nachdenken“, machte Reiter deutlich, „die Münchnerinnen und Münchner würden uns das nie verzeihen, da bin ich ganz sicher.“

Auch Axel Markwardt, Kommunalreferent und Erster Werk-



**Aufbau einer geordneten Entsorgungsstruktur vor 125 Jahren. □**

ten im Gasteig Ende September und eine moderne Oper im Dezember, bei der Müllmänner zu Tenören werden. Außerdem können die Münchner Bürger derzeit auf zahlreichen Müllfahrzeugen Plakate sehen, die den Fortschritt der Münchner Abfallwirtschaft auf einen Blick verdeutlichen: Vom Pferdewagen zum High-Tech-Lkw und von der Handsortierung zum Wertstoffhof der Zukunft.

**Festakt**

Bei einem Festakt des Abfallwirtschaftsbetriebs München (AWM) in der Alten Kongresshalle würdigte Oberbürgermeister Dieter Reiter die Arbeit

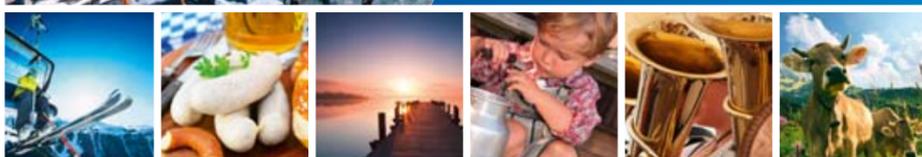
leiter des AWM, erinnerte daran, dass nur ein kommunaler Betrieb, der nicht den Grundsätzen der Gewinnmaximierung verpflichtet ist, das Interesse der Bürgerschaft an einer ökologischen Abfallwirtschaft bei moderaten Gebühren auch in Zukunft sicherstellen kann. „Abfälle sind nicht mehr zum Wegwerfen, sie sind wertvolle Ressourcen zur Wiederverwertung“, stellte der Kommunalreferent fest. Der AWM habe sich in diesem Bereich mittlerweile zu einem Vorreiter in der Abfallwirtschaft entwickelt. „Wir wollen und werden unsere Erfolgsgeschichte fortschreiben“, bekräftigte Markwardt. **DK**

TV BAYERN  
LIVE

Ganz Bayern in 60 Minuten.

Ganz nah bei den Zuschauern Bayerns.  
Von Aschaffenburg bis Berchtesgaden.

- Aktuelle Themen
- Regionale Nachrichten
- Berichte von Land und Leuten
- Information und Service aus Ihrer Region



\* **Ab jetzt immer samstags** von 17:45 bis 18:45 Uhr im Programm von RTL und jeden Sonntag um 17:00 Uhr auf den bayerischen Lokalprogrammen.

Mehr unter:  
[www.tvbayernlive.de](http://www.tvbayernlive.de)

# Feuerbeschau – Zielsetzung und Durchführung

Von Dipl. Ing. (FH) Peter Bachmeier, Branddirektor  
(Branddirektion München – Einsatzvorbeugung)

Die Feuerbeschau dient dazu, Gefahren für Leben, Gesundheit, Eigentum oder Besitz, die durch Brände entstehen können, zu verhüten. Es handelt sich hierbei nicht um eine bauordnungsrechtliche Überprüfung, mit der bestehende Gebäude an die aktuellen baurechtlichen Vorschriften angepasst werden sollen. Vielmehr sind vornehmlich die betrieblichen Mängel zu erfassen sowie bauliche, technische und organisatorische Brandschutzvorkehrungen zu überprüfen. Sie kann auch dem Schutz bedeutender Kulturgüter und der Umwelt dienen.

Wesentliche Punkte der Feuerbeschau sind des Weiteren die Überprüfung der objektspezifischen Einsatzplanungen, die Verbesserung der Objektkennnisse der Feuerwehr und die ar-

beitsschutzrechtlichen Aspekte bezogen auf die Sicherheit der Einsatzkräfte an möglichen zukünftigen Brandobjekten.

Die Durchführung der Feuerbeschau obliegt den Gemeinden als Pflichtaufgabe des eigenen Wirkungsbereiches. Sie können dabei Vertreter der örtlichen Feuerwehr sowie den zuständigen Bezirkskaminkehrermeister hinzuziehen oder die Durchführung auf bestimmte Betriebe/Einrichtungen übertragen. In Städten mit Berufsfeuerwehr nimmt diese die Aufgaben wahr.

Nicht verwechselt werden sollten anderweitige Begehungen von Objekten mit der Durchführung der Feuerbeschau, da diese andere Zielsetzungen aufweisen.

- Baurechtliche Überprüfung nach § 46 Versammlungsstättenverordnung

Diese Überprüfung obliegt der Bauaufsichtsbehörde. Den Ordnungsbehörden, der Gewerbeaufsicht und der Brandschutzdienststelle ist Gelegenheit zur Teilnahme zu geben.

- Tunnelverkehrsschauen nach den Richtlinien für die Ausstattung und den Betrieb von Straßentunneln (RABT

2006) der Tunnelkommission.

Den Vorsitz bei dieser Überprüfung hat die Straßenbaubehörde; die Brandschutzdienststellen sind u.a. Mitglied der Tunnelkommission.

- Überwachung nach Bundes-Immissionsschutzgesetz (BImSchG) der jeweils zuständigen Behörde.

Eine Rollenklärung bei diesen Überprüfungen sollte bereits im Vorfeld mit den jeweils zuständigen Dienststellen erfolgen. Wird gleichzeitig die Feuerbeschau durchgeführt, so sollten Mängelbeseitigungen aufgrund der eigenen Rechtsgrundlage auch mit einem eigenen Verwaltungsakt vollzogen werden.

Die Feuerbeschau erstreckt sich auf Gebäude, insbesondere Sonderbauten (nach Art. 2 Abs. 4 BayBO), bei denen Brände erhebliche Gefahren für Personen oder außergewöhnliche Sach- und Umweltschäden zur Folge haben können oder bei denen konkrete Anhaltspunkte auf erhebliche Gefahren hinweisen.

Hierbei können folgende Risiken unterschieden werden:

- Sonderbauten mit Menschenansammlungen
- Sonderbauten mit ortsfremden schlafenden Personen
- Sonderbauten mit besonders schutzbedürftigen Personen
- Sonderbauten mit besonderen Gefahren
- Unterirdische Großgaragen (aufgrund der erhöhten Gefährdung für Einsatzkräfte)
- Tunnelbauten (Schienen- und Straßenverkehr)
- Standardbauten

## Überprüfungsfristen

Über die Durchführung der Feuerbeschau entscheiden die Gemeinden nach pflichtgemäßem Ermessen. Die Feuerbeschau ist durchzuführen, wenn konkrete Anhaltspunkte für gefährliche Zustände vorliegen. Die Rahmenbedingungen hierzu ergeben sich aus dem Beschluss des Bayerischen Landtags vom 30.09.2015 betreffend Lehren aus Schneizreuth ziehen – Feuerbeschau überprüfen.

Standardbauten (Wohn- und Bürogebäude bis zur Hochhausgrenze, landwirtschaftliche Anwesen) unterliegen in der Regel nicht der Feuerbeschau. Sind bei Bränden im konkreten Objekt aber erhebliche Gefahren für Personen anzunehmen, so kann dennoch eine Überprüfung erforderlich sein. Diese umfasst dann grundsätzlich nicht die gesamte Prüfliste der Feuerbeschau, sondern bezieht sich je nach individuellem Gefahrenpotential z.B. auf folgende Prüfkriterien:

- Rettungswege von Baudenkmalern der Gebäudeklassen 4 und 5
- Zugänglichkeit von Notleiteranlagen, die nicht bis



Flächen für die Feuerwehr sind eine Grundvoraussetzung zur Sicherstellung wirksamer Lösch- und Rettungsarbeiten. Deren Überprüfung ist Gegenstand der Feuerbeschau.

Bild: Branddirektion München

auf Erdgleiche geführt sind

- Löschwasserversorgung bei landwirtschaftlichen Betrieben und Gärtnereien

- Aufstellflächen für Hubrettungsfahrzeuge auf Privatgrund

Neben den angepassten Prüfrichtlinien müssen auch die Fristen nach der jeweiligen Gefahrenprognose festgelegt werden, wobei sich ein Überprüfungsintervall von 5 Jahren bewährt hat.

## Prüfumfang

Um die Zielsetzung der Feuerbeschau zu erreichen, sind gebäude- und nutzungsabhängig brandschutzrelevante betriebliche Mängel zu erfassen sowie bauliche, technische und organisatorische Brandschutzvorkehrungen zu überprüfen.

Die Empfehlungen zur Durchführung der Brandverhütungsschau (auch Gefahrenverhütungsschau oder Feuerbeschau) des Arbeitskreises Vorbeugender Brand- und Gefahrenschutz (AK VB/G) der AGBF stehen auf der Homepage der AGBF Bund zum Download zur Verfügung.

Eine Entscheidung des Bayerischen Verwaltungsgerichtshofes verunsicherte hinsichtlich der erforderlichen Ankündigung der Feuerbeschau. Das Bayerische Staatsministerium des Innern, für Bau und Verkehr veröffentlichte am 12.05.2015 Hinweise zur Handhabung des Betretungsrechts im Rahmen der Feuerbeschau. Damit wird weiterhin eine wirkungsvolle Überprüfung durch die Feuerbeschau ermöglicht, so dass Gefahren für die Gebäudenutzer und die Einsatzkräfte frühzeitig erkannt und beseitigt werden können.

Zusammenfassend empfiehlt das IMS, bei einer Feuerbeschau hinsichtlich der Ankündigung der Maßnahme wie folgt zu verfahren: Die zuständigen Stellen versuchen im Rahmen ihrer Vorbereitungsmaßnahmen (etwa über das Grundbuch) regelmäßig, die Eigentümer oder

Betriebsinhaber zu ermitteln. Ist der Eigentümer ermittelbar und gelingt auch eine Kontaktaufnahme, so sollte versucht werden,

- sich ggf. Kontaktpersonen vor Ort benennen zu lassen, die das Hausrecht ausüben oder

- das Einverständnis einzuholen (etwa durch Übersendung eines Formblatts), dass eine Betretung vor Ort durch Mieter (künftig) ermöglicht und gestattet werden darf.

- Zudem bietet sich ggf. an, nur einen größeren Zeitraum z. B. von einigen Wochen anzugeben, innerhalb dessen die Beschau stattfinden soll. Auf diese Weise kann die Gefahr einer anlässlich der angekündigten Feuerbeschau „geschönten“ Situation vor Ort verringert werden.

Regelmäßig wird ausreichend sein, eine Hausverwaltung über die (ggf. im Anschluss) durchzuführende Feuerbeschau zu informieren und vor Ort aufzusuchen.

Sind – was selten der Fall sein dürfte – auch solche Hausrechtsinhaber nicht ermittelbar (etwa mit Hilfe eines Aushangs vor Ort oder von Nachfragen bei den Mietern und dgl.), so kann eine Feuerbeschau notfalls und ausnahmsweise auch ohne Kenntnis der Eigentümer und Besitzer (ggf. mit Hilfe der Mieter) stattfinden.

Bestehen Hinweise auf ordnungswidrige Zustände und damit verbundene Brandgefahren, so sollte versucht werden, vor Ort einen Hausrechtsinhaber über eine im Anschluss sogleich durchzuführende Beschau zu informieren; ist ein solcher nicht erreichbar, kann unverzüglich (ggf. mit Hilfe der Mieter) die Beschau durchgeführt werden.

Dem uneingeschränkten Publikumsverkehr zugängliche Arbeits-, Betriebs- und Geschäftsräume, die nicht auch zu privaten Zwecken genutzt werden, können grundsätzlich auch ohne Vorankündigung betreten werden. □



Tiefgaragenbrände verursachen eine rasche Verrauchung eines großen Rauchabschnittes. Sowohl Personen in der Garage als auch in angrenzenden Gebäude sind bei einem Brand gefährdet.

Bild: Branddirektion München

# Landkreis München startet Warn-App KATWARN

Meldungen über Schadensereignisse direkt aufs Handy

Der Landkreis München hat das Warnsystem KATWARN gestartet. Im Gefahren- oder Katastrophenfall sendet der Kreis damit wichtige Warnungen und Verhaltenshinweise direkt auf die Mobiltelefone der betroffenen Menschen. Der kostenfreie Warnservice ist verfügbar als Smartphone-App oder per SMS und E-Mail.

Ob Großbrand, Chemieunfall oder Bombenfund – bei Unglücksfällen und Katastrophen muss man schnell reagieren. Das Warn- und Informationssystem KATWARN ist dafür ein Hilfsmittel: Die kostenlose Smartphone-App für iPhone, Android und Windows Phone sendet behördliche Warnungen ortsbezogen zum aktuellen Standort des Nutzers und zu weiteren frei wählbaren Gebieten. Dafür müssen nur die sogenannte „Schutzengelfunktion“ aktiviert oder die Gebiete auf einer Karte im Display ausgewählt werden. Alternativ wird das System auch per SMS und E-Mail für ein Postleitzahlengbiet angeboten. „Mit dem KATWARN-System erhöhen wir entscheidend die Sicherheit der Menschen. Im Zeitalter der mobilen Kommunikation ist eine Warn-App ein optimales und zeitgemäßes Hilfsmittel, um die Betroffenen direkt zu erreichen“, sagt Landrat Christoph Göbel.

Ein Warnhinweis kann zum Beispiel lauten: „Großbrand – Warnung des Landkreises Mün-

chen, gültig ab sofort, Fenster und Türen schließen.“ Nur Menschen, die sich im betroffenen Gebiet aufhalten oder diesen Ort registriert haben, werden gewarnt. Menschen, die nicht betroffen sind, werden nicht unnötig in Unruhe versetzt oder als Schaulustige angezogen.

Die Einführung von KATWARN ist auch eine der Maßnahmen im Aktionsplan für die Belange von Menschen mit Behinderung. Insbesondere gehörlose Menschen, die Sirenenwarnungen und Radiomeldungen nicht hören können, werden so über Gefahrensituationen wie Großbrände, Stromausfälle, Bombenfund oder Extremunwetter informiert und können Handlungshinweise erhalten.

Bereits 2014 wurde KATWARN in der Stadt München in Betrieb genommen und hat beispielsweise beim Fund einer Fliegerbombe am Deutschen Museum oder anlässlich einer Terrorwarnung zur Silvesternacht die Menschen informiert. Auch weitere Landkreise und kreisfreie

Städte nutzen bereits das System, unter anderem Nürnberg, Würzburg und der Landkreis Altötting. Die technische Plattform stellen die öffentlichen Versicherer, darunter die Versicherungskammer Bayern (VKB), als Beitrag zum Gemeinwohl bereits 2011 zur Verfügung. „Mit der Einführung von KATWARN wollen wir einen Beitrag für mehr Sicherheit für die Bürgerinnen und Bürger im Landkreis München leisten. Als Versicherer mit einer langen Tradition hier in der Region sehen wir dieses Engagement als Teil unserer Verpflichtung für das Gemeinwohl“, erklärt Klaus Ross, Leiter der Hauptabteilung RiskManagement der Versicherungskammer Bayern.

Zusätzlich zu den Warnungen auf kommunaler Ebene empfangen die Nutzerinnen und Nutzer von KATWARN seit 2012 auch deutschlandweit die Unwetterwarnungen des Deutschen Wetterdienstes (DWD). Darüber hinaus setzen auch außerhalb von Bayern immer mehr Landkreise und Städte in ganz Deutschland auf KATWARN, darunter die Großstädte Berlin und Hamburg sowie Rheinland-Pfalz auf Landesebene. Entwickelt wurde das System vom renommierten Fraunhofer-Institut FOKUS in Berlin. „Unser Ziel ist es, den Menschen mit neuen Technologien einen spürbaren Nutzen zu verschaffen und ihr Leben sicherer zu machen. Als deutschlandweit einheitliches System trägt KATWARN schon an vielen Orten dazu bei“, so Ortwin Neuschwander vom Fraunhofer FOKUS.

Die KATWARN App steht kostenlos für iPhone im App Store, für Android Phone im Google Play Store und für Windows Phone im Windows Store zur Verfügung. Alternativ bietet KATWARN kostenlose Warnungen mit eingeschränkter Funktionalität auch per SMS/E-Mail zum Gebiet einer registrierten Postleitzahl. □



Kreisbrandrat Josef Vielhuber, Ortwin Neuschwander (Fraunhofer FOKUS), Landrat Christoph Göbel und Klaus Ross (VKB) drücken symbolisch den Startknopf (von links). □

**FAHNEN  
KÖSSINGER**

**Alles für Städte und Gemeinden**  
Für den perfekten Auftritt Ihrer Kommune

[www.fahnen-koessinger.de](http://www.fahnen-koessinger.de)  
Telefon: 09451 / 9313-0  
info@fahnen-koessinger.de

# Gewalt gegen Polizisten und Rettungskräfte nimmt weiter zu

Innenminister Herrmann veröffentlicht Statistik 2015 im Landtag

Die Zahl gewalttätiger Angriffe gegen Polizisten, Feuerwehrleute und Rettungskräfte ist weiter angestiegen. Im vergangenen Jahr gab es 6.919 Fälle verbaler oder körperlicher Gewalt gegen Polizeibeamte, was eine Steigerung von 3,1 % gegenüber 2014 bedeutet. Ebenfalls ist die Gesamtzahl der Straftaten gegen Rettungskräfte und Feuerwehrleute in 2015 um 7 % auf 198 gegenüber dem Vorjahr (185) gestiegen. Dies erklärte Innenminister Joachim Herrmann im Innenausschuss des Bayerischen Landtags.

Bei der Präsentation der aktuellen Statistik und dem seit 2010 jährlich erstellten Landeslagebild „Gewalt gegen Polizeibeamte in Bayern“ sprach der Innenminister von einer besorgniserregenden Entwicklung, die man nicht hinnehmen könne. Es müsse mit aller Entschlossenheit die Sicherheit derer gewährleistet werden, die uns schützen und helfen. Hierfür forderte er vor allem wesentlich härtere Strafen für Angriffe auf Polizisten, Rettungskräfte und Feuerwehrleute.

In diesem Zusammenhang sprach sich Herrmann auch für Strafverschärfungen beim Widerstand gegen Vollstreckungsbeamte wie die Einführung von Mindestfreiheitsstrafen von drei Monaten sowie die Erweiterung des Strafrahmens auf fünf Jahre aus. Dies diene auch der Abschreckung weiterer potenzieller Gewalttäter. Gerade hier müsse der Rechtsstaat konsequent durchgreifen.

Dem neuesten Landeslagebild zufolge wurden im vergangenen Jahr 14.928 Polizisten angegriffen, d. h. jeder dritte Polizeibeamte. Dabei waren ca. 41% der Vorfälle Beleidigungen, 30% Körperverletzungsdelikte und 19% Widerstände gegen Vollzugsbeamte. Besonders erschreckend seien für Herrmann die acht versuchten Tötungsdelikte gewesen. Die Zahl der verletzten Polizisten sei in 2015 um 8,7 % auf 2.051 gestiegen, ein neuer Höchststand seit 2010. Beim Täterprofil falle auf, dass ca. 86 % männlich waren. Von ihnen seien 67 % unter Alkohol- oder Drogeneinfluss gestanden. Vor allem Alkohol diene als „Tatbeschleuniger“, erklärte der Minister. Der Großteil gewalttätiger Übergriffe habe an Wochenenden und in größeren Städten stattgefunden. Dabei sei im regionalen Vergleich der Regierungsbezirk Schwaben am stärksten belastet. Bei den Großstädten lägen Augsburg, Ingolstadt und Regensburg an der Spitze. Hingegen gebe es bei kleineren Städten über 20.000 Einwohnern größere Schwankungen. Die „Mittelstäd-

## Landesverbandstag der bayerischen Schornsteinfeger

2015 lernten insgesamt rund 2.300 angehende Schornsteinfegerinnen und Schornsteinfeger in einem der mehr als 7.500 Betriebe in Deutschland. Beim 94. Landesverbandstag für das Bayerische Kaminkehrerhandwerk bescheinigte Bayerns Innenminister Joachim Herrmann den bayerischen Kaminkehrern eine positive Zukunftsperspektive.

Den tiefgreifenden Wandel durch die Öffnung des Kaminkehrerwesens für den freien Wettbewerb im Jahr 2013 habe die Branche gut verkraftet. Die Kaminkehrer leisten wertvolle Beiträge zu einem effektiven Brand- und Umweltschutz. Die überwiegende Mehrheit der Hauseigentümer sei ihrem Kaminkehrer auch nach Eröffnung des Wettbewerbs treu geblieben.

Zum 1. Januar 2013 wurde das Schornsteinfegermonopol weitgehend aufgehoben. Nur noch wenige hoheitliche Aufgaben sind dem bevollmächtigten Bezirksschornsteinfeger vorbehalten, etwa die Feuerstättenschau, der Feuerstättenbescheid, die Kehrabfuhr oder die Bauabnahme. Herrmann: „Ständen früher die klassischen Kehrarbeiten im Vordergrund, sind die

te“ Memmingen, Landshut und Rosenheim seien dabei überproportional vertreten.

Erleichtert zeigte sich Herrmann darüber, dass Gewalt im rettungsdienstlichen Alltag die Ausnahme bleibe. Bei ca. 1,6 Millionen Rettungsdienstseinsätzen im vergangenen Jahr habe es 198 Straftaten gegeben. Hier handelte es sich überwiegend um Körperverletzungen, Nötigungen und Bedrohungen. Dabei seien die Täter häufig alkoholisiert oder unter Drogeneinfluss gewesen. Für den Innenminister sind die Erkenntnisse zur Gewalt gegen Polizeibeamte und Rettungskräfte entscheidend für die Fortentwicklung der umfangreichen Aus- und Weiterbildungsmaßnahmen. Bei der Polizei gebe es z. B. eine regelmäßige Anpassung des Einsatzstrainings. Hinzu kämen spezielle örtliche Einsatzkonzeptionen in Bereichen mit auffälliger Gewalthäufung. Darüber hinaus hätten die Hilfsorganisationen in Bayern flächendeckend Deeskalationsschulungen in ihre Fortbildungsprogramme aufgenommen.

### Neue Polizeiausrüstung

Ganz wichtig ist für den obersten Dienstherren auch die Verbesserung der Polizeiausrüstung. So habe man in 2015 für 2.800 Mitglieder der Einsatzeinheiten einen völlig neu entwickelten Anzug mit spezieller Schlag- und Stichschutzausrüstung angeschafft. Demnächst werde es in sämtlichen Streifenwagen eine zusätzliche ballistische Schutzhaube geben, die Schutz vor Gewehren mit militärischer Munition biete. Schließlich sei in den Polizeipräsidien München, Oberbayern Süd und Schwaben Nord ein Pilotversuch mit „Body-Gams“ geplant. Zusammenfassend erklärte der Innenminister, die Polizei biete ein umfangreiches Maßnahmenpaket und sei für die künftigen Herausforderungen gut gerüstet. Dies belege auch die weitere Aufstockung des Personalapparats um 580 neu ausgebildete Polizistinnen und Polizisten in diesem Jahr. Darüber

## Landesverbandstag der bayerischen Schornsteinfeger

2015 lernten insgesamt rund 2.300 angehende Schornsteinfegerinnen und Schornsteinfeger in einem der mehr als 7.500 Betriebe in Deutschland. Beim 94. Landesverbandstag für das Bayerische Kaminkehrerhandwerk bescheinigte Bayerns Innenminister Joachim Herrmann den bayerischen Kaminkehrern eine positive Zukunftsperspektive.

Den tiefgreifenden Wandel durch die Öffnung des Kaminkehrerwesens für den freien Wettbewerb im Jahr 2013 habe die Branche gut verkraftet. Die Kaminkehrer leisten wertvolle Beiträge zu einem effektiven Brand- und Umweltschutz. Die überwiegende Mehrheit der Hauseigentümer sei ihrem Kaminkehrer auch nach Eröffnung des Wettbewerbs treu geblieben.

Zum 1. Januar 2013 wurde das Schornsteinfegermonopol weitgehend aufgehoben. Nur noch wenige hoheitliche Aufgaben sind dem bevollmächtigten Bezirksschornsteinfeger vorbehalten, etwa die Feuerstättenschau, der Feuerstättenbescheid, die Kehrabfuhr oder die Bauabnahme. Herrmann: „Ständen früher die klassischen Kehrarbeiten im Vordergrund, sind die

hinaus stehe der Freistaat zu seinen Rettungskräften. Auch wenn ein gewisses Restrisiko von Angriffen bleibe lebe man in Bayern sicherer als anderswo.

In der Aussprache forderte Peter Paul Gantzer (SPD) aufgrund des hohen Anteils an alkoholisierten Gewalttätern zwischen 18 und 40 Jahren mehr Alkoholprävention. Gewalt sei von jeher zu verurteilen und insbesondere gegen Polizeibeamte nicht hinnehmbar. Das Gewaltmonopol liege allein beim Staat. Kritik übte der SPD-Politiker am Umgang der Justiz mit Gewalttätern gegen Polizisten. Hier werde ein Drittel der Strafverfahren eingestellt. Auch müsse über die Wiedereinführung der Sperrzeitregelung nachgedacht

### KÖTTER Security:

## Für neue Sicherheits- und Präventionskultur

Angesichts neuer Rekordwerte bei den Wohnungseinbrüchen und niedriger Aufklärungsquoten mahnt KÖTTER Security, größtes Familienunternehmen der Sicherheitsbranche in Deutschland, nachdrücklich eine neue Sicherheits- und Präventionskultur an. „Es muss jedem klar sein, dass bei den Einbruchgefahren die Alarmzeichen längst auf Rot stehen“, so Andreas Kaus, u. a. Geschäftsführender Direktor des Westdeutschen Wach- und Schutzdienstes Fritz Kötter, in Essen.

„Die hierzulande tief verankerte Versicherungsmentalität muss durch aktive Vorbeugung beim Einbruchschutz ergänzt werden“, forderte der Sicherheitsexperte. „Parallel hierzu brauchen wir stärkeren politischen Rückenwind für neue Sicherheitsallianzen, die der Polizei mehr Freiraum für ihre Kernaufgaben wie Gefahrenabwehr und Kriminalitätsbekämpfung verschaffen.“

Tag für Tag ereignen sich mittlerweile bundesweit mehr als 450 Wohnungseinbrüche. Der finanzielle Schaden beläuft sich nach Angaben der Versicherungswirtschaft auf jährlich über eine halbe Milliarde Euro. Hinzu kommen der Verlust unwiederbringlicher Gegenstände, der mit Geld nicht aufzuwiegen ist, und massive psychische Belastungen für die Opfer wie Schlafstörungen, Stress und Angstgefühle, die bis zum Wechsel des Wohnortes führen. Aber nicht nur Privatpersonen sind von gravierenden Folgen betroffen. Auch Einbrüche in Firmen ziehen erhebliche Folgen nach sich. Diese reichen bis zur Existenzbedrohung, wenn durch Diebstahl wichtiger Geräte etc. die Produktion gefährdet wird.

Dabei wurde im vergangenen Jahr mit bundesweit 167.136 Delikten (+ 9,9 %) ein neuer Rekordwert für die zurückliegenden 15 Jahre verzeichnet. Besonders gravierend waren die Anstiege in Hamburg (+ 20,2 %), Nordrhein-Westfalen (+ 18,1 %) und Niedersachsen (+ 13,1 %). Die Aufklärungsquote liegt im Schnitt bei rund 15 %.

„Dies unterstreicht die Bedeutung präventiver Maßnahmen, bei denen Deutschland im Vergleich zu anderen Ländern noch stark hinterherhinkt“, betonte Kaus. Dabei ist die Wirkung z. B. von Sicherheitstechnik wie Gefahrenmeldeanlagen und Videotechnik plus Aufschaltung auf rund um die Uhr besetzte Notruf- und Serviceleitstellen klar belegt. Sie leisten einen wesentlichen Beitrag dazu, dass die Täter in rund 40 Prozent aller Fälle nicht über den Einbruchversuch hinauskommen. Kombiniert werden sollten die technischen Maßnahmen mit personeller Sicherheit wie u. a. Revierwach- und Interventionsdiensten zur regelmäßigen Ob-

werden. Paul Wengert (SPD) forderte aufgrund einer kriminologischen Polizeistudie (KFG) eine klare Sperrzeitregelung. Bei der Bestrafung von Gewalttätern gehe es nicht nur um General- und Spezialprävention, sondern auch um Vergeltung und Sühne.

Katharina Schulze (Grüne) sieht in einer Verschärfung des Strafrahmens für Gewalttäter gegen Polizisten bereits eine Signalwirkung. Darüber hinaus müssten die psychischen Auswirkungen von Gewalt stärker berücksichtigt werden. Der stellvertretende Ausschussvorsitzende Joachim Hanisch (FW) stellte den Präventionsgedanken in den Vordergrund. Man müsse Werte vermitteln und dies bereits an den Schulen. Ausschussvorsitzender Florian Herrmann (CSU) bezeichnete bei der Anhörung von Straftaten gegen Polizisten die Festsetzung einer Mindeststrafe als zentralen Punkt. Für völlig falsch halte er die Verharmlosung von Gewalttätern als Aktivist. Auch komme man alleine mit Prävention nicht voran. **rm**



Vater und Sohn gemeinsam im Einsatz.

## Ausbildungskampagne „Elternstolz“

Reportage über die Feuerwehrmänner am Flughafen München

Gemeinsam löschen, retten, bergen, schützen: Rainer und Thomas Depta sind seit drei Jahren zusammen im Einsatz. Vater und Sohn arbeiten bei der Feuerwehr des Münchner Flughafens: Zwei tatkräftige Beispiele dafür, wie eine gute Ausbildung zum Traumberuf führt. Und sie sind gute Botschafter der Kampagne „Elternstolz“ der Industrie- und Handelskammern in Bayern (BIHK), der Arbeitsgemeinschaft der bayerischen Handwerkskammern (HWK) und des Bayerischen Staatsministeriums für Wirtschaft und Medien, Energie und Technologie.

Als Thomas Depta vor drei Jahren bei der Flughafenfeuerwehr anfang, kannte er seinen neuen Arbeitsplatz bereits gut. Vater Rainer trägt hier schon seit 2002 die schwarze Uniform mit den gelben Streifen. Immer wieder hatte er seinen Sohn mitgenommen, um ihm die Flugfeldlöschfahrzeuge in den großen Hallen oder die Kleingeräte im Schwerlastlager zu zeigen. Schließlich war der Beruf des Vaters auch Thomas Deptas Traumjob. Schon als Jugendlicher hatte er sich in der freiwilligen Feuerwehr engagiert – genauso wie der Vater. „Ich bin damit über Jahre aufgewachsen“, erinnert sich der 26-Jährige. Jetzt ist er am Ziel – als Feuerwehrmann im Aufenthaltsraum der Feuerwache Süd. Und neben ihm sitzt Vater Rainer.

Rund 180 Feuerwehrleute sind hier angestellt. Jeweils 45 arbeiten Tag und Nacht auf den beiden Wachen Nord und Süd im Schichtdienst. Schrielt der Alarm, rücken sie aus; etwa 4000 Mal im Jahr. Das Aufgabenspektrum ist groß und reicht von Notlandungen über brennende Fracht im Lager bis zur Betreuung der Brandmeldeanlagen. Und die Zeitvorgaben sind streng: Auf den Start- und Landebahnen müssen die Einsatzkräfte innerhalb von nur 180 Sekunden mit der Brandbekämpfung beginnen.

### Handwerkliche Ausbildung

Dafür bildet der Flughafen inzwischen selbst Werksfeuerwehrmänner aus – drei Jahre dauert die Ausbildung. Bei den meisten anderen Berufsfeuerwehren ist eine Ausbildung oder Lehre nach wie vor Pflicht, wenn man sich dort bewerben will. So war es auch bei den Deptas. Rainer Depta absolvierte zunächst eine Ausbildung zum Elektriker. „Eine unheimlich lehrreiche Zeit“, sagt der heute 52-Jährige, auch weil er damals auf den Baustellen den Installateuren oder Fensterbauern gerne über die Schultern schaute. Am Ende hatte er sich so viele Fertigkeiten angeeignet, dass er den Altbau, den er später kaufte, fast selbstständig renovieren konnte. Aber natürlich profitiert Rainer Depta auch als Feuerwehrmann bis heute von seiner Vorbildung: Technisches Verständnis und handwerkliches Geschick bilden die Basis seiner Arbeit bei der Flughafenfeuerwehr.

Folgerichtig riet Rainer Depta seinem Sohn ebenfalls zu einer handwerklichen Ausbildung. Thomas absolvierte wie schon sein Großvater eine Schreinerlehre.

An das erste Möbelstück, das er eigenständig für einen Kunden anfertigen durfte, erinnert er sich gut: „Ein Spiegel mit Rahmen. Ich war stolz und erleichtert, als es dem Kunden gefiel.“ Das Wissen und die Erfahrung, wie man mit Werkzeug umgeht, nützt ihm nach wie vor – etwa wenn ein Fenster abgestützt oder ein Fahrzeug gesichert werden muss. „Vor allem aber habe ich in der Schreinerlehre gelernt, die Dinge logisch anzugehen. Davon zehre ich bis heute“, sagt er. 2012 fing er bei der Werksfeuerwehr des Flughafens an. Seitdem verrichten Vater und Sohn gemeinsam ihren Dienst, Seite an Seite. „Ich bin stolz, dass mein Sohn in meine Fußstapfen getreten ist“, sagt Rainer Depta.

Unter besonderer Beobachtung durch den Papa hat sich Thomas in der Arbeit nie gefühlt. Im Gegenteil, die beiden ergänzen sich gut. Vater Rainer ist froh, dass er den Junior auch einmal fragen kann, wie man die Wasserpumpe des Löschfahrzeugs am besten einstellt. „Die Technik ändert sich ja ständig und meine Ausbildung ist eben noch etwas frischer“, erklärt Thomas, rühmt aber zugleich die lange Erfahrung des Vaters: „Er kann manche Situation besser einschätzen. Und zu Hause diskutieren wir dann, was man besser hätte lösen können.“

Was den beiden am Feuerwehrmann-Dasein so gefällt? „Ich mag die Technik und die Kameradschaft, aber auch, dass man Menschen helfen kann und Verantwortung trägt“, sagt Thomas Depta. Der Vater nickt: „Es ist sehr vielfältig und abwechslungsreich. Jeder Tag ist anders.“ Und manche Tage vergisst man als Feuerwehrmann nie: 2012 zum Beispiel, da musste Rainer Depta ausrücken, weil das Triebwerk eines gelandeten Flugzeugs in Flammen stand. Sohn Thomas ist bis heute der Einsatz nach einer Notlandung im Gedächtnis geblieben. Beim Start der Maschine waren Reifen geplatzt, die Gummireste hatten Löcher in die Tragfläche gerissen. Am Ende verliefen beide Einsätze schnell und erfolgreich.

24 Stunden dauert eine Schicht. Tagsüber arbeiten die beiden vor allem in der Atemschutzwerkstatt und sorgen dafür, dass die Masken, Druckluftflaschen und Atemschutzgeräte für den Ernstfall einsatzbereit sind. Zu den folgenden acht Stunden Freizeit gehört zwingend jeden Tag eine Stunde Sport. Die letzten acht Stunden dürfen die Feuerwehrleute dann im Bett verbringen. Es sei denn, der Alarm schrielt. **□**

## Tatkräftig im Dienst der Gemeinschaft

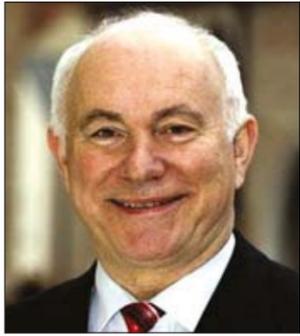
Landräte Hauner und Trapp feierten 65. Geburtstag

Mit Josef Hauner (Freising) und Heinrich Trapp (Dingolfing-Landau) feierten zwei profilierte Landräte vor kurzem ihren 65. Geburtstag. Beiden Landkreischefs gratulierte Bayerns Kommunalminister Joachim Herrmann zu ihrem Ehrentag.

„Seit mehr als drei Jahrzehnten stellst Du Dich auf Stadt- und Kreisebene tatkräftig in den Dienst der Gemeinschaft“, hob Herrmann in einem Glückwunschsreiben an Josef Hauner zu dessen Ehrentag am 4. Mai hervor. Hauner habe 30 Jahre lang dem Stadtrat Freising angehört und zahlreiche Maßnahmen und Projekte der Stadt begleitet. Als zweiter Bürgermeister habe er über 18 Jahre hinweg die Stadtpolitik maßgeblich mitgestaltet. Zudem engagierte sich der Jubilar seit dem Jahr 2014 als Landrat erfolgreich für den Landkreis Freising, für dessen Interessen er sich bereits als CSU-Kreisrat von 1984 bis 2014 sachkundig eingesetzt hat.

Hauner sei es ein wesentliches Anliegen, den Landkreis im konstruktiven Miteinander zukunftsfähig weiter zu entwickeln, betonte Herrmann. Neben einer umfassenden Gesundheitsversorgung und guten Ver-

kehrsverbindungen liege ihm als ehemaligem Schulamtsdirektor der Bildungsbereich besonders am Herzen. Hohe Priorität habe für Hauner nach wie



Heinrich Trapp.

vor die Diskussion um die Erweiterung des Flughafens Münchens. Herrmann dankte dem Jubilar für dessen vielfältiges verantwortungsvolles Wirken in der kommunalen Selbstverwal-

tung, das auch mit der Kommunalen Verdienstmedaille in Bronze und in Silber öffentlich gewürdigt wurde.

### Weichen für eine erfolgreiche Zukunft

Am 17. Mai feierte Landrat Heinrich Trapp seinen Ehrentag. Wie Herrmann in einem Glückwunschsreiben formulierte, könne der Landkreischef mit Fug und Recht stolz auf den von ihm mitgestalteten Aufschwung im Landkreis Dingolfing-Landau zurückblicken. „Vorausschauend und kompetent haben Sie in Ihrer Heimat die Weichen für eine erfolgreiche Zukunft gestellt“, stellte der Minister fest. Zugleich gratulierte er zu Trapps bevorstehendem Dienstjubiläum: „Seit 25 Jahren setzen Sie sich außerordentlich erfolgreich für Ihre Region ein. Damit sind Sie Bayerns dienstältester Landrat.“

Heinrich Trapp wurde 1991 überraschend zum Nachfolger des verstorbenen CSU-Landrats Fritz Ettengruber bestimmt. Seit-

dem wurde der SPD-Politiker vier Mal mit überragenden Wahlergebnissen wiedergewählt.

Besonders lobte Herrmann Trapps bürgernahe Amtsführung: „Der ständige Dialog



Josef Hauner.

mit den Bürgerinnen und Bürgern des Landkreises ist Ihnen wichtig. Ihr Augenmerk gilt dabei auch der jungen Generation als künftiger Gestalter der Region.“ Auch würdigte Herrmann Trapps hervorragenden Ruf in der Öffentlichkeit: „Zu Recht hat Ihr Wirken höchste öffentliche Anerkennung erfahren, zuletzt mit der Verleihung des Bayerischen Verdienstordens 2009.“ **DK**

tel als Bayerns „Kommune des Jahres“ beim Großen Preis des Mittelstandes.

### Erfolgreiche Start-ups

Deggendorf verleiht regelmäßig Preise an erfolgreiche Start-ups und engagierte Ausbildungsbetriebe. Die Bilanz kann sich sehen lassen: Der Ort verfügt heute über rund 3.000 Firmen mit mehr als 22.000 sozialversicherungspflichtigen Arbeitsplätzen. „Die Stadt Deggendorf tritt als Dienstleister auf, um allen Hindernissen mit Lösungen zu begegnen“, beschreibt der Oberbürgermeister seine Philosophie.

### Deggendorf im Wandel: Tradition trifft Moderne

Im Jahr des 700. Stadtgeburtstags, der das ganze Jahr über ausgiebig gefeiert wird, hat Deggendorf noch viel vor: „Deggendorf ist im Wandel. Tradition trifft auf Moderne“, sagt das Stadtoberhaupt. Die Dynamik des Orts soll demnächst ein weithin sichtbares Wahrzeichen bekommen: mit einem 36 Meter hohen Wolkenkratzer. Fast 70 Prozent der Deggendorfer, die in einem Bürgerentscheid im März 2015 ihre Stimme abgaben, sprachen sich für das Projekt aus. Der Baubeginn könnte in diesem Jahr stattfinden. Es wäre ein Geburtstagsgeschenk sicher auch ganz nach dem Geschmack der berühmten Knödelfrauen aus dem Mittelalter: Ganz wie einst würde auch so jenseits der Stadtgrenze gleich sichtbar, dass mit den Deggendorfern immer zu rechnen ist.

### Wirtschaftsfreundlichkeit

Deggendorfs außerordentliche Wirtschaftsfreundlichkeit hat sich inzwischen herumgesprochen. Der Freistaat Bayern adelte die Stadt im vergangenen Jahr mit dem Bayerischen Wirtschaftspreis: „Durch die aktive Unterstützung von Firmenniederlassungen, die Förderung der Elektromobilität und den Ausbau des Breitbandinternets setzt die Stadt Maßstäbe bei der Innovationsförderung“, sagt Bayerns Wirtschaftsstaatssekretär Franz Josef Pschierer. Bereits 2014 erhielt Deggendorf den Ti-

## „Komm, mach MINT“

OTH-Verbund tritt Pakt bei

Die OTH Regensburg und die OTH Amberg-Weiden haben offiziell das Memorandum zum nationalen Pakt für Frauen in MINT-Berufen „Komm, mach MINT.“ unterschrieben, das bereits über 200 Partner aus Politik, Wirtschaft, Wissenschaft und Medien seit 2008 bundesweit unterstützen.

Dass Frauen Spaß an Technik, Ingenieurskunst oder Mathematik haben, soll zukünftig verstärkt durch gemeinsame Veranstaltungen an Schülerinnen und Studentinnen herangebracht werden, um den Frauenanteil in MINT-Berufen zu erhöhen.

### Frauenförderung

Beide Hochschulen können bereits auf zahlreiche bestehende Angebote hinsichtlich Frauenförderung verweisen, die sie miteinander im Verbund initiiert und vorangetrieben haben. Bereits seit 2013 laufen im Rahmen des gemeinsamen Programms „PRO MINT!“ verschiedene Aktivitäten erfolgreich in Kooperation.

„Als technisch-moderne Hochschulen mit Schwerpunkt auf Ingenieurstudiengängen möchten wir bereits frühzeitig Schülerinnen für naturwissenschaftliche und technische Studiengänge begeistern sowie Studentinnen für eine Berufslaufbahn in Wirtschaft und Wissenschaft gewinnen“, erklärte Prof. Dr. Christiane Hell-

bach, Frauenbeauftragte und Vizepräsidentin der OTH Amberg-Weiden.

Weiterhin zählen zu den gemeinsamen Frauenförderangeboten die regelmäßig stattfindenden Netzwerktreffen Networking sowie Infomaterial und die Website „girls4tech“. Hierbei handelt es sich um eine eigens erstellte Homepage, die Mädchen und junge Frauen über technisch-naturwissenschaftliche Studiengänge informiert und sie dafür begeistern soll.

„Durch den Verbund unserer beiden Hochschulen haben wir die Möglichkeit, uns beim Thema Frauenförderung breit aufzustellen - vor allem im ostbayerischen Raum. Wir leisten damit einen wichtigen gesellschaftspolitischen Beitrag, den wir zusammen mit Verbänden, der Wirtschaft und Forschungseinrichtungen bundesweit gemeinsam mit „Komm, mach MINT.“ angehen“, sagte Prof. Dr. Christine Süß-Gebhard, Frauenbeauftragte der OTH Regensburg.

Weitere Informationen unter: [www.komm-mach-mint.de](http://www.komm-mach-mint.de)

Bayerisches Landesamt für Statistik in Fürth:

## Richtfest für Neubau

Das Landesamt für Statistik erhält einen neuen Hauptsitz in Fürth. Sukzessive wird derzeit auf dem Gelände der ehemaligen Quelle-Hauptverwaltung gebaut und erweitert. Bis Ende 2016 werden rund 290 Arbeitsplätze in Fürth sein. „Zu diesem Zweck errichten wir auch für sieben Millionen Euro ein neues Gebäude“, freute sich Bayerns Innen- und Bauminister Joachim Herrmann bei der Feier des Richtfestes.

Der Neubau komplettiere das gesamte Gebäudeensemble, für dessen Gesamtanierung der Freistaat einschließlich des Neubaus rund 39 Millionen Euro investiere. Die Bauarbeiten dauern noch bis 2018. Nach Abschluss des Umzuges Ende 2019 werden rund 500 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter am Hauptsitz in Fürth beschäftigt sein.

Die Verlagerung der Behörde von München nach Fürth hatte bereits im Jahr 2011 nach der Quelle-Pleite begonnen. Deshalb wird das Gebäudeensemble auf dem Gelände der ehemaligen Quelle-Hauptverwaltung in Fürth, bestehend aus dem denkmalgeschützten Altbau aus dem Jahr 1907 und dem Erweiterungsbau aus den 1980er Jahren, derzeit saniert. Ein Anbau aus den 1960er Jahren wurde abgerissen und wird nun durch einen Neubau ersetzt. Das Gesamtprojekt wird Ende 2018 fertiggestellt. Dann werden insgesamt rund 11.000 Quadratmeter

für 500 Mitarbeiter am neuen Hauptsitz in Fürth zur Verfügung stehen. Die Dienststelle in Schweinfurt bleibt bestehen.

Der moderne Neubau erhält eine Cafeteria für 100 Personen und zahlreiche Seminar- und Verwaltungsräume mit neuestem, technischen Standard. „Dank Wärmerückgewinnung und einer Photovoltaikanlage ist die energetische Gesamtbilanz des Neubaus sehr effizient“, so Herrmann. Auch auf eine barrierefreie Erschließung wurde bei der Planung geachtet. So sind nicht nur alle Geschosse barrierefrei erreichbar, sondern im Bereich der Treppenhäuser auch visuelle Informationen mit Tafeln sowie taktile Orientierungshilfen geplant. Die Serviceschalter erhalten zudem induktive Höranlagen. Als optisches Warnsignal im Falle eines Brandes sind außerdem einige Räume für gehörlose Mitarbeiter mit Blitzleuchten ausgestattet. **□**

## Das „Tor zum Bayerwald“

Deggendorf will zum 700. Geburtstag neue Höhen erklimmen

Deggendorf (obx) - Der Ruf einer besonders originellen und einflussreichen Stadt eilt den Bewohnern des ostbayerischen Deggendorfs schon seit dem 13. Jahrhundert voraus. Damals, so erzählt es eine Sage, soll eine niederbayerische Hausfrau den gesamten Ort vor dem Überfall durch böhmische Soldaten gerettet haben: indem sie einem feindlichen Spion einen Knödel über die Stadtmauer entgegen warf. Der sollte zwar eigentlich als Proviant für ihren Ehemann gedacht sein. Aber die böhmischen Feinde sahen darin eine ganz andere Botschaft: Ein Ort, der über so viel Essen verfügt, dass dies sogar als Waffe eingesetzt werden kann, dem geht es so gut, dass der Versuch des Auszehrens zum Scheitern verurteilt ist. So ganz der historischen Wahrheit entspricht die Legende wohl nicht, aber bis heute erzählen die Deggendorfer ihren Gästen gern diese Geschichte. Sie ist Teil der Historie einer stolzen Stadt am Fuße der Gipfel des Bayerwalds, die in diesem Jahr ihren 700. Geburtstag feiert und im Schatten der großen Metropolen an ihrer ganz eigenen Erfolgsgeschichte schreibt.

Deggendorf: 30.000 Einwohner, rund 150 Kilometer nordöstlich von München an der Donau und der wichtigen Europa-Straßenmagistrale Paris-Nürnberg-Wien gelegen, ist nur auf den ersten Blick eine Kleinstadt wie viele andere. Bescheiden warb Deggendorf lange Zeit für sich als eine Art Durchgangsstation hin zum „Grünen Dach Europas“. Der Ort, dem die bayerische Herzogenwitwe 1316 das Stadtrecht verlieh, steht für Millionen Bayerwaldtouristen jedes Jahr am Beginn ihrer Ferien im Bayerischen Wald.

### Elektromobilität

In den vergangenen Jahren machte Deggendorf jedoch eine

Entwicklung durch, die selbst die Landesväter im fernen München auf sich aufmerksam machte. Alles begann mit der Gründung einer Hochschule vor exakt 22 Jahren. Deggendorf - eine Hochschulstadt mitten in der „Provinz“? Was viele damals durchaus skeptisch beurteilten, ist zum Vorzeigeprojekt dafür geworden, dass auch abseits der Metropolen Forschung und Innovation eine Heimat finden können. Mehr als 5.000 Studenten lernen heute auf dem niederbayerischen Campus, der unter anderem im Bereich der Elektromobilität als bundesweit mitführend gilt. Ein eigenes Innovations- und Technologiezentrum hat sich zur Anlaufstation für neue Gründerideen entwickelt.

Es sind viele überregionale

**WASSERKRAFT ZUM LEBEN**

**RMD** RHEIN-MAIN-DONAU

REGENERATIV  
MODERN  
DYNAMISCH

Main-Kraftwerk Limbach / [www.rmd.de](http://www.rmd.de)

# Themenvielfalt in Lenggries

Frühjahrs-Bezirksversammlung Oberbayern des Bayerischen Gemeindetags

Welche Themen stehen aktuell auf der kommunalpolitischen Agenda? Und wo drückt der Schuh? Antworten auf diese Fragen gab die Frühjahrs-Bezirksversammlung Oberbayern des Bayerischen Gemeindetags in Lenggries. Als Hauptreferent konnte Bezirksvorsitzender Josef Steigenberger Finanz- und Heimatminister Dr. Markus Söder willkommen heißen. Daneben griff u. a. Gemeindetagspräsident Dr. Uwe Brandl aktuelle Themen aus der Verbandsarbeit auf.

Nach einem Grußwort von Landrat Josef Niedermaier, in dem er unter anderem die stockende Entwicklung beim Wohnungsbau im Landkreis Bad Tölz-Wolfratshausen thematisierte - immerhin stehen mehr als 50 Prozent der Kreisfläche unter Schutz - wies Staatsminister Söder auf „die drei B“ hin, auf die es seiner Ansicht nach ankommt: „Bauern, Bürgermeister, Beamte“. Jede Veränderung müsse besonders sensibel angegangen werden und: „Alle Bürgermeister sind gleich wichtig.“

## Entwicklungspotenziale der Regionen stärken

Die eigentliche Aufgabe des Heimatministers sieht Söder in der Suche nach Möglichkeiten, die unterschiedlichen Entwicklungspotenziale in den einzelnen Regionen zu stärken. Seine Strategie, dies beispielsweise durch Ausnahmen vom Anbindegebot zu bewerkstelligen, sei der richtige Weg.

Der Gefahr, dass Bayern ein Land mit zwei Geschwindigkeiten in Stadt und Land wird, werde mit der Heimatstrategie präventiv entgegengesteuert. Eine wesentliche Säule sei die Flexibilisierung der Landesplanung im Rahmen einer Weiterentwicklung des Landesentwicklungsprogramms Bayern (LEP). Die vorgesehene LEP-Fortschreibung zum neuen Zentrale-Orte-System und zur Erweiterung des Raumes mit besonderem Handlungsbedarf (RmbH) soll die Landesentwicklung flexibler, dezentraler und regionaler gestalten.

Ein Zentraler Ort habe zum Beispiel bessere Chancen bei der Vergabe von Einrichtungen, wie Gymnasien, Krankenhäusern oder Ämtern. Auch sei die Ansiedlung bestimmter Einzelhandelsunternehmen nur in Ober- und Mittelzentren zulässig, zum Beispiel Möbel- oder Baumärkte. In Oberzentren seien größere Verkaufsflächen für innenstadtrelevante Sortimente zulässig.

Das neue System baut auf ein externes Gutachten auf, bezieht aber auch andere Aspekte wie die Förderung der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit mit

Österreich oder Tschechien mit ein. Die Zuordnung zum RmbH bringt Kommunen Söder zufolge bessere Förderkonditionen in einschlägigen Programmen, z.B. bei Breitband, Regionalmanagement, Konversionsmanagement und regionaler Wirtschaftsförderung. Söders Augenmerk liegt insbesondere auf der Förderung von Freizeit und Tourismus: Hier würden – gerade mit Blick auf das Nachbarland Österreich – dringend mehr Angebote im Vier- und Fünf-Sterne-Bereich benötigt.

„Auf einem guten Weg“ ist der Freistaat laut Söder in punkto kommunaler Finanzausgleich. Neben den absoluten Zahlen sei auch eine neue Systematik der Schlüsselzuweisungen, der größten Einzelleistung im kommunalen Finanzausgleich, verabschiedet worden. Die Reform bringe mehr Gerechtigkeit in das System der Schlüsselzuweisungen. Künftig würden Steuereinnahmen aus der Grund- und Gewerbesteuer in höherem Umfang berücksichtigt als bisher. Dies komme im Ergebnis vor allem Gemeinden mit geringeren eigenen Einnahmen zugute.

Ein wesentlicher Schwerpunkt der Heimatstrategie ist die flächendeckende Versorgung mit Breitband. „Unser Ziel ist, dass jede Gemeinde bis 2018 einen Anschluss an die Datenautobahn erhält. Die Aussichten sind sehr gut“, stellte Söder fest. Die Verbesserungen bei der Breitbandförderung hätten dazu geführt, dass aktuell 95 Prozent aller Kommunen in Bayern am Breitbandförderprogramm teilnehmen.

Bis 2020 plant der Freistaat ein flächendeckendes, engmaschiges Netz von mindestens 10.000 kostenfreien WLAN-Hotspots. In einem ersten Schritt werden in diesem Jahr die staatlichen Behörden mit Hotspots ausgestattet. Danach folgen die bayerischen Städte und Gemeinden. Pro Gemeinde soll es zwei Stützpunkte geben, „im Zweifelsfall auch mehr“. „Ich kann nur allen Bürgermeistern empfehlen, mitzumachen“, betonte der Minister.

Auf den Weg gebracht worden sei zudem die größte Regionalisierung von staatlichen Behörden und Einrichtungen der letzten

Jahrzehnte. Diese Neustrukturierung stelle eine Chance für den ländlichen Raum dar, an Stärke zu gewinnen. Mit der Verlagerung von 2.225 Arbeitsplätzen und 930 Studienplätzen aus den Ballungszentren in ländliche Regionen Bayerns werde eine passgenaue Strukturpolitik betrieben. Insgesamt umfasst das Konzept 64 Maßnahmen aus allen Ressorts und der Staatskanzlei mit 3.155 Personen.

Finanzpolitisch könne man beinahe von „paradiesischen Zuständen“ sprechen – „wäre da nicht das Thema Asyl“, räumte Söder ein. Die Rücklagen des Freistaats von knapp sechs Milliarden Euro schmolzen wie Butter in der Sonne, stünden 2015 und 2016 doch bereits Ausgaben in Höhe von jeweils viereinhalb Millionen Euro für Flüchtlinge zu Buche.

Ende Mai werde eine Entscheidung darüber fallen, ob und wie sich der Bund künftig stärker an den Kosten der Unterbringung anerkannter Asylbewerber beteiligt. Hier zeigte sich der Minister zuversichtlich. Bei der Schaffung von neuem Wohnraum sei die Lage dagegen schwieriger, gebe es doch keine entsprechenden gesetzlichen Änderungen, die Wohnungsbau dort ermöglichen, wo man eigentlich nicht bauen darf.

## Megathema Integration

Über viele Jahre beschäftigen wird die Politik das Thema Integration jener Flüchtlinge, die in Deutschland bleiben wollen. Damit gehe u. a. die Definition von Grundwerten, die Akzeptanz von Tradition und eine Definition der Toleranz einher. Dieser Prozess der Wertevermittlung werde einige Jahre in Anspruch nehmen, prognostizierte der Minister.

Auf diverse Baustellen beim Thema Integration verwies auch der Präsident des Bayerischen Gemeindetags, Dr. Uwe Brandl. Der Familiennachzug ist eine davon. Alle hier anerkannten Flüchtlinge hätten verfassungsrechtlich die Möglichkeit, ihre Angehörigen nachzuholen. Realistisch sind Brandl zufolge im Durchschnitt vier Personen.

Was die Situation für die Gemeinden im Augenblick nicht einfach macht, sei die fehlende Planungssicherheit. Schließlich sei völlig offen, ob alle momentan in einer Erstunterkunft untergebrachten Flüchtlinge auch an diesem Ort bleiben werden. Für die Gemeinde stelle sich demzufolge die Frage, wie viele bleiben.



V. l.: Gemeindetagspräsident Dr. Uwe Brandl, Finanz- und Heimatminister Dr. Markus Söder, das Geschäftsführende Präsidialmitglied des Bayerischen Gemeindetags, Dr. Franz Dörnberger und der Vorsitzende des Bezirks Oberbayern im Bayerischen Gemeindetag, Josef Steigenberger.

Im Anschluss müsse eine Bestandsaufnahme erfolgen: Wie viele Wohnungen und wie viele Plätze in Kitas und Schulen gibt es? Sind Arbeitsplätze vor Ort vorhanden? Eine zeitlich begrenzte Residenzpflicht könnte hier nach Auffassung des Bayerischen Gemeindetags eventuell Abhilfe schaffen.

Brandl prognostizierte zudem, dass die Siedlungsentwicklung ein anderes Gesicht bekommen wird. Die Masse der Flüchtlinge, die unterzubringen sein wird, die Menge an Personen, die selbst

nicht in der Lage sind, den üblichen Marktzins zu bezahlen, werde derart groß sein, dass mit neuen Planungs- und Umsetzungsinstrumenten günstiger Wohnraum in massiver Form geschaffen werden muss. Dies werde auch das Gesicht des Landes insgesamt verändern.

Insgesamt könnten die Gemeinden die zahlreichen Aufgaben nicht allein bewältigen. An dieser Stelle sei interkommunale Zusammenarbeit gefragt. Auf diese Weise könnte man zum Beispiel sozialen Wohnungsbau in

## Zum 60. Geburtstag von Josef Steigenberger:

# Zukunft aktiv gestalten

Mit einem rauschenden Fest beging der Bezirksvorsitzende Oberbayern im Bayerischen Gemeindetag und Bernrieds 1. Bürgermeister Josef Steigenberger seinen 60. Geburtstag. 350 Gäste ließen es sich nicht nehmen, bei Weißwurst, Brezen und Blasmusik den Jubilar hochleben zu lassen.

Der „Prinz von Bernried“, wie Steigenberger im Dorf genannt wird, ist gelernter Banker und Diplom-Betriebswirt. Seit 1990 in der Kommunalpolitik tätig, bekleidet er das Amt des Bürgermeisters seit 2002. Nebenbei ist Steigenberger, der der Überparteilichen Freien Wählergruppe angehört, Teilzeit-Landwirt, passionierter Pferdehalter und Kutschfahrer.

Der Rathauschef will Tradition bewahren, sein Dorf aber auch fit für die Zukunft machen. Der Erhalt der einzigartigen Landschaft und der demografische Wandel stellen die größten Herausforderungen dar, denen sich Bernried wie viele andere Gemeinden am Starnberger See auch stellen muss.

„Gleiche Lebensbedingungen in Stadt und Land“ sind für Steigenberger ein zentraler Baustein, damit die Außenlandkreise den Siedlungsdruck und den Flüchtlingszustrom bewältigen können. In diesem Zusammenhang fehlt dem Rathauschef aber noch ein landesplanerisches Gesamtkonzept.

Für den Landkreis Starnberg rechnet Steigenberger für die nächsten 10 bis 15 Jahre mit einem Bevölkerungszuwachs von bis zu 20.000 Einwohnern. Und Grundstücke sind knapp – auch in Bernried. Fast 80 Prozent des Gemeindegebiets liegen im Landschaftsschutzgebiet. Steigenberger wünscht sich für seine Gemeinde ein „organisches Wachstum“, in dem sich Gewerbe und Infrastruktur parallel zur Bevölkerungszahl mitentwickeln. Schließlich dürfe es nicht passieren, dass die ländlichen Gemeinden zu Schlafstädten verkommen. Arbeitsplätze seien in der Region dringend notwendig. Nicht alles dürfe sich auf die Landeshauptstadt konzentrieren. Hier seien mehr Flexibilität, finanzielle Unterstützung beim Wohnungsbau und gesetzliche Lockerungen gefragt.

Bernried soll so lebens- und liebenswert wie bisher bleiben. Dazu will der Jubilar die Bürgerbeteiligung weiter ausbauen, die solide finanzielle Basis der Gemein-

de erhalten, die Kinderbetreuung optimieren, Wohnungen insbesondere für Senioren schaffen, das Einheimischenmodell weiterführen, den Energienutzungsplan umsetzen, Arbeitsplätze erhalten und fördern, die Dorfgemeinschaft und das Vereinsleben unterstützen und die einzigartige Natur bewahren.

Im vergangenen Jahr wurde Josef Steigenberger mit der bayerischen Denkmalschutzmedaille ausgezeichnet. In der Begründung der Jury hieß es u. a.: „Denkmalschutz und Denkmalpflege finden in Bernried seit Jahrzehnten in vorbildlicher Weise Berücksichtigung: Diese Belange werden frühzeitig in die gemeindliche Bauleitplanung integriert. Die Gemeinde regt Denkmaleigentümer zu Instandsetzungen an, berät und zahlt Fördergelder aus.“

Darüber hinaus gehe die Gemeinde selbst mit gutem Beispiel voran: „Statt ein neues Gemeindezentrum auf der ‚Grünen Wiese‘ zu errichten, wählte Bürgermeister Josef Steigenberger einen Bauplatz mitten im Ort. Das neue Gemeindezentrum mit Rathaus entstand über dem ehemaligen Sommerkeller des Klosters. Der Sommerkeller dient nun als Veranstaltungssaal; der zentrale Standort des Rathauses sorgt für die Belebung der Ortsmitte.“ Zahlreiche gelungene Instandsetzungsprojekte – u. a. der Bahnhof von Bernried oder das Heiligenhäuschen im Höhenrieder Park – unterstrichen das herausragende Engagement des amtierenden 1. Bürgermeisters Josef Steigenberger und seines Vorgängers, Altbürgermeisters Walter Eberl, für die Denkmalpflege.

Bereits im Jahr 2003 wurde in Bernried unter Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger ein Leitbild „Das Zukunftsbild Bernried am Starnberger See 2020“ erarbeitet. Es zeigt, dass die Gemeinde ihre Zukunft aktiv gestalten will. Mit dem Beitritt zur Bürgerstiftung Energiewende Oberland im Jahr 2011 beweist sie zudem, dass das Thema Energiewende zu seinen wichtigsten Zukunftsaufgaben gehört. **DK**

GmbH-Form realisieren. Doch befürchte das bayerische Innenministerium, dass eine staatliche Förderung dieser Maßnahme beihilferelevant sein könnte. Auf alternative Vorschläge warte der Gemeindetag bedauerlicherweise bis heute vergebens.

Vordringlichste Aufgabe der Politik sei es darüber hinaus, in Bayern auch dafür zu sorgen, dass für die Menschen „Lebensperspektiven auf unterschiedlichsten Qualifikationsebenen“ entstehen.

In der bayerischen Wasserversorgung und im Kanalnetz liege ein erheblicher Investitionsbedarf vor, fuhr der Gemeindetagschef mit Blick auf die RZWAs 2016 fort. Allerdings werde es für die Sanierung der bestehenden Anlagen keine flächendeckende Förderung mehr geben. Vielmehr werde auf eine Härtefallförderung umgestellt, die nur noch für Einzelfälle gilt. Dies werde in den aktuellen Richtlinien beschrieben. Der Entwurf befinde sich aktuell in der Verbändeanhörung.

Zuversichtlich zeigte sich Brandl beim Ausbau des Mobilfunknetzes in Bayern. Bis 2018 soll die Bevölkerungsabdeckung für den mobilen Datenturbo LTE flächendeckend erfolgt sein. „Und dies weitestgehend, ohne dass es zur Co-Finanzierung der kommunalen Seite kommen muss“, so der Präsident abschließend. **DK**

## BAYERISCHE GemeindeZeitung

ISSN 0005-7045

Fachblatt der KPV in Bayern

Herausgeber:

Landrat Stefan Rößle

Redaktion:

Anne-Marie von Hassel (verantwortlich)

Doris Kirchner, Chefin vom Dienst

Jakob Döring

Telefon 08171 / 9307-11

Ständige Mitarbeiter:

Lutz Roßmann (Landtag)

Prof. Klaus Jamin (EDV-Specials)

Jörg Kunstmann (KPV)

Peter Müller

Die Zeitung und alle in ihr enthaltenen

Beiträge und Abbildungen sind

urheberrechtlich geschützt.

Mit Ausnahme der gesetzlich zuge-

lassenen Fälle ist eine Verwertung ohne

Einwilligung des Verlages strafbar.

Für unverlangt eingesandte Manuskripte,

Dokumente und Fotos wird

keine Gewähr übernommen.

Namentlich gekennzeichnete Artikel

geben nicht unbedingt die Meinung der

Redaktion wieder.

Anzeigen- und Vertrieb:

Constanze von Hassel (verantwortlich)

Telefon 08171 / 9307-13

Zur Zeit gilt die Anzeigenpreisliste

Nr. 50 vom 01.01.2016

Anzeigenschlusstermine:

siehe Erscheinungs- und Themenplan

Veranstaltungen:

Theresa von Hassel (verantwortlich)

Telefon 08171 / 9307-10

Erscheinungsweise:

22 Ausgaben jährlich

(mit zwei Doppelausgaben)

Jahresbezugspreis Inland:

€ 76,10 zzgl. MWST.

Sammelabo ab 10 Lieferanschriften:

(Abrechnung über eine Adresse)

€ 38,25 zzgl. MWST.

Sammelabo ab 10 Zeitungen:

(Abrechnung und Lieferung an eine

Adresse) € 27,- zzgl. MWST.

Kündigung:

zwei Monate vor Jahresende

schriftlich an den Verlag

Verlags- und Geschäftsleitung:

Anne-Marie von Hassel

Constanze von Hassel

Anschrift und Sitz des Verlags

und aller verantwortlichen Personen:

Verlag Bayerische Kommunalpresse GmbH

Postanschrift:

Postfach 825, 82533 Geretsried

Paketanschrift:

Breslauer Weg 44, 82538 Geretsried

Telefon 08171 / 9307-11

Telefax 08171 / 805 14

eMail: info@gemeindezeitung.de

Internet: www.gemeindezeitung.de

Bankverbindungen:

Kreis- und Stadtparkasse Dillingen

IBAN: DE38 7225 1520 0010 0215 66

BIC: BYLADEM1DLG

VR Bank Kaufbeuren-Ostallgäu eG

IBAN: DE96 7346 0046 0000 1443 20

BIC: GENODEF1KFB

Inhaber- und

Beteiligungsverhältnisse:

100 % Verlag Bayer. Kommunalpresse

GmbH, Geschäftsführerinnen:

Anne-Marie von Hassel

Constanze von Hassel

Theresa von Hassel

Druck und Auslieferung:

DZO Druckzentrum Oberfranken

GmbH & Co. KG

Gutenbergstr. 1, 96050 Bamberg

Für die Herstellung dieser Zeitung wird

Recycling-Papier verwendet.

## Regionalmanagement im Landkreis Donau-Ries:

# Jobbörse, Sprachlotse und Kunstpfad

Erfolgreiche Bilanz nach sechs Jahren

Nach fast sechs Jahren Arbeit legte Regionalmanager Klemens Heininger eine erfolgreiche Bilanz vor. Viele Projekte konnten umgesetzt werden und dank Förderung wurde ein hoher Anteil der Kosten übernommen. Besonders beim Thema Fachkräftesicherung wurde viel bewegt, berichtete er jüngst dem Lenkungsgremium.

Der Stellvertreter des Landrats Reinhold Bittner begrüßte die Mitglieder des Lenkungsgremiums des Regionalmanagements im Landkreis Donau-Ries, einem Kreis aus Vertretern der Politik, Wirtschaft und Gesellschaft. Er dankte für die gute Zusammenarbeit und die Förderung durch das Heimatministerium.

Dr. Hellmut Fröhlich, Leiter des Referats „Regionalmanagement“ im Staatsministerium der Finanzen, für Landesentwicklung und Heimat, stellte das aktuelle Förderprogramm dar: „Der Landkreis Donau-Ries ist bereits im August 2015 als einer der ersten Kreise in

Schwaben mit dem neuen Förderprogramm für Regionalmanagement gestartet und erhält einen Zuschuss von 100.000 Euro jährlich mit einer Förderquote von 60 Prozent.“ Der Ansprechpartner im Heimatministerium, Thees Struthoff, ergänzte, dass „diese Mittel für die Umsetzung für Zukunftsprojekte im Landkreis verwendet werden können.“

## Netzwerke in der Region

Dr. Florian Freund, Ansprechpartner für die Regionalmanagements bei der Regierung von Schwaben, bescheinigte dem Re-

gionalmanagement im Landkreis eine sehr gute Arbeit. „Besonders die Netzwerke in der Region funktionieren tadellos“, so Freund.

Nach fünf Jahren und neun Monaten Arbeit stellte Regionalmanager Klemens Heininger den Mitgliedern des Lenkungsgremiums seine Bilanz vor. Besondere Projekte waren in letzter Zeit die Jobbörsen für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter von Kathrein, die Einführung eines Sprachlotsen für Schülerinnen und Schüler für Migrationshintergrund und die Zusammenarbeit mit der Transferagentur Bayern im Bereich Bildung. In der nächsten Zeit steht vor allem der Kunstpfad DONAURIEN im Mittelpunkt.

Weitere Informationen unter: [www.donau-ries.de/regionalmanagement](http://www.donau-ries.de/regionalmanagement) **DK**

Verleihung der Euregio Inntal-Preise:

## Überzeugender Einsatz für die Region

Mit dem diesjährigen Euregio Inntal-Preis wurden der frühere Rosenheimer Landrat Josef Neiderhell, der ehemalige Euregio-Präsident Franz Xaver Heinritzi und das Grassauer Blechbläser Ensemble geehrt. Die Preisverleihung fand in der bayerischen Gemeinde Flintsbach statt.

Euregio-Präsident Hubert Wildgruber und Flintsbachs Bürgermeister Stefan Lederwascher hoben eingangs unisono die Wichtigkeit einer über viele Jahre gewachsenen grenzüberschreitenden Zusammenarbeit hervor. Exemplarisch nannte letzterer die Gespräche zum Zulauf Brennerbasistunnel und Rosenheims Hagelflieger, die beim Aufbau einer Hagelabwehr in Tirol helfen. Lederwascher warb zudem für eine auch künftig offene Grenze zwischen Bayern und Tirol.

### Gestaltungskompetenz

In ihrer Laudatio für den früheren Rosenheimer Landrat Josef Neiderhell stellte Rosenheims Oberbürgermeisterin Gabriele Bauer dessen politische Gestaltungskompetenz in den Mittelpunkt ihrer Ausführungen. Beeindruckend seien Neiderhells Grundsatztreue und Geradlinigkeit. Mit

Überzeugung habe er sich für diese Region eingesetzt, die geografisch, kulturell und zunehmend wirtschaftlich eine Einheit bilde. Bauer bezeichnete es als Illusion, dass Probleme an einem Schlagbaum Halt machen würden. Grenzkontrollen dürften keine Dauerlösung sein, würden sie doch das Zusammengehörigkeitsgefühl auf Jahrzehnte zurückwerfen.

### Europa im Kleinen

„Unsere Region ist Europa im Kleinen“, fuhr die Oberbürgermeisterin fort. Konkret nannte sie u. a. den ungehinderten Austausch von Waren und Dienstleistungen und die gemeinsame Währung. An Neiderhell gewandt meinte Bauer: „Du hast mit den Mitteln und Möglichkeiten eines Kommunalpolitikers einen Stein in eine Straße gelegt, auf dem künftige Generationen gehen sollen.“ „Bei Dir ist das Amt zum Mann

gekommen und nicht umgekehrt. Was du übernimmst, machst Du mit Überzeugung in einer menschlichen Atmosphäre“, unterstrich August Voit, Sprecher der Bürgermeister im Landkreis Rosenheim, in seiner Laudatio für den früheren Euregio-Präsidenten und ehemaligen Bürgermeister von Bruckmühl, Franz Xaver Heinritzi. Voit erinnerte an einige Projekte, an denen Heinritzi mitwirkte; unter anderem nannte er Möglichkeiten der Begegnung mit der Jugend und gemeindeübergreifende Gewerbegebiete. Den von Heinritzi gepflegten freundlichen Umgang mit anderen beschrieb August Voit mit den Worten: „Die gelebte gewinnende Menschlichkeit“.

Der dritte Preisträger, das Grassauer Blechbläser Ensemble, ist ein wichtiger Botschafter der musikalischen Region, und das seit 36 Jahren. Laudator Stefan Semoff (Bayerischer Rundfunk) zufolge bereichern und verfeinern die Grassauer die bayerische Volksmusik. Er berichtete von der aktuellen Zusammenarbeit mit den zehn Musikern, die in Kürze eine neue CD veröffentlichen. **DK**



## Weitblick in Sachen Asyl - Schwäbische Landräte tagten in Leitheim

Jüngst kamen die schwäbischen Landräte im Schloss Leitheim an einem geschichtsträchtigen Ort zu einer Arbeitstagung zusammen. Im Jahr 1805 hatte nur wenige Kilometer entfernt Napoleon Bonaparte den weitläufigen Blick über das Donautal genutzt - damals aus militärpolitischen Gründen. Auch bei der Tagung stellten die Kreischefs der schwäbischen Landkreise ihren Weitblick unter Beweis: Allen voran dominierte die Asylthematik die Gespräche, wie Hubert Hafner und Elmar Stegmann, Landräte der Kreise Günzburg und Lindau erklärten: „In allen schwäbischen Landkreisen gibt es nun freie Kapazitäten in Asylunterkünften. Dies zeigt die gute Arbeit der Verwaltungen und verschafft uns Handlungsspielraum.“

Landrat Stefan Rößle stellte klar: „Sowohl bei den unbegleiteten Minderjährigen, als auch bei anerkannten Asylbewerbern kommen auf die Kreise erhebliche Kosten zu. Wir fordern die Übernahme dieser Kosten durch den Staat.“ Auch bei der Integration mahnte der Donau-Rieser Kreischef: „Nun müssen frühzeitig alle erforderlichen Maßnahmen zur Integration anerkannter Asylbewerber unterommen werden. Diese müssen wir schnellstmöglich unterbringen und wollen dazu auch die im Moment freien Kapazitäten in Asylunterkünften nutzen.“ Bild: Simon Kapfer/Landratsamt Donau-Ries

## Trauer um Georg Kronawitter

Münchens ehemaliger Oberbürgermeister Georg Kronawitter ist tot. Er starb am 28. April 2016 im Alter von 88 Jahren nach kurzer, schwerer Krankheit. Georg Kronawitter war von 1972 bis 1978 und von 1984 bis 1993 Oberbürgermeister der Landeshauptstadt München. Von 1966 bis 1972 und von 1994 bis 1998 saß Kronawitter als Abgeordneter für die SPD im Bayerischen Landtag.

Der Landesvorsitzende der BayernSPD, Florian Pronold, dazu: „Die SPD verliert einen herausragenden Kommunalpolitiker. Der Schutz der Mieterinnen und Mieter war ihm wichtig, getreu seinem Motto: 'Die Menschlichkeit kommt vor der Rendite'. In seinen 15 Amtsjahren wurden in München 127.000 Wohnungen gebaut. Auch für die Neue Messe in Riem stellte er die Weichen. Die Stadt München dankte es ihm, indem er 1993 zum Ehrenbürger ernannt wurde. Bis zuletzt engagierte sich Georg Kronawitter, vor allem für soziale Gerech-

tigkeit. Der 'Bürgeranwalt' wird uns fehlen!“ Seine Verdienste um München honorierte die Stadt 1993 mit der Verleihung der Ehrenbürgerwürde.

### Anwalt der kleinen Leute

„Er hat sich vor allem als ‚Anwalt der kleinen Leute‘, als ‚Robin Hood der Finanzpolitik‘ oder als ‚Volksoberbürgermeister‘ einen Namen gemacht“, heißt es auf der Facebook-Seite der SPD in Bayern. Kronawitter habe sich stets für die Schwächeren in der Gesellschaft engagiert.

Auch die SPD München schrieb auf Facebook: „Wir trauern um einen großartigen Menschen, einen überaus erfolgreichen Politiker und einen echten Freund. Unsere Anteilnahme gilt seiner Ehefrau und seinen beiden Kindern.“



V. l.: Bürgermeister Markus Hofmann, Prof. Dr. Horst Kunhardt, Staatssekretär Albert Füracker, Landrat und Bezirksstagspräsident Franz Löffler, Landtagsabgeordneter Dr. Gerhard Hopp, Unternehmer Anton Staudinger und BRK-Kreisgeschäftsführer Manfred Aschenbrenner.

## GZ Gestern hat mein Chef gesagt ...

„Was glauben Sie, steht heute in der Zeitung? 44 Prozent der Deutschen glauben nicht, was sie in den Medien lesen oder hören – Stichwort Lügenpresse. Da ist eine Saat aufgegangen.“ Mein Chef, der Bürgermeister, machte ein mehr als besorgtes Gesicht.

Ich muss zugeben, mein allererster Gedanke war kein gesellschaftspolitischer, sondern ein spekulativer: Wie fasst ein Mensch diese Meldung auf, der wie 44 Prozent unserer Mitbürger davon ausgeht, dass die Inhalte in den Zeitungen manipuliert und fremdgesteuert sind? Ist er ausnahmsweise geneigt, diese Analyse für bare Münze zu nehmen? Oder muss er davon ausgehen, dass auch dieses Ergebnis getürkt ist, obwohl es seine Meinung bestärkt? Es ist das klassische Dilemma in dem Gedankenexperiment „Ein Kreter sagt, alle Kreter lügen.“ Lügt er,



land zu verorten, während hingegen ein aufrechter Sozi den Moderator des ZDF-Magazins Gerhard Löwenthal unzweideutig als Lügenbaron ansah.

In eher konservativ eingestellten Familien las man andere Zeitungen als in eher sozialliberal orientierten und unterstellte dem jeweils anderen Blatt, das durchaus in der gleichen Stadt erscheinen konnte, es mit der Wahrheit nicht ganz genau zu nehmen.

Aber jedenfalls der eigenen Lektüre oder der bevorzugten Magazinsendung traute man über den Weg. Warum stellen heute 44 Prozent der Menschen alle Medien unter Generalverdacht? Ein Grund dürfte wohl sein, dass man sich neuerdings ganz leicht seine Wahrheit selber machen kann. Im Internet kann man jede Nachricht und jede Meinung wie ein Lauffeuer verbreiten, rezipieren und teilen. Ohne Rücksicht auf solch spießige Details wie Recherche, Nachfrage oder Abwägung kann man Behauptungen als Tatsachen, Mutmaßungen als Fakten und Spekulationen als Nachrichten unter die Leute bringen.

Die Logik der Sozialen Medien, dass man immer wieder Ähnliches zu dem angeboten bekommt, was man einmal „gelikt“ hat, führt dazu, dass man immer mehr in einer einmal gefassten Ansicht bestärkt wird. Sich mit anderen Meinungen vertraut zu machen, Gegenargumente zu wägen oder sich gar eine eigene Überzeugung zu bilden, bedeutet Mühe, Arbeit und Anstrengung. Also genau das, was die seriöse Redaktion einer Zeitung aus der Abteilung „Lügenpresse“ von vorneherein macht, damit wir Leser einen Überblick über das Geschehen in Pro und Contra bekommen.

Mein Chef, der Bürgermeister, ist erst mal skeptisch. Er traut dem 44-Prozent-Ergebnis nicht. Zwar hält er durchaus auch Statistiken, die er nicht selbst gefälscht hat, für seriös, aber dieses Ergebnis spiegelt nicht seine Erfahrung mit den Leuten wider, die er hier in der Stadt trifft. Die Leute sind viel vernünftiger, als der Spuk um Pegida und Co. glauben lässt. Ich bestärke ihn in seiner Meinung durch ein Zitat von Abraham Lincoln: „Demagogie ist die fragwürdige Fähigkeit, die kleinsten Ideen in die größten Worte zu pressen.“

the Sabriul

## Medien unter Generalverdacht?

sagen alle Kreter die Wahrheit. Wenn aber alle Kreter die Wahrheit sagen, wie kann er dann lügen?

Man sieht, dass mit der Wahrheit und der Lüge ist eine vertrackt verzwickte Sache und beschäftigt die Menschen schon seit den Zeiten, als der erste Pfiffikus einen Meilenstein der Evolution legte, indem er herausfand, dass der häusliche Frieden zu erhalten war, wenn er seiner Frau erzählt, dass er auf der – leider erfolglosen – Jagd war, anstatt wahrheitsgemäß zu berichten, dass er ein Schäferstündchen mit der Nachbarin hatte. Seitdem hat sich jenseits der Wahrheit ein ganzer Mikrokosmos von – sagen wir – Ungenauigkeiten entwickelt, die von der bloßen Übertreibung über die harmlose Flunkerei, das Verschweigen der Wahrheit bis hin zur handfesten Lüge reicht.

Dabei ist das Phänomen, dass man Teilen der Presse oder der Medien nicht über den Weg traut, eigentlich so alt wie die Mediennutzung selbst. Diejenigen, die sich noch an die Zeiten erinnern können, als man im Fernseher nur drei und nicht dreihundert Programme empfangen konnte, dürfen noch wissen, dass ein strammer Anhänger der Unionsparteien jederzeit geneigt war, die Berichterstattung der Magazinsendung „Panorama“ im rot-sozialistischen Märchen-

Aus- und Weiterbildung von Pflegekräften:

## Landkreis Cham erhält Kompetenzzentrum

Einen Förderbescheid des Bayerischen Finanz- und Heimatministeriums über insgesamt 635.040 Euro für die Jahre 2016 bis 2019 erhielt die Technische Hochschule Deggendorf jüngst im Gesundheitscampus Bad Kötzing. Die Mittel sind für den Aufbau des grenzüberschreitenden Kompetenzzentrums für die Aus- und Weiterbildung von Pflegekräften und Gesundheitsberufen im Grenzraum bestimmt.

Im Beisein des Chamer Landrats und Bezirksstagspräsidenten der Oberpfalz, Franz Löffler, des Ersten Bürgermeisters der Stadt Bad Kötzing, Markus Hofmann, und des Landtagsabgeordneten Dr. Gerhard Hopp übergab Staatssekretär Albert Füracker die Zusage an den Präsidenten der Hochschule, Prof. Dr. Peter Sperber und Pro-

jektleiter Prof. Dr. Horst Kunhardt. Füracker wies darauf hin, dass der Freistaat Bayern gerne innovative Ideen aus der Region unterstütze, um die Entwicklung der Grenzregion zu fördern.

### Nachbarn werden Freunde

„Aus Nachbarn werden Freunde“ sei die Leitidee des vorangegangenen bayerisch-tschechischen Entwicklungsgutachtens gewesen. Landrat Franz Löffler habe zu Recht auf die Einbindung lokaler Akteure der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit hingewiesen und so in Zusammenarbeit mit der Technischen Hochschule Deggendorf ein grenzüberschreitendes Qualifizierungsprojekt in Gang gebracht.

### Konkrete Projekte

Löffler bedankte sich bei Heimatminister Dr. Markus Söder und Staatssekretär Albert Füracker, dass nicht nur ein Gutachten erstellt worden sei, sondern konkrete Projekte in die Tat umgesetzt werden könnten. Der Landkreis Cham biete beste Voraussetzun-

gen für das grenzüberschreitende Kompetenzzentrum: „Der Standort Bad Kötzing zeichnet sich bereits jetzt als Zentrum für Gesundheitsförderung und Prävention aus. Das Kompetenzzentrum ist ein wichtiger Beitrag zur Qualifizierung von Pflegekräften für den gemeinsamen Wirtschafts- und Arbeitsraum in Bayern und Böhmen. Pflegekräfte und Patienten werden von dieser Ausbildung auf hohem Niveau profitieren.“

### Finanzhilfen

Dem Bayerischen Landtag sei für die Mittelbereitstellung zu danken, ebenso den als Partnern fungierenden Bezirken Niederbayern, Oberpfalz und Oberfranken, der Universität Pilsen und dem Bayerischen Roten Kreuz.

### Integration am Arbeitsplatz

Prof. Dr. Horst Kunhardt beschrieb die Zielsetzung der Einrichtung so, dass sie die internationalen Fachkräfte auf dem Weg in die berufliche Tätigkeit begleiten, auf das berufliche Handlungsfeld gezielt vorbereiten und die Integration am Arbeitsplatz unterstützen soll. Der Landkreis Cham stellt dafür dem Gesundheitscampus der Technischen Hochschule kostenlos Räumlichkeiten in der Berufsschule Bad Kötzing zur Verfügung. **□**

# Landesgartenschau 2024 kommt nach Erlangen

Die Landesgartenschau 2024 kommt nach Mittelfranken. Das teilte der Bayerische Innenminister Joachim Herrmann gemeinsam mit der Bayerischen Umweltministerin Ulrike Scharf bei einem gemeinsamen Termin in Erlangen mit. „Ich freue mich für Erlangen. Neue stadtnahe und vielfältig nutzbare Grünflächen bringen den Menschen die Natur unmittelbar vor die Haustür. Das schafft Erholungsflächen für die Menschen und einen ökologischen Mehrwert für die Stadt. Das vorgestellte Konzept hat uns überzeugt. Allerdings sind noch weitere ökologische Optimierungen erforderlich“, so Scharf. Die Stadt Erlangen will mit der Landesgartenschau eine neue stadtnahe Erholungsmöglichkeit und einen neuen Stadtteil direkt am Stadtzentrum schaffen.

Herrmann freute sich über die Entscheidung: „Die Landesgartenschau ist eine einmalige Chance für Erlangen, die Stadtentwicklung voranzutreiben und neue städtebauliche Impulse zu setzen. Von dem geplanten Landschaftspark in der Stadt profitieren nicht nur der Tourismus, sondern

vor allem die Bürgerinnen und Bürger vor Ort.“

## Zentrale Grünachse

Wichtiges Ziel ist die Verbesserung der zentralen Grünachse als Verbindung von der Stadtmitte über den Regnitz-

grund zu den westlichen Stadtteilen. Auch soll ein neues Stadtquartier auf dem jetzigen Großparkplatz am Bahnhof errichtet werden. Darüber hinaus ist die Gestaltung einer naturbetonten Erholungsfläche auf der Wöhrmühlinsel am östlichen Rand des Regnitztals geplant. Diese in einem ökologisch sensiblen Landschaftsraum liegende Maßnahme ist gestalterisch sehr anspruchsvoll und wird deshalb in enger Zusammenarbeit mit den beteiligten Fachbehörden von Wasserwirtschaft und Naturschutz sowie den Naturschutzverbänden geplant. Zusätzlich soll es vielfältige temporäre Anlagen wie Blumen-Schauen geben.

## Ökologischen Mehrwert sichern

Um die Landesgartenschau in Erlangen erfolgreich durchzuführen, sind aus Sicht des Umweltministeriums noch Nachbesserungen erforderlich. Damit soll insbesondere der ökologische Mehrwert der Gartenschau gesichert werden. Das Umweltministerium wird zu den vor-

aussichtlichen Investitionskosten von knapp 16 Millionen Euro eine Förderung von bis zu 3,6 Millionen Euro beisteuern. Eine Kommission aus gärtnerischen Berufsverbänden, Umwelt- und Landwirtschaftsministerium sowie weiteren Experten unter anderem aus den kommunalen Spitzenverbänden, Landschaftsarchitekten und Oberster Baubehörde hatte sich nach einem Termin vor Ort sowie intensiven Gesprächen einstimmig für Erlangen als Landesgartenschau 2024 ausgesprochen. Abschließend hat darüber das Umweltministerium im Benehmen mit dem Landwirtschaftsministerium entschieden.

## Neue Ausschreibung für 2022

Daneben wird die Landesgartenschau 2022 neu ausgeschrieben. Um möglichst viele Gemeinden zu erreichen, bleibt es den Kommunen freigestellt, sich für eine Landesgartenschau oder eine kleinere Regionalgartenschau zu bewerben. Die Ausschreibung läuft bis zum 15. Januar 2017. Ministerin Scharf: „Wir wollen Bayern auch 2022 blühen lassen. Die neue Ausschreibung soll einen geeigneten Kandidaten für 2022 bringen. Ich bin zuversichtlich, dass wir eine gute Lösung finden werden.“ □



## Heli-Day in Kelheim

Kelheim, das östliche Tor zum Naturpark Altmühltal, bildet am 11. und 12. Juni 2016 die Kulisse für das jährliche Treffen von Hubschrauberpiloten aus Deutschland und Österreich. Für Besucher des Heli-Days ist auf dem Volksfestplatz und den angrenzenden Grünflächen an beiden Tagen viel geboten: Am Samstag gibt es nach der Ankunft der Helikopter unter anderem eine Modellflughubschrauber-Ausstellung und einen Flugsimulator zu bestaunen. Für Kinder findet ein Malwettbewerb statt – zu gewinnen gibt es einen Hubschrauber-Rundflug über Kelheim.

Einen Flug mit dem Hubschrauber kann man auch buchen: Von 10 bis 12 Uhr und von 13.30 bis 16 Uhr werden siebenminütige Rundflüge angeboten. Zur Auswahl stehen drei Routen – entlang der Donau in Richtung Kelheimwinzer, über Kelheim in Richtung der Schleuse Gronsdorf und Richtung Affecking und Saal an der Donau (50 Euro pro Person).

Die alte Herzogstadt, die Befreiungshalle und die landschaftlichen Besonderheiten des Naturpark Altmühltal einmal von oben zu bewundern, ist sicher ein Erlebnis. Wer lieber am Boden bleibt und die Hubschrauber aus nächster Nähe bewundern möchte, hat dazu am Sonntag Gelegenheit: Ab 10 Uhr morgens werden Führungen zu den schnittigen Drehflüglern angeboten. □

## Vorschau auf GZ 11

In unserer Ausgabe Nr. 11, die am 9. Juni 2016 erscheint, behandeln wir folgende Fachthemen:

- Energieversorgung · Energiesparmaßnahmen
- Finanzierungsmodelle für öffentliche Aufgaben
- Dienstleistungen für die Kommunalverwaltung (Out-Sourcing) · Facility Management
- Technische Ausstattung öffentlicher Gebäude

## LIEFERANTEN - GZ NACHWEIS

### Absperrpfosten

LANGER s. Fahrradabstellanlagen

Inserieren bringt Erfolg!

www.gemeindezeitung.de

### Abzeichen

FAHNEN KOCH COBURG  
FAHNEN KOCH GMBH  
Querstraße 8 · Abteilung GZ  
9 6 4 0 6 C O B U R G  
Tel. 09561/55270 · Fax 552723  
eMail info@fahnen-koch.de

### Ankauf / Briefmarken

Briefmarken-Ankauf  
auch Münzen, Briefe, Ansichtskarten  
Briefmarkenauktionshaus Schulz  
Frauentorgraben 73 · 90443 Nürnberg  
Telefon: 0911 / 2 40 68 70

### Bau

ERLUS AG  
Hauptstraße 106  
D-84088 Neufahrn/NB  
T 0 8 7 7 3 1 8 - 0  
F 0 8 7 7 3 1 8 - 1 1 3  
www.erlus.com

ERLUS  
Qualität aus Deutschland

### Fahrradabstellanlagen

LANGER s. Wartehallen/Außenmöblierungen

### Fahnenmaste + Fahnen

HELA-MAST GmbH  
Fahnenmaste, Fahnen, Lichtmaste, Leuchten,  
Flutlichtanlagen, Fahrradständer, Abfallsamm-  
HELA-MAST GmbH · Postfach 10 11 55 · 57202 Kreuztal  
Telefon: 02732/7687-0 · Telefax: 02732/7687-10  
E-Mail: info@hela-mast.de · Internet: www.hela-mast.de

### Fahnen/Fahnenmasten

FAHNEN KOCH COBURG  
FAHNEN KOCH GMBH  
Querstraße 8 · Abteilung GZ  
9 6 4 0 6 C O B U R G  
Tel. 09561/55270 · Fax 552723  
eMail info@fahnen-koch.de

### Gebäudedienstleistungen



Ihr zuverlässiger Partner  
für die Gebäudereinigung

seit 1910



Prior & Peußner  
Gebäudedienstleistungen

Für Sie vor Ort:  
86356 Neusäß · 90427 Nürnberg

www.pp-service.com

### Gewerbebau

Laumer Bautechnik GmbH  
Bahnhofstr. 8  
84323 Massing  
Tel.: 08724/88-0 Fax: 88-500

Maschinenhallen · Wortstoffhöfe · Technikräume  
Fertigteile in Holz und Beton aus eigener Herstellung

www.laumer.de · info@laumer.de

Wissen was für bayerische  
Kommunen wichtig ist:

Ihr ABO der  
BAVERISCHE  
Gemeindezeitung  
www.gemeindezeitung.de

- im Einzelabo für 81,43 € und
  - ab 10 Zeitungen im Sammelabo für  
· 28,89 € (Lieferung an eine Adresse) oder  
· 40,93 € (Lieferung mit Einzelversand)
- Auf Wunsch jeweils als Kombination print/ePaper

### Kindergarteneinrichtungen



Produktion + Vertrieb GmbH & Co. KG  
Industriestraße 1 | D-97285 Röttingen  
Tel. 093 3889-0 | Fax 093 3889-199  
E-Mail eibe@eibe.de | www.eibe.net

### Komfortlüftungssysteme mit Wärmerückgewinnung

LTM GmbH  
Eberhardtstr. 60 | 89073 Ulm  
Tel. 0731 - 40 98 67 - 0  
info@ltm-ulm.de  
www.ltm-ulm.de

### Kommunalfahrzeuge



Für jeden der richtige Unimog.  
Bei Ihren Profis in der Region.

Henne Nutzfahrzeuge GmbH  
85551 Heimstetten, www.henne-unimog.de

Carl Beuthauser Kommunal- und Förderertechnik GmbH & Co. KG  
93095 Hagelstadt, www.beuthauser.de

Wilhelm Mayer GmbH & Co. KG Nutzfahrzeuge  
89231 Neu-Ulm, www.wilhelm-mayer.com

Carl Beuthauser Kommunal- und Agrartechnik GmbH & Co. KG  
95326 Kulmbach, www.beuthauser.de

Ing. Kurt Herold GmbH & Co. KG  
97076 Würzburg-Lengfeld, www.kurt-herold.de

KLMV GmbH  
95145 Oberkotzau, www.klmv.de

### Multifunktionale Wärmerückgewinnung

### Hohe Energieeinsparung für Ihre Lüftungsanlagen

Mit Einsatz der multifunktionalen Wärme- und Kälterückgewinnungstechnik von SEW® ergeben sich erhebliche Vorteile:

- Reduzierung der Heiz-, Kälte- und Rückkühlleistungen
- Heiz- und Kälteerzeuger entfallen, Wegfall von Rückkühlwerken → Gewinn an Nutzfläche
- Reduzierung des Stromverbrauchs auf Jahrzehnte
- Hohe Energie- und Betriebskosteneinsparungen
- absolut keim- und schadstoffübertragungsfrei durch strikt getrennte Luftströme - auch im Störfall ohne Rauch- und Brandübertragung → optimale Raumluftqualität

SEW® GmbH  
47906 Kempen  
Tel.: 02152/91560  
www.sew-kempen.de

### Schacht-Ausrüstungen

Schachtabdeckungen, Schachtleitern  
Einstieghilfen, Fallschutzrichtungen  
Fassadenleitern, Rückenschutzsysteme

Hailo-Werk · Schacht-Ausrüstungstechnik  
Postfach 1262 · D-35702 Haiger · Fax: (02773)821218  
Telefon: (02773)821256 · www.hailo-professional.de

### Spiel-, Sportgeräte + Skateanlagen

eibe  
Produktion + Vertrieb GmbH & Co. KG  
Industriestraße 1 | D-97285 Röttingen  
Tel. 093 3889-0 | Fax 093 3889-199  
E-Mail eibe@eibe.de | www.eibe.net

### Ihre Ansprechpartnerin für Anzeigen:

CONSTANZE VON HASSEL  
Telefon 081 71.93 07-13  
hassel.constanze@gemeindezeitung.de

### Ihre Ansprechpartnerin für Veranstaltungen:

THERESA VON HASSEL  
Telefon 08171.9307-10  
hassel.theresa@gemeindezeitung.de

### Wartehallen/Außenmöblierungen



38685 Langelsheim | www.langer-georg.de  
Ein Gesellschafter der ELANCIA AG

### Sie finden uns auf Twitter und Facebook:

www.twitter.com/gz\_aktuell  
www.facebook.com/GZaktuell

### Wohnheimeinrichtungen

Wir sind die WOHNHEIM-  
Ausstattungs-Spezialisten

STAHLROHR-ETAGENBETTEN  
SCHAUMSTOFF-MATRATZEN  
STAHLKLEIDERSCHRÄNKE

Infos unter www.bockorny.de - oder Katalog anfordern  
bockorny  
bettet gut  
70734 FELLBACH  
Hintere Str. 31 - 35  
Tel. 07 11 / 58 26 69  
Fax 07 11 / 58 26 68